

WIR BREMER SOZIALDEMOKRATEN



BREMEN-PLAN
Wort gehalten

A 97 - 05570





Bremen-Plan 1984 - 1987

Landesparteitagsbeschluß vom 28. Mai 1983

A 97 - 05570

Herausgeber: SPD-Landesorganisation Bremen
Konrad Kunick, Landesvorsitzender

Verantwortlich: Karl-Hermann Niestädt

(Eigendruck)

I N H A L T S V E R Z E I C H N I S

	<u>Seite</u>
P E R S P E K T I V E ' 8 7	I
1. RAHMENBEDINGUNGEN POLITISCHEN HANDELNS MITTE DER 80ER JAHRE	1
2. SICHERUNG UND SCHAFFUNG VON ARBEITS- PLÄTZEN - STÄRKUNG DER WIRTSCHAFTSKRAFT	3
2.1 Lage und Perspektive der Wirtschaft des Landes Bremen	3
2.1.1 Ausgewählte Förderung des Arbeitsplatzangebots und Humanisierung des Produktionsapparates	5
2.2 Gezielte Arbeitsmarktpolitik	7
2.2.1 Frauen und Arbeitsmarkt	9
2.2.2 Aufbau des sogenannten Zweiten Arbeitsmarktes ...	10
2.3 Regionale Strukturpolitik	12
2.4 Sektorale Strukturpolitik	14
2.4.1 Werften	14
2.4.2 Seeschifffahrt	16
2.4.3 Fischwirtschaft	17
2.4.4 Stahlindustrie	18
2.4.5 Luft- und Raumfahrt	19
2.4.6 Fahrzeugbau	20
2.4.7 Klein- und Mittelbetriebe, Dienstleistungen ...	21
2.4.8 Wirtschaftsförderungsgesellschaft	22
2.5 Häfen und Schifffahrt	22
2.6 Zusammenarbeit mit der "Dritten Welt"	24
2.7 Verbesserung der Infrastruktur	25

	<u>Seite</u>	
2.8	Zukunftsorientierte Energieversorgung	28
2.9	Verbraucherpolitik	29
3.	BILDUNG UND WISSENSCHAFT	31
3.1	Recht auf Bildung	31
3.2	Durch Konsolidierung des Erreichten die Bildungsreform verteidigen	33
3.3	Schulpolitik für Ausländerkinder	35
3.4	Förderung der beruflichen Bildung	35
3.5	Erstausbildung	36
3.6	Erhaltung und Verbesserung der Arbeitsqualifikation durch Fort- und Weiterbildung	38
3.7	Zukunftsorientierte Forschung und Lehre an Hochschulen und Universität	40
3.8	Juristenausbildung	42
4.	UMWELTSCHUTZ ZUM LEBEN UND WOHNEN IN DER STADT	43
4.1	Verbesserung der Wassergüte	43
4.2	Sicherung der Grün- und Freiflächen - Erhaltung der bedrohten Tier- und Pflanzenwelt	44
4.3	Vermeidung von Luftverschmutzung	46
4.4	Umwelt und Arbeit	47
4.5	Maßnahmen zur Stärkung des Umweltbewußtseins ...	48
4.6	Abfallbeseitigung	49
5.	WOHNEN IN BREMEN	50
5.1	Stadtentwicklung	50

	<u>Seite</u>
5.2 Sanierung und Modernisierung in unseren Wohnquartieren	51
5.3 Wohnungsbauentwicklung	52
5.4 Sozialer Wohnungsbau und Mieterschutz	54
 6. FREIZEIT UND KULTURELLES LEBEN	 57
6.1 Sport und Freizeit	57
6.2 Bürgerhäuser	58
6.3 Kultur für alle	59
 7. GESUNDHEITSWESEN	 61
7.1 Gesundheitliche Vorsorge	61
7.2 Die Krankenhäuser	63
7.3 Kosten im Gesundheitswesen	65
7.4 Statt Ausgrenzung: Integration von psychisch Kranken und von gefährdeten Mitbürgern	66
 8. FÜR EINE HUMANE GESELLSCHAFTSPOLITIK UND DIE STÜTZUNG BENACHTEILIGTER GRUPPEN	 68
8.1 Die Grundlinien unserer Politik für Benachtei- ligte	68
8.2 Wirtschaftlich soziale Sicherung in der Krise	70
8.3 Solidarische Hilfen durch solidarische Dienste	71
8.3.1 Wir fördern Kinder und ihre Familien	71
8.3.2 Jugendliche brauchen Freiraum und Perspektive	74
8.3.3 Solidarisch mit Behinderten	76
8.4 Für unsere Alten: Wir sichern die Selbständig- keit und sorgen für Pflege	79

	<u>Seite</u>
9. SOZIALDEMOKRATISCHE AUSLÄNDERPOLITIK	82
10. INNERE SICHERHEIT, RECHTSSTAATLICHKEIT UND FREIHEIT	85
10.1 Schutz der persönlichen und politischen Freiheit	85
10.2 Bekämpfung von Wirtschaftskriminalität	88
10.3 Verfassungsschutz	89
10.4 Datenschutz	89
10.5 Feuerschutz und Rettungswesen	90
11. RECHTSPFLEGE UND STRAFVOLLZUG	92
11.1 Reform des Strafvollzugs	92
11.2 Öffentliche Rechtsberatung	93
12. BÜRGER UND VERWALTUNG	94
12.1 Reform des öffentlichen Dienstes	94
12.2 Zusammenarbeit mit Beiräten und Bürgerinitiativen	95
13. FINANZEN	97
13.1 Die voraussichtliche Entwicklung der Finanzen 1984 bis 1987	97
13.2 Leistungsbilanz	98
13.3 Konsolidierungsmaßnahmen	100
13.4 Investitionen	100
13.5 Aufgabenkritik	101

	<u>Seite</u>
13.6 Subventionsabbau	101
13.7 Zusätzliche Leistungen gegen kostendeckende Entgelte	102
13.8 Möglichkeiten neuer Finanzquellen	102



P E R S P E K T I V E ' 8 7

In diesen Tagen und Monaten wird in Familien, in Betrieben, in Gesprächen mit Nachbarn, in Schulen und Hochschulen, in Verbänden und Vereinen häufig über die Bewältigung aktueller Probleme diskutiert und die Frage gestellt:

"Was wird eigentlich die Zukunft bringen?"

Und:

"Was können wir dazu beitragen, worauf müssen wir uns einstellen?"

Der Sieg der Bonner konservativ-liberalen Koalition wird nur von einer Minderheit in Bremen und Bremerhaven begrüßt. Nicht ohne Grund hat die F.D.P. bei der Bundestagswahl die Hälfte ihrer Wähler verloren - nicht umsonst hat die CDU im Lande Bremen das schlechteste aller Länderergebnisse erzielt.

Die Mehrheit der Bürger beobachtet mit Sorge die Politik der neuen Rechtskoalition,

- dass wirkungsvolle staatliche Massnahmen gegen Arbeitslosigkeit abgelehnt werden und dass die konservativ-liberale Regierung Menschenschicksale den "Selbstheilungskräften" des Marktes überlässt,
- dass F.J. Strauss aus München die Fäden der Bonner Politik zieht und sich nicht scheut, durch starke Reden die Beziehungen zu unseren östlichen Nachbarn zu gefährden,
- dass die neue Bundesregierung zielbewusst darauf hinarbeitet, in unserem Lande die neuen gefährlichen eurostrategischen Raketen zu stationieren.

Viele Bürger sehen mit Sorge den Lehrstellenmangel und die steigende Arbeitslosigkeit. Sie haben unter "Aufschwung" nie verstanden, dass tausende junger Menschen trotz "Lehrstellengarantie" des Wahlkämpfers Helmut Kohl

keinen Ausbildungsplatz finden. Sie fragen:
"Was soll aus unserer Jugend werden? Sie müssen doch
wenigstens einen Ausbildungsplatz finden oder einen Stu-
dienplatz, dem eine Arbeitsplatzchance folgt!"

Viele Bürger lesen mit Sorge, wie die Mieten überall in
der Bundesrepublik steigen, nachdem das Wahlkampfgetöse
der CDU um die angebliche "Mietenlüge" verklungen ist.

Täglich ist in der Zeitung zu lesen, dass die Bundesre-
publik Länder und Gemeinden an der Küste weiter mit ihren
Problemen allein lässt, dass auch Bremen und Bremerhaven
gezwungen sind, bisherige Spitzenstellungen in der bürger-
nahen Versorgung zu reduzieren, dass die Bürger steigende
Preise für öffentliche Dienstleistungen zahlen müssen,
und dass trotzdem die Zahl der öffentlich Bediensteten
verringert wird, weil nur so die Leistungsfähigkeit der
Landes- und städtischen Kassen aufrecht erhalten werden
kann.

Viele erinnern sich angesichts von fast 2,5 Millionen
Arbeitslosen an die Weltwirtschaftskrise der dreissiger
Jahre und ihre katastrophalen Folgen in Deutschland,

- dass mit der Arbeitslosigkeit der innere Frieden zer-
stört wurde,
- dass vor 50 Jahren Hitler folgte.

Sie erinnern sich an das Ende der demokratischen Freihei-
ten, an die Parolen "Juden raus", an Verfolgungen und
Krieg; sie erinnern sich daran, wie Millionen Soldaten bis
nach Stalingrad und Afrika gehetzt wurden, wie Menschen zu
Millionen an den Strassenrändern liegenblieben; sie er-
innern sich an die Bombennächte und an Flucht bei Wind und
Wetter, auf Schlitten und in ungeheizten Güterwagen.

Es gibt heftige Debatten, grosse Demonstrationen gegen die
Rüstungspolitik der Militärblöcke, gegen Bomben und Atom-

raketen, gegen den mehrfachen Overkill und den ganzen Rüstungswahn.

Wir Sozialdemokraten im Lande Bremen wollen Frieden und Sicherheit für unsere Bevölkerung. Wir sind gegen Aufrüstung in West und Ost. Wir fordern eine atomwaffenfreie Zone in Mitteleuropa. Wir lehnen die Stationierung neuer eurostrategischer Raketen und Marschflugkörper in unserer Bundesrepublik ab, nachdem wir erkennen müssen, dass die Grossmächte sich bei den Genfer Abrüstungsverhandlungen nicht einigen.

Wir Deutschen müssen unsere Interessen im Kreise unserer Verbündeten selbst vertreten. Der Platz der Bundesrepublik ist unverbrüchlich an der Seite der Völker, bei denen die Freiheit der Andersdenkenden, die Trennung von Regierungsgewalt, Gesetzgebung und Justiz zu den Grundlagen des gesellschaftlichen Lebens gehört.

In Polen hat sich erneut bewiesen, dass das sowjetische System unfähig ist, sich zu erneuern, sich den Freiheitswünschen seiner Bürger zu öffnen, dass diese Staatsform nur mit Polizeistaatsmethoden, Andersdenkende unterdrückend, existieren kann.

Sorge macht uns Sozialdemokraten die Entwicklung der Weltwirtschaft: Nur wenn die Führungen der wichtigsten Industriestaaten des Westens sich auf eine gemeinsame Politik der Wirtschaftsbelebung verständigen, kann die Weltwirtschaftskrise behoben werden. 40 Millionen Menschen sind in den Ländern des Westens ohne Arbeit. Sozialdemokraten in aller Welt fordern Arbeitszeitverkürzung, Staatsinvestitionen und internationale Absprachen, um diesen Skandal zu beenden.

Was im nationalen und internationalen Masstab versäumt wird, können einzelne Städte und Gemeinden nicht ausgleichen.

Viele Menschen sehen mit Schrecken, dass ihre Umwelt ein Opfer von Raubbau, Gewinnstreben und Gewissenlosigkeit werden könnte. Während die Stromerzeuger bereits auf Bergen radiokativen Mülls sitzen, drängen sie auf die Genehmigung neuer Kernkraftwerke. Der Schwefel aus den Schornsteinen der Kohlekraftwerke und vieler anderer Industrieunternehmen ist selbst in Schweden noch nachweisbar und gefährdet als "saurer Regen" Wälder und Kulturdenkmäler. Die Flüsse und unsere Randmeere drohen biologisch umzukippen, abzusterben.

Die SPD hat auf Bundesparteitagen - noch während der Zeit ihrer Bonner Regierungsverantwortung - beschlossen, dass die Nutzung von Kernenergie so lange nicht vorangetrieben werden darf, wie die schweren Sicherheitsprobleme der Kernenergieerzeugung und der Atommüllbeseitigung nicht gelöst sind. Wir Bremer Sozialdemokraten halten die Sicherheitsprobleme der Kernenergie für technisch kaum lösbar und für nicht finanzierbar. Deshalb kann die Energie der Zukunft für uns nicht aus Atomkraftwerken kommen.

Wir Sozialdemokraten in Bremen und Bremerhaven spüren die Sorge und die Unruhe, die Existenzängste, auch den Ärger über Ungerechtigkeiten und politische Tagesentscheidungen, deren Bedeutung unklar bleibt.

Sozialdemokraten werden häufig angegriffen, weil sie angeblich oder auch tatsächlich zu weitgehende Kompromisse mit gesellschaftlichen Interessengruppen oder anderen Parteien machen, wenn es darum geht, soziale Ungerechtigkeiten abzuschaffen. Wir geraten dabei in Gefahr, dass unsere politischen Ziele nicht mehr ernstgenommen werden.

Eine solche Kritik übersieht nur allzu leicht, dass erstens gesellschaftliche Veränderungen breite Unterstützung der Gesellschaft bedürfen und zweitens - was zum Beispiel Bremen angeht - nicht unerhebliche Grenzen politischen Handelns bestehen, wesentliche Probleme weder in Bremen allein entstehen, noch hier gelöst werden

können.

Trotzdem ist es notwendig, dass wir Sozialdemokraten unsere grundsätzlichen politischen Ziele nicht aufgeben, insbesondere nicht in Zeiten, in denen die sozialen Probleme schärfer zu werden drohen.

Wir wissen, dass wir schwierigen Zeiten entgegengehen, dass eine Vielzahl von Problemen nicht politisch "von oben", sondern nur durch gemeinschaftliche Anstrengungen aller angepackt werden können.

Wir wissen, dass wir mit den Möglichkeiten des Staates kein menschliches Glück schaffen können. Aber wir wollen die Möglichkeiten des Staates einsetzen, damit sich die Katastrophen unserer Geschichte nicht wiederholen, damit die Freiheit und der Frieden erhalten bleiben, damit die Probleme nicht einseitig auf Kosten von Millionen "kleiner Leute" gelöst werden.

Wir Sozialdemokraten werden die Hoffnung auf eine bessere Welt nicht aufgeben und verteidigen die Ideale des demokratischen Sozialismus: Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität.

Unser politisches Handeln wird dabei wesentlich beeinflusst durch die Forderungen der Gewerkschaften. Auch wenn wir nicht allen Vorstellungen, die in den Gewerkschaften entwickelt werden, folgen, bemühen wir uns, weitestgehende Übereinstimmung zu erzielen. Die Stärke der Sozialdemokraten, ihre Handlungsfähigkeit, hat ihre Ursache in der Interessenvertretung derer, die die Mehrheit in unserem Volke bilden und für die auch die Gewerkschaftsbewegung kämpft.

Zur Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik haben wir ge-

meinsam mit den Gewerkschaften,

- umfangreiche Konjunkturprogramme zum Abbau der Arbeitslosigkeit und zur Umstellung des Produktionsapparates auf energie- und rohstoffsparende Produktionsverfahren,
- eine massive Senkung der Wochen- und Lebensarbeitszeit,
- eine Minderung der Abhängigkeit der Bundesrepublik von den internationalen Konzerninteressen, den Ausbau der öffentlichen Unternehmen von Bund, Ländern und Gemeinden,
- das bundesweite Verbot der Aussperrung,
- eine höhere Verteilungsgerechtigkeit durch stärkere Belastung hoher Einkommen

gefordert und fordern es weiterhin.

Zum äusseren Frieden müssen der innere Frieden und der soziale Ausgleich kommen. Alle, die sich nicht selber helfen können, müssen die Hilfe der Gemeinschaft erfahren. Es gilt, die Solidarität zu stärken. Wir bekennen uns zur Verantwortung für die Älteren, die Kranken und Schwachen. Schüler, Auszubildende, alle junge Menschen haben ein Recht auf Zukunft. Sie müssen mit unserer Hilfe und nach ihren Fähigkeiten ihren Platz in unserer Gesellschaft finden. Sie haben Hoffnungen und Träume und das Recht, die Gesellschaft friedlich weiterzuentwickeln und umzugestalten.

Minderheiten haben das Recht, eigene Wege zu gehen und ihr Leben zu gestalten. Wir haben in Jahren des Arbeitskräftemangels die ausländischen Mitbürger in die Bundesrepublik geholt, sie verrichten auch heute viele Arbeiten, auf denen unser Lebensstandard beruht. Unsere Solidarität darf nicht an nationalen Grenzen enden und auf die deutschen Bevölkerungsgruppen begrenzt sein.

Wir lassen unser Land, seine demokratischen Freiheiten und seine sozialen Errungenschaften weder durch die Ewig-

gestrigen noch durch die neuen rechtsradikalen oder chaotischen Gruppen und Gewalttäter zerstören. Wir wollen eine von allen Bürgern getragene Rechtsordnung, wir stehen für den Schutz der Rechte der Bürger und lehnen Gewaltstaatsmethoden ab.

Nach wie vor treten wir ebenso für öffentliche Leistungen dort ein, wo alle anderen Verteilungswege, insbesondere die privatwirtschaftlichen, zu Ungerechtigkeiten und sozialen Krisen führen. Das wäre zum Beispiel im Gesundheits- und Bildungswesen der Fall, in der Jugendpolitik, der Behindertenpolitik. Die seit Jahren anhaltende Misere der Berufsausbildung zeigt, wie wenig Marktmechanismen in der Lage sind, selbst dringendste gesellschaftliche Bedürfnisse zu decken.

Diese Positionen nehmen wir nicht ein, weil wir meinen, der Staat könne solche Probleme allein lösen. Vielmehr sind wir der Ansicht: Wenn die Bürger Aufgaben zu ihren eigenen machen, wie im Sportbereich oder in ihrer kulturellen Freizeitgestaltung oder bei der Betreuung hilfsbedürftiger Nachbarn, dann sollte der Staat oder die Gemeinde diese Aktivitäten fördern, keinesfalls sie verdrängen.

Am 25. September 1983 entscheiden die Wählerinnen und Wähler darüber, wie in Bremen und Bremerhaven zukünftig mit dem erreichten demokratischen und sozialen Fortschritt umgegangen wird.

- Ob zum Beispiel das fortschrittliche Schulwesen demonstriert wird,
- ob zukünftig der Versuch gemacht wird, Probleme durch Konfrontation zu lösen,
- ob Krisenlasten einseitig auf die Schultern der breiten Schichten der Bevölkerung abgewälzt werden und
- ob alle staatlichen Leistungen privatisiert werden, aus denen sich Gewinne erzielen lassen.

Dies alles droht, wenn CDU oder F.D.P. mit Hilfe anderer Gruppierungen oder durch Wahlenthaltung Mehrheiten erlangen oder eine absolute Mehrheit für Hans Koschnick und die Bremer Sozialdemokraten durch 'grüne' Stimmen verhindert wird.

Die Bremer Bürger haben mit Wilhelm Kaisen, Willy Dehnkamp und Hans Koschnick die Lebensqualität ihres Landes ausgebaut und gesteigert. Was die regierenden Sozialdemokraten aus den Steuern der Bürger und durch Kreditaufnahmen z.B. in Kindergärten, Schulen, Krankenhäusern, Altenheimen, für unsere Häfen und die bremische Wirtschaft und für eine menschliche Stadt investiert haben, nutzt allen und verdient Beachtung.

Jetzt kommt es darauf an, die Sozialdemokraten zu stärken und mit ihnen neue Wege zu gehen, gegen die Arbeitslosigkeit anzukämpfen und das Erreichte zu verteidigen.

Gemeinsam mit den Sozialdemokraten hat die Bevölkerung unseres Landes nach dem 2. Weltkrieg Bremen und Bremerhaven zu neuer Blüte gebracht und auch schwierige Situationen gemeistert - gemeinsam werden wir auch die kommenden Jahre bestehen!

Wir Bremer Sozialdemokraten haben uns mit dem hier veröffentlichten Wahl- und Regierungsprogramm festgelegt, wie wir in den kommenden Jahren Politik für Bremen und Bremerhaven gestalten wollen. Wir bitten die Wählerinnen und Wähler, uns dafür ihre Stimme zu geben.

1. RAHMENBEDINGUNGEN POLITISCHEN HANDELNS FÜR BREMEN MITTE DER 80ER JAHRE

Wir befinden uns in der seit 1929 schwersten Krise der privatkapitalistischen Weltwirtschaft. Selbst wenn ein wirtschaftlicher Aufschwung beginnen sollte, werden dagegen weiterhin laufende Rationalisierungsinvestitionen und die größer werdende erwerbsfähige Bevölkerung die Arbeitslosigkeit nicht beseitigen, schon gar nicht auf Dauer.

Über Wachstum allein wird die Vollbeschäftigung nicht wieder erreicht werden können, dazu werden Wachstumsraten von über sechs Prozent (real) notwendig, die nicht in den 60er Jahren (ca. 4,5 Prozent), geschweige denn in den 70er Jahren (ca. 2,5 Prozent) erzielt worden sind. Für die Bundesrepublik werden Wachstumsraten von 2,5 Prozent und weniger für die 80er Jahre vorausgesagt.

Diese Handlungsbedingungen werden noch massiv erschwert durch Fehler der Unternehmensführungen, zum Beispiel im Werftbereich, die die notwendige Umstrukturierung der Produktion in andere Bereiche nur unzureichend verfolgt oder ganz unterlassen haben. Auf die Bemühungen des Senats in den Jahren 1979 bis 1983, den Bund zu Unterstützungsprogrammen für den norddeutschen Raum zu gewinnen, hat die Bundesregierung bisher noch nicht reagiert.

Zudem ist auch in Bremen in den nächsten Jahren mit den verstärkten Auswirkungen von Rationalisierungen im privaten Dienstleistungsbe-
reich zu rechnen.

Gleichzeitig wächst die Notwendigkeit struktureller Reformen, weil die verfügbaren Mittel sparsamer und gezielter eingesetzt werden müssen, um unsere Schwerpunkte

- Sicherung - soweit möglich - und Schaffung von Arbeitsplätzen
- Sicherung der Zukunftschancen für die junge Generation,
- Verbesserung der Lebensbedingungen in den benachteiligten Gebieten und für benachteiligte Gruppen

zu sichern.

Bremen hat - ohne daß sich die anderen Bundesländer und der Bund ausreichend beteiligt haben - in den vergangenen Jahren den Versuch einer expansiven Finanzpolitik zur Sicherung der Beschäftigung gewagt.

2. SICHERUNG UND SCHAFFUNG VON ARBEITSPLÄTZEN - STÄRKUNG DER WIRTSCHAFTSKRAFT

2.1 Lage und Perspektive der Wirtschaft des Landes Bremen

Für Sozialdemokraten hat in der Wirtschaftskrise die Sicherung des Lebensstandards der Arbeitnehmer und ihrer Familien, der Rentner und derer, die in einer Ausbildung sind, sowie auch derer, die die Hilfe der Gesellschaft in besonderer Weise brauchen, oberste Priorität. Deshalb ist der Abbau der Arbeitslosigkeit unser vorrangiges Ziel.

Die gegenwärtige Wirtschaftskrise ist eine Folge des Zusammentreffens von konjunkturellen und strukturellen Problemen. Arbeitslosigkeit ist eine Konsequenz der regelmäßig wiederkehrenden Konjunkturkrisen einer marktwirtschaftlichen Wirtschaftsordnung. Daneben wirken weltweite Strukturprobleme, von denen die gesamte Küstenregion der Bundesrepublik Deutschland und deshalb auch der Unterweserraum aufgrund ihrer hohen außenwirtschaftlichen Abhängigkeit besonders betroffen sind.

- Die Ölpreiskrisen 1973/74 und 1979/80 haben einen erheblichen internationalen Umverteilungsprozeß in Gang gesetzt. Sie erfordern eine grundlegende Umstrukturierung der Volkswirtschaft (Ende des Großtankerbaus).
- Der weltweite Wettbewerb wurde härter. Wir begrüßen das Bemühen der Entwicklungsländer, verstärkt am Weltmarkt teilzunehmen. Dadurch gehen allerdings deutsche Weltmarktanteile z.B. bei Massengutschiffen oder Massenstahl für immer verloren.
- Welt- und europaweite Subventionsverzerrungen schaffen andauernde Wettbewerbsnachteile, vor allem in den deutschen Stahl- und Schiffbaustandorten.
- Zu niedrige EG-Stahlquoten und weltweit ungünstige Fischfangvereinbarungen belasten die bremische Stahl- und Fischwirtschaft nach wie vor sehr stark.

Sozialdemokraten setzen aus sozialen und ökonomischen Gründen zur Behebung der Wirtschaftskrise auf die Stützung der Kaufkraft durch Lohnsicherung, durch soziale Absicherung derer, die ganz oder vorübergehend nicht arbeiten können, und durch staatliche Beschäftigungsprogramme. Wir halten es für humaner und vernünftiger, Arbeit statt Arbeitslosigkeit zu finanzieren.

Bremen hat in den vergangenen Jahren bis an die Grenzen seiner Möglichkeit versucht, mit staatlichen Mitteln der Arbeitslosigkeit entgegenzuwirken. Das Land hat in den vergangenen Jahren über 20.000 Arbeitsplätze gesichert und geschaffen. Hier sei nur an das Engagement für die Daimler-Benz-Ansiedlung, für die Werften in Bremen und Bremerhaven sowie die Erweiterung des Container-Terminals in Bremerhaven erinnert.

Bremer Sozialdemokraten sind auch ungewöhnliche Wege zur Sicherung von Arbeitsplätzen gegangen. So hat der Bremer Senat an mehreren Firmen Beteiligungen erworben. Diese wurden genutzt, um Einfluß auf Unternehmensentscheidungen zu nehmen, die auch die Interessen der Beschäftigten betreffen.

Weil die anderen Länder und der Bund sich nicht ausreichend an diesen Bemühungen beteiligt haben, war die Kraft des kleinsten Bundeslandes allein zu gering. Mit dem Beitrag des Landes war es aber möglich, noch stärkere Einbrüche zu verhindern.

Angesichts dieser schwerwiegenden regionalen Strukturprobleme des norddeutschen Arbeitsmarktes ist ein arbeitsmarktpolitisches Schwerpunktprogramm zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit dringend erforderlich. Wir Sozialdemokraten setzen uns deshalb mit aller Kraft dafür ein, daß umgehend ein arbeitsmarktpolitisches "Sonderprogramm Küste" zum Ausgleich des bundesrepublikanischen Süd-Nord-Gefälles geschaffen wird.

Die Modernisierung der Wirtschaft und die Schaffung von Arbeitsplätzen sind im Rahmen unserer Wirtschaftsordnung in erster Linie von Entscheidungen privater Unternehmen abhängig. Eine Stützung über längere Zeit oder eine Sanierung einzelner Unternehmen, deren Produktion nicht aus eigener Kraft am Markt gehalten werden kann, geht über das Leistungsvermögen der öffentlichen Hand in Bremen hinaus. Dafür müssen diejenigen herangezogen werden, die in früheren Zeiten die Gewinne aus den Unternehmen gezogen haben.

Wir werden stattdessen auf eine Umstrukturierung der Produktion drängen und entsprechende Initiativen aus den Unternehmen unter-

stützen. Wir werden mittelständischen Unternehmen helfen, die expandieren wollen. Wir werden die Unternehmen bei ihren Bemühungen im Bereich der Forschung und Entwicklung unterstützen.

2.1.1 Ausgewählte Förderung des Arbeitsplatzangebots und Humanisierung des Produktionsapparates

Die öffentliche Hand in Bremen ist allein nicht in der Lage, Unternehmen, die vor dem Konkurs stehen, über längere Zeit zu stützen.

Unmittelbare Hilfe auf Eindämmung, nicht Beseitigung der Arbeitslosigkeit, läßt sich über folgende Maßnahmen schaffen:

- Einsatz von Möglichkeiten der öffentlichen Unternehmen, deren Leistungen ausreichend nachgefragt und vom Konsumenten bezahlt werden, zum Beispiel Ausbau der Fernwärme;
- unbürokratische Hilfen für mittelständische Unternehmen, die expandieren wollen, zum Beispiel mit der Bereitstellung von Grundstücken;
- volle Nutzung von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen des Bundes und Entwicklung eigener Programme.

Die sich rasch ändernde internationale Arbeitsteilung, die Verknappung von Energie und sonstigen Rohstoffen, die zunehmend an ihre Grenzen stoßende Umweltbelastung und die weltweite Einführung neuer Technologien (z.B. Mikroelektronik) erfordern eine verstärkte Förderung von Forschung und Entwicklung: Nur auf diese Weise wird es möglich, den sich anbahnenden strukturellen und technologischen Wandel zu bewältigen, die Konkurrenzfähigkeit der heimischen Wirtschaft zu gewährleisten und die Arbeitsplätze auf Dauer zu sichern und auszubauen.

Technologiefolgen, insbesondere hinsichtlich der Arbeit, des Umweltschutzes und der Energie- und Rohstoffeinsparung müssen dabei besonders berücksichtigt werden.

Im einzelnen werden wir im Rahmen unserer Möglichkeiten folgendes vorantreiben:

- Aufbau des Sektors Produktionstechnik an der Universität;
- Aufbau eines neuen Schwerpunktes für Informationstechnologien und Informationstechnologiefolgen, auch zur Vermittlung an

kleinen und mittleren Unternehmen;

- Ausbau der vorhandenen werkstoffkundlichen Forschungsinstitute zu einem leistungsfähigen Forschungszentrum Oberflächentechnik und Werkstoffforschung in Bremen-Nord;
- Zusammenführung des Alfred-Wegener-Instituts für Polarforschung und des Instituts für Meeresforschung unter gleichzeitigem Ausbau des Arbeitsbereichs Marine-Geowissenschaften in Bremerhaven. Eine derart gestaltete Forschungseinrichtung kann im allgemein politischen, wissenschaftlichen und technologischen Interesse notwendige Grundlagenforschung sowie angewandte Forschung betreiben und im Rahmen des neuen Meeresvölkerrechts an bilateralen und internationalen Kooperationen teilnehmen oder sie selbst initiieren;
- Unterstützung von Forschungsvorhaben zur Humanisierung der Arbeitsplätze und Stützung von Kooperationen zwischen der Universität, den Arbeitnehmerkammern und Unternehmen zur Umsetzung der Forschungsergebnisse;
- Unterstützung von Forschungs- und Entwicklungskooperationen zwischen öffentlich geförderten Forschungseinrichtungen und Unternehmen zur Verbesserung umweltfreundlicher sowie energie- und rohstoffsparender Produktion, sowie zur Verminderung der Abhängigkeit von der Rüstungsproduktion.

Auch ist die Nutzung der bislang noch vorhandenen technologischen Fähigkeiten im Technologie-Zentrum der bremischen Luft- und Raumfahrtindustrie für eine Erweiterung des zivilen Produktionsbereichs zu sichern, u.a. durch die freiwerdenden Kapazitäten im Tornado-Entwicklungs- und -Produktionsbereich.

Technischer Fortschritt ist notwendig. Durch Rationalisierung wird jedoch die Zahl der Arbeitsplätze in den kommenden Jahren zurückgehen. Auch, wenn wieder Wachstumsraten erreicht werden, wird durch den raschen Produktivitätsfortschritt, insbesondere durch den Einsatz der Mikroelektronik, die Zahl der überflüssig werden den Arbeitsplätze größer sein, als die durch neue Produktion neu entstehenden Arbeitsmöglichkeiten.

Sozialdemokraten sehen in der Befreiung des Menschen von gesundheitsschädlichen, gefährlichen und monotonen Arbeitstätigkeiten durch die Technik auch einen humanen und gesellschaftlichen Fortschritt. Diese Entlastung muß aber allen gleichermaßen zugute kommen. Sie bietet die Chance, daß mehr Menschen mehr Zeit für ihre individuellen Bedürfnisse nach Freizeit, Weiterbildung, Kultur oder politischer Betätigung haben.

Rationalisierung darf nicht zu Lasten der Arbeitnehmer gehen und ohne Rücksicht auf die sozialen Auswirkungen durchgesetzt werden. Daher ist es für uns unverzichtbar, die Mitbestimmung der Arbeitnehmer zu verstärken. Nur dadurch läßt sich der gesellschaftliche Konsens über den Fortschritt abstützen und der innere Frieden bewahren.

Zur Verwirklichung des Rechtes auf Arbeit, zur Sicherung des erreichten sozialen Systems und zur Lösung zukünftiger gesellschaftlicher Aufgaben ist quantitatives und qualitatives Wachstum aber auch in Zukunft notwendig. Wir gehen für die Bundesrepublik Deutschland und das Land Bremen allerdings davon aus, daß die Wachstumsraten der 60er und gar der 50er Jahre nicht mehr erreicht werden.

Zur Sicherung und Schaffung neuer Arbeitsplätze gibt es unterschiedliche Lösungsansätze, aber keine Patentrezepte. Eine Roßkur zur vermeindlichen Überwindung der wirtschaftlichen Schwierigkeiten, wie sie zur Zeit in England und in den USA unter konservativer Führung versucht wird, erhöht die Arbeitslosigkeit.

2.2 Gezielte Arbeitsmarktpolitik

Unser wirtschaftspolitisches Instrumentarium werden wir weiterhin in den Dienst einer gezielten Arbeitsmarktpolitik stellen. Beschäftigungssicherung und Neuschaffung von Arbeitsplätzen stehen dabei im Mittelpunkt unserer Bemühungen.

Dabei wird die Arbeitszeitverkürzung eine wesentliche Rolle spielen, für die wir uns verstärkt nicht nur aus beschäftigungspolitischen, sondern auch aus sozial- und gesellschaftspolitischen Gründen einsetzen wollen.

Arbeitszeitverkürzung muß vor allem dort vorangetrieben werden, wo Neueinstellungen nötig werden. Dabei muß die Herabsetzung der Lebensarbeitszeit, der Einstieg in die 35-Stunden-Woche und die Verstärkung der Teilzeitarbeit im Vordergrund stehen.

Wir treten dafür ein, daß mit der Arbeitszeitverkürzung in den verschiedenen Formen endlich angefangen wird, weil uns klar ist,

daß die fortdauernde Massenarbeitslosigkeit endlich Maßnahmen in diesen Bereichen notwendig macht. Dazu gehört auch die Begrenzung der Überstunden, unter anderem durch Änderung der Arbeitszeitordnung.

Der öffentliche Dienst darf sich dabei auf keinen Fall nur auf eine Nachreiterrolle beschränken. Wir werden uns dafür einsetzen, daß die öffentlichen Arbeitgeber den Gewerkschaften in aller nächster Zeit konkrete Vorschläge über Arbeitszeitverkürzungen im öffentlichen Dienst machen.

Der verschärfte Ausleseprozeß auf dem Arbeitsmarkt führt auch dazu, daß die Eingliederung von älteren und ungelernten Arbeitnehmern, Angestellten, Frauen, Behinderten, Jugendlichen in den Arbeitsprozeß zunehmend erschwert wird.

Wir werden unsere arbeitsmarktpolitischen Hilfen zur Verbesserung der Eingliederungschancen vor allem der langfristig Arbeitslosen fortsetzen.

Unsere Leistungen für die Verbesserung der Eingliederungschancen von benachteiligten Arbeitnehmergruppen:

- + *ABM-Projekte, soziale Dienste*
- + *gezielte Einzelfallförderung für besonders betroffene Arbeitslose*
- + *Förderung der Teilzeitbeschäftigung*

Unsere Leistungen für Umschulungs- und Fortbildungsangebote wurden in Kooperation mit Arbeitsämtern und anerkannten Bildungsträgern erweitert, z.B.:

- + *Ausbau des gewerblich/technischen Bildungszentrums in Bremen-Hastedt mit über 400 Plätzen*
- + *Einrichtung von Übungswerkstätten in Bremen und Bremerhaven*

- + Umschulungs- und Fortbildungswerkstatt Metall in Bremerhaven
- + Starke Nutzung der Kurse zur Verbesserung der Vermittlungsfähigkeit von Arbeitslosen

2.2.1 Frauen und Arbeitsmarkt

Die Gleichberechtigung und Gleichbehandlung von Mann und Frau ist verfassungsrechtlich verankert. Tatsächlich besteht jedoch nach wie vor eine erhebliche Diskriminierung und Benachteiligung der Frauen im Bereich der Arbeitswelt, beim Zugang zu Bildungseinrichtungen und bei der Einflußnahme auf das politisch-gesellschaftliche Geschehen.

Die heutige Arbeitsmarktsituation wirkt sich besonders negativ für Frauen und Mädchen aus, da das gesellschaftliche Bewußtsein Frauen und Mädchen immer noch einen geringeren Stellenwert als den Männern einräumt. Unternehmen stellen vorzugsweise männliche Bewerber ein, da bei diesen später keine "Ausfallzeiten" wie Heirat, Schwangerschaft, Krankheit der Kinder etc. einkalkuliert werden müssen. Auch Eltern gelangen oftmals zu der falschen Schlußfolgerung, daß Mädchen eine weniger qualifizierende Berufsausbildung benötigen als Jungen, da sie "ja doch heiraten und Kinder bekommen".

Die Folge ist die Nicht-Ausbildung von Mädchen, verbunden mit einer unqualifizierten Beschäftigung. Viele Mädchen werden für häusliche Tätigkeiten eingesetzt. Dieses hat für die Zukunft der Mädchen viele negative Folgen, wie z.B. keine Rentenzahlung, keinen Anspruch auf Arbeitslosengeld, keine Krankenversicherung etc.

Sozialdemokraten wollen dafür sorgen, daß die Arbeitslosigkeit auch von Frauen und Mädchen gemindert wird. Unter anderem durch folgende Maßnahmen:

- Ausbau der Förderungen für die Ausbildung von Mädchen in gewerblich-technischen Berufen;
- Bemühungen von Stadtgemeinden und Land um mehr qualifizierte Frauen in Führungspositionen. Bei Bewerbungen von gleichqualifizierten Frauen und Männern müssen die Bewerbungen der Frauen zumindest gleichrangig behandelt werden;
- Auflagen an Unternehmen, die vom Land oder den Stadtgemeinden Zuschüsse bzw. Subventionen erhalten, besonders darauf zu achten, daß z.B. bei personeller Vergrößerung des Betriebes auch qualifizierte Frauenarbeitsplätze geschaffen werden;
- Förderung von Betrieben, die qualifizierte Frauenarbeitsplätze schaffen.

Wir werden berufliche Umschulungs- und Fortbildungsprogramme gerade für jene Arbeitnehmer fortführen, die von andauernder Arbeitslosigkeit in besonderem Maße bedroht werden. Hier ergibt sich im Rahmen landespolitischer Handlungsmöglichkeiten ein wirksamer Beitrag zur Beschäftigungspolitik.

Durch die, am 01.01.1982, eingerichtete Gleichstellungsstelle für Frauen wollen wir darauf hinwirken, daß das verfassungsrechtliche Gleichheitsgebot in allen Lebensbereichen erfüllt wird.

2.2.2 Aufbau des sogenannten Zweiten Arbeitsmarktes

Wir werden die in Bremen bereits ergriffenen Initiativen zum Ausbau eines sogenannten Zweiten Arbeitsmarktes verstärken. Er dient den Beschäftigungsangeboten an Arbeitslose in neu einzurichtenden Produktionsmöglichkeiten, die außer Konkurrenz zu bestehenden Arbeitsplätzen in den Bereichen Umweltschutz, Verbesserung der städtischen Infrastruktur, soziale Versorgung, alternative Produktion sowie Forschung und Entwicklung tätig werden können.

Die Finanzierung kann durch Gründung und Förderung von Kooperativen der Betroffenen selbst, ggfs. unter Beteiligung der öffentlichen Hand und Begleitung solcher Vorhaben durch staatliche Beratung und Weiterqualifikation gesichert werden.

Unsere Leistungen (Zweiter Arbeitsmarkt):

- + Das Land Bremen hat den Zweiten Arbeitsmarkt in den letzten Jahren erheblich ausgebaut und steht mit über 1.500 staatlich geförderten Ersatzarbeitsplätzen für besonders betroffene Zielgruppen im Städtevergleich an der Spitze. Hinzu kommen rd. 140 ältere Arbeitslose, darunter vorrangig Schwerbehinderte, die im Rahmen einer Arbeitsbeschaffungsmaßnahme im öffentlichen Dienst bis zur Erreichung der vorgezogenen Altersruhegrenze eine Beschäftigung finden konnten.
- + Bremen hat den Zweiten Arbeitsmarkt aber nicht nur quantitativ ausgebaut, sondern zugleich Pionierarbeit geleistet, um den Ersatzarbeitsmarkt zu einem qualifizierenden Arbeitsmarkt für Zielgruppen weiterzuentwickeln. Hierzu ist als bremisches Sonderprogramm zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit das "Bremische Jugendwerkstättenkonzept" für rd. 900 arbeitslose Jugendliche entwickelt und als Modellprojekt von der Bundesanstalt für Arbeit anerkannt worden. Aus diesem 60 Mio.-DM-Programm werden für arbeitslose Jugendliche funktionsfähige Werkstätten errichtet mit mehrfacher Zielrichtung: Beschäftigung, berufliche Qualifizierung und Orientierung, soziale Stabilisierung. Die Projekte sind eingeleitet; bereits 1983 werden hier zusätzlich 600 Plätze zur Verfügung stehen.

2.3 Regionale Strukturpolitik

Die Grundsätze unserer regionalen Wirtschaftspolitik sind im Wirtschaftsstrukturprogramm und im Strukturplan Unterweserraum festgelegt.

Die aktive Mitarbeit am Strukturprogramm Norddeutschland und dem Küstenstrukturprogramm des DGB zeigen unsere Bereitschaft, auch Länderübergreifend an Lösungen der wirtschaftlichen Probleme an der gesamten Nordseeküste mitzuarbeiten.

Die Länder Niedersachsen und Bremen haben sich im Zusammenhang mit dem Strukturprogramm Norddeutschlands über wesentliche Voraussetzungen der Erschließung und Besiedelung der Luneplate im Raum Bremerhaven verständigt.

Hier bietet sich für Bremerhaven eine große Chance zur Veränderung der industriellen Monostruktur. Nachdem im Norden Bremerhavens sich der Hafenumschlag konzentriert hat und das Gewerbegebiet Speckenbüttel für kleinere und mittlere Gewerbebetriebe zur Verfügung steht, ist die industrielle Entwicklung nur noch im Bereich Luneplate/Luneort möglich.

Wir werden die Erschließung dieses Industriegebietes am seeschiff-tiefen Wasser vorantreiben; dabei setzen wir auf eine finanzielle Beteiligung der EG, des Bundes und des Landes Niedersachsen.

Von der Mitfinanzierung des Bundes und ggfs. Niedersachsens ist der Bau einer Industrieschleuse zur seewärtigen Erschließung der Luneplate abhängig. Als erstem Schritt ist dem Bau eines Vorhafens Priorität einzuräumen. Unabhängig davon ist aber die weiträumige Verlegung der Lune erforderlich. Die Erschließungsmaßnahmen im südlichen Fischereihafen und im Bereich Luneort sind fortzusetzen. Die erforderlichen Umweltverträglichkeitsprüfungen werden wir vornehmen.

Für die Stärkung des strukturschwachen Unterweserraumes ist eine Querung der Weser im Raum Bremerhaven unabdingbar. Wir werden uns daher dafür einsetzen, daß der Bund der Weserquerung bei Dedesdorf ohne Neubau einer Autobahn die höchste Dringlichkeit einräumt.

Unsere Leistungen für die Erschließung
der Gewerbeflächen in Bremerhaven:

+ von 1980 - 1983 insgesamt 17,65 Mio. DM
aus Bundes-, Landes- und Gemeindemitteln.

Bei den vorliegenden Gewerbeflächenplänen für Bremen-Stadt und Bremen-Nord werden wir die Erschließung zügig vorantreiben. Dem Bedarf kleiner und mittlerer Betriebe tragen wir mit einer Reihe kleinerer Gewerbegebiete an verschiedenen Standorten Rechnung.

Das Niedervieland bietet eine Industriefläche, wie sie heute in keinem großen Ballungsraum im Bundesgebiet mehr vorrätig ist. Die Einbettung technologisch hochwertiger Produktionsstätten und hafenbezogener Betriebe in ausgedehnten Grünflächen und Schutzräumen soll ein Modellbeispiel dafür werden, wie Ökonomie und Ökologie sinnvoll miteinander verbunden werden können.

Die vorhandenen Wohnquartiere haben ihren Bestand.

Der industriell-gewerblichen Nutzung des Niedervielandes kommt im Zusammenhang mit der geplanten Eckverbindung zwischen den Autobahnen A 1 und A 27 (der Untertunnelung der Weser) für den Arbeitsmarkt in Bremen-Nord eine besondere Bedeutung zu.

Im einzelnen werden wir im Niedervieland folgende Maßnahmen vorantreiben:

- Schrittweise Realisierung des Güterverkehrszentrums, das den regionalen Verkehr bündelt und durch die rationellere Gestaltung der Schwerlastverkehre zu einer innerstädtischen Verkehrsentlastung führt;
- Fortführung der Erschließung.

Unsere Leistungen für den Grunderwerb und die Erschließung von Gewerbeflächen in der Stadtgemeinde Bremen:

+ 1980 - 1983 53 Mio. DM, z.B. im Bremer Westen, Hemelinger Hafen, in Blumenthal, Burgdamm, Habenhausen und Arsten.

2.4 Sektorale Strukturpolitik

Wir sehen unsere Aufgabe bei der sektoralen Wirtschaftspolitik des Bundes darin,

- die Anpassung von Unternehmen an strukturelle Wandlungen zu erleichtern und
- negative Folgen abrupter Strukturumbrüche in Grenzen zu halten.

Direkte finanzielle Hilfen des Staates an Unternehmen dürfen aber nicht zu Dauersubventionen werden; sie müssen vielmehr als Start- und Umstellungshilfen zeitlich befristet sein. Dabei gilt der Grundsatz, daß strukturpolitische Maßnahmen nur Hilfe zur Selbsthilfe sein dürfen und das unternehmerische Risiko dabei nicht ausgeschaltet, sondern höchstens vermindert werden darf.

Außerdem bedarf es bei allen Subventionen einer genauen Kontrolle und Auflagen über die Verwendung dieser Subventionen, damit die Subventionen auch wirklich den Beschäftigten und der Allgemeinheit zugute kommen.

2.4.1 Werften

Die Sicherung von Werftarbeitsplätzen im Lande Bremen ist für die SPD eine herausragende Aufgabe der Wirtschaftspolitik. Seit Jahren befindet sich die Schiffbauindustrie in einer tiefen Krise. Die

vorhandenen Möglichkeiten der Werften - selbst bei zurückgehender Schiffsnachfrage - u.a. durch Umstellung auf andere Produkte die Arbeitsplätze zu erhalten, sind bisher von den Werftmanagern nicht genutzt worden.

Weder Bremen noch die übrigen Küstenländer sind in der Lage, diese strukturpolitischen Aufgaben allein zu lösen, daher muß der Schiffbau von der Bundesrepublik als nationale Aufgabe anerkannt werden.

Ein exportorientiertes Land wie die Bundesrepublik muß ein bestimmtes Maß an Schiffbaukapazitäten vorhalten, um international handels- und verkehrspolitisch unabhängig zu bleiben. Die Bundesregierung muß mittel- und langfristig auf einen Stopp des ruinösen internationalen Subventionswettbewerbs hinwirken und kurzfristig mit Hilfe von Sonderprogrammen durch Auftragshilfen die deutschen Werften unterstützen.

Die SPD im Lande Bremen lehnt die vom Verband der deutschen Schiffbauindustrie geforderte Entlassung von 9.000 Werftarbeitern schärfstens ab. Sie fordert vielmehr bei der Vergabe von Bundesmitteln, daß das gesamte wirtschaftliche und soziale Umfeld des jeweiligen Werftstandortes berücksichtigt wird.

Bremen und Bremerhaven müssen Standorte für den Schiffneubau bleiben.

Die Werften müssen zwar ihre Kapazitäten der zu erwartenden Nachfrage anpassen, jedoch darf dieser Anpassungsprozeß nicht wie in der Vergangenheit einfach durch Entlassungen von Arbeitnehmern vollzogen werden, sondern u.a. durch die Umstrukturierung der Überkapazitäten auf zukunftsorientierte Produkte.

Da ein Arbeitsloser, volkswirtschaftlich betrachtet, rd. 30.000 DM pro Jahr kostet, ist es besser, auch um die Qualifikation der Betroffenen zu erhalten, für eine Übergangszeit Mittel der Bundesanstalt für Arbeit als Lohnkostenzuschüsse einzusetzen, als die Arbeitslosigkeit von Werftarbeitern über das Arbeitslosengeld zu finanzieren.

Die Küstenländer und die Bundesregierung müssen mit einem Küstenstrukturprogramm die Voraussetzungen für gleichwertige Alternativ-

arbeitsplätze, z.B. in der Unterweserregion, schaffen. Um den Übergang von krisengeschüttelter Werftindustrie zu modernen, konkurrenzfähigen Schiffbaubetrieben mit arbeitsplatzsichernden Alternativproduktionen zu ermöglichen, muß der Bund entsprechende Forschungsprogramme auflegen und finanzieren.

Öffentliche Mittel des Landes Bremen werden für Umstrukturierungsinvestitionen nur bereitgestellt, wenn Unternehmenskonzepte vorliegen, die den Bestand der Arbeitsplätze sichern. Wirtschaftlich starke Gemeinschaftslösungen sind risikoreichen Einzellösungen vorzuziehen. Die finanziellen Risiken müssen von allen Anteilseignern, auch den privaten, getragen werden.

Ergänzend muß dazu für die Arbeitnehmer ein entsprechendes Weiterbildungs- und Umschulungsprogramm angeboten werden.

Unsere Leistungen für die Sicherung der
Arbeitsplätze im Schiffbau:

+ Für das Werfthilfeprogramm wurden von 1979 bis 1981 rd. 60 Mio. DM bremische Mittel eingesetzt.

+ Darüberhinaus hat sich das Land bei den verschiedenen Werften mit Finanzhilfen, Bürgschaften und Beteiligungen erheblich engagiert.

2.4.2 Seeschifffahrt

Die Existenz der deutschen Seeschifffahrt als einer Handelsflotte unter deutscher Flagge ist in höchstem Maße gefährdet.

Dies bedeutet: Verlust von Arbeitsplätzen, volkswirtschaftlichem Schaden - speziell für die Küstenregion und mögliche Versorgungsprobleme.

Allen Bemühungen der Bundesregierung ist es nicht gelungen, diese Entwicklung aufzuhalten. Steuerpolitische Vorteile und finanzielle Hilfen konnten das Ausflagen nicht stoppen und die Arbeitsplätze deutscher Seeleute sichern.

Deshalb ist ein Kurswechsel der Schifffahrtspolitik dringend erforderlich. Die Bundesregierung muß neue Zielvorstellungen und Maßnahmen entwickeln.

Für die Seeschifffahrt fordern wir, daß bestehende Subventionen in internationaler Abstimmung abgebaut werden. Bis dahin verbleibende Wettbewerbsverzerrungen sollen durch Fördermaßnahmen des Bundes ausgeglichen werden. Staatliche Hilfen müssen dabei mit einer Bindung an die deutsche Flagge verknüpft sein.

2.4.3 Fischwirtschaft

Für Bremerhaven ist die Fischwirtschaft ein wichtiger Wirtschaftszweig, der in besonderem Maße von weltweiten Vereinbarungen abhängig ist. Unser Ziel innerhalb der EG-Fischereipolitik ist die Sicherung befriedigender deutscher Fangquoten im EG-Meer bzw. vor Drittländern. Dabei sind die Fangrechte unter Grönland für die deutsche Hochseefischerei unverzichtbar. Nur auf diese Weise kann der Erhalt der Kernflotte langfristig sichergestellt werden. Das Sofortprogramm des Bundes zum Ausgleich der derzeitigen ökonomischen Probleme der deutschen Hochseefischerei, die unter den gegenwärtigen politischen Bedingungen unverschuldet leidet, muß bis zur endgültigen Sicherung ausreichender Fangrechte fortgesetzt werden. Ein Neubauprogramm für Frischfischfahrzeuge, ausgerichtet auf den Fang innerhalb des EG-Meeres ist erforderlich, um die Existenz der deutschen Kernflotte auch künftig zu sichern.

Unsere Leistungen für die Sicherung der Arbeitsplätze in der Fischwirtschaft:

+ *Der sozialdemokratische Senat hat durch sein intensives Engagement zur Sicherung des Fortbestandes der Fischwirtschaft in Bremerhaven beigetragen. So hat Bremen die Fortführung des sogenannten "Soforthilfeprogramms" wesentlich mitbestimmt und dadurch zur Überbrückung des fischwirtschaftlichen Tals in den letzten Jahren beigetragen.*

Darüberhinaus haben wir

+ *den Neubau einer Auktionshalle nach modernsten Gesichtspunkten durchgeführt und*

+ *für den Neubau von Kuttern entsprechende Fördermittel bereitgestellt.*

2.4.4 Stahlindustrie

Die deutsche und somit auch die bremische Eisen- und Stahlindustrie befindet sich wegen weltweiter wirtschaftlicher Abschwächungstendenzen, aber auch wegen erheblicher Wettbewerbsverzerrungen durch Subventionen in der EG, in einem schwierigen Anpassungs- und Umstellungsprozeß.

Es ist die vorrangige Aufgabe, darauf hinzuwirken, die bestehenden Kapazitäten auszulasten.

Letztlich ist nur so der Stahlstandort Bremen und somit die Sicherung der Arbeitsplätze zu erreichen.

Da aber die Hütte Bremen die Aufgabe allein nicht meistern kann, ist die Entwicklung eines nationalen Stahlprogramms von großer Bedeutung. Wenn ein solches Programm an privatwirtschaftlichen Egoismen scheitert, sind gemeinschaftliche Lösungen unumgänglich.

Wir werden uns mit allen zur Verfügung stehenden Kräften dafür

einsetzen, daß die regionalen Interessen des Landes Bremen auf jeden Fall berücksichtigt werden.

Es darf auf keinen Fall soweit kommen, daß durch finanzielle Auflagen des Bundes, die vom kleinsten Bundesland nicht erfüllt werden können, die bremische Industrie und damit auch der Stahlstandort Bremen gefährdet wird.

2.4.5 Luft- und Raumfahrt

Ab Mitte 1983 wird der Zusammenschluß von VFW und MBB erfolgen. Bremen ist bislang als ein Technologie-Standort erhalten geblieben. Doch die Probleme sind noch nicht ausgeräumt, denn durch die Konzentration in der Luft- und Raumfahrtindustrie besteht die Gefahr, daß Bremen in der heutigen Wertigkeit als technologischer Standort nicht überleben kann.

Es ist deshalb unumgänglich, bei allen zukünftigen Aufgaben, besonders beim Airbus-Programm, die Standorte Bremen, Lemwerder, Hoykenkamp und Einswarden im bisherigen Umfang zu beteiligen.

Darüberhinaus ist es für Bremens Infrastruktur notwendig, die bislang noch vorhandenen technologischen Fähigkeiten zu erhalten.

Unsere Leistungen für die Sicherung der Arbeitsplätze in der Luft- und Raumfahrtindustrie:

Bremen hat sich

+ mit rd. 58 Mio. DM im ehemaligen VFW-Unternehmen engagiert und ist jetzt

+ mit rd. 12 Mio. DM an MBB beteiligt.

2.4.6 Fahrzeugbau

Mit der Ansiedlungsentscheidung für das Daimler-Benz-Werk sind nicht nur 4.000 gefährdete Arbeitsplätze langfristig gesichert, sondern weitere rd. 2.500 neue Arbeitsplätze geschaffen worden. Diese Entscheidung hat dazu geführt, daß rd. 6.500 Arbeitnehmer hier einen sicheren Arbeitsplatz haben und bis 1984 weitere 1.500 dazukommen.

Allein das Steueraufkommen einer Legislaturperiode, das mit der Sicherung des Fahrzeugbaus in der Stadt Bremen verbunden ist, ist erheblich höher als unsere öffentlichen Investitionen aus Anlaß der Werkserweiterung.

Unsere Leistungen für neue und sichere Arbeitsplätze im Straßenfahrzeugbau und für stadtteilbezogene Maßnahmen im Umfeld der Daimler-Benz-Ansiedlung:

+ Leistungen und Veränderungen im Stadtteil (z.B. Freimachung der Betriebsfläche, Straßen- und Kanalbau)

rd. DM 179 Mio.

und für

+ Maßnahmen zur Verbesserung der Stadtstruktur (z.B. Grünanlagen)

rd. DM 71 Mio.

insgesamt: DM 250 Mio.

2.4.7 Klein- und Mittelbetriebe, Dienstleistungen

Die Wirtschaft des Landes Bremen ist durch einen hohen Anteil kleiner und mittlerer Betriebe geprägt. Diese leisten einen wesentlichen Beitrag zur Stabilisierung der Wirtschaftsentwicklung. Klein- und Mittelbetriebe gewährleisten nicht nur die wohnungsnahe Versorgung der Bevölkerung mit Gütern und Dienstleistungen, sondern sie bestimmen auch im wesentlichen den Umfang und das Angebot an vielfältigen Ausbildungs- und Arbeitsplätzen.

Es ist offenkundig, daß der allgemeine Strukturwandel für kleine und mittlere Betriebe Schwierigkeiten mit sich bringt. Wir werden deshalb unsere Maßnahmen zur Förderung kleiner und mittlerer Unternehmen fortsetzen. Hierbei werden wir uns schwerpunktmäßig auf

- die Flächensicherung und Grundstücksbereitstellung,
 - die Förderung des Beratungswesens und
 - die Förderung der Forschung und Technologie
- konzentrieren.

Neben der Förderung der industriellen Basis räumen wir der Entwicklung des überregionalen Dienstleistungsbereichs besondere Bedeutung ein.

Durch den immer weiter wachsenden Markt bei Ausstellungen, Kongressen und Tagungen sollen in den nächsten Jahren vermehrte Impulse auf die wirtschaftliche Entwicklung Bremens ausgehen. Damit erhöhen wir den Wohn- und Freizeitwert der Stadt, holen Kaufkraft für Einzelhandel, Hotels und Gaststätten nach Bremen, schaffen neue Arbeitsplätze und betreiben gleichzeitig ein Stück Bremen-Werbung.

In diesem Zusammenhang werden die Überlegungen zum Ausbau der Stadthalle zu einem Veranstaltungszentrum mit einem Hotel von uns unterstützt. Der Mitteleinsatz hängt von einem überzeugenden Finanzierungskonzept ab, das städtebaulich abgesichert ist.

2.4.8 Wirtschaftsförderungsgesellschaft

Das Land Bremen hat zur Verbesserung der Wirtschaftsförderung eine Zentralstelle für die Wirtschaftsförderung im Lande Bremen eingerichtet.

Insbesondere soll diese Gesellschaft folgende Aufgaben wahrnehmen:

- Akquisition (Werbung für die Vorbereitung der Neuansiedlung, Erweiterung und Verlagerung von Betrieben der gewerblichen Wirtschaft und des Dienstleistungsbereichs);
- Koordinierung der Verwendung der für Grunderwerb und Erschließung für gewerbliche Zwecke zur Verfügung stehenden Mittel;
- Vermittlung von Gewerbeobjekten und -grundstücken;
- Beratung und Betreuung von Betrieben der gewerblichen Wirtschaft und des Dienstleistungsbereichs.

Im übrigen soll die Gesellschaft alle Geschäfte tätigen, die geeignet erscheinen, die Verbesserung der Wirtschaftsstruktur im Lande Bremen zu fördern. Dazu gehört auch die Entwicklung von Unternehmenskonzepten und ihre Finanzierung, soweit dies erforderlich und leistbar ist.

2.5 Häfen und Schifffahrt

Jeder dritte Arbeitsplatz im Lande Bremen ist direkt oder indirekt von den Häfen abhängig. Daher muß es auch aus Arbeitsmarktgründen das oberste Ziel bremischer Hafenpolitik sein, die Wettbewerbsstellung der bremischen Häfen gegenüber ihren Konkurrenten zu halten und ihre Schnelligkeit, Zuverlässigkeit und Attraktivität möglichst zu verbessern.

Ein besonderer Schwerpunkt bremischer Hafenpolitik in enger Verzahnung mit der Wirtschaftspolitik muß die Erhöhung des Umschlags solcher Seegüter sein, die im Lande Bremen bearbeitet oder weiterverarbeitet werden. Die Bereitstellung von Industrieflächen am seeschifftiefen Wasser ist dabei notwendige Voraussetzung. Für entsprechende Betriebe stehen in Bremerhaven und Bremen mit Luneplate

und Niedervieland relativ große Reserveflächen zur Verfügung.

Die Anpassung der Hafenanlagen an die künftige ökonomische und technische Entwicklung werden wir entsprechend den wachsenden Welthandelsvolumen vornehmen.

Als Investitionsschwerpunkte in den kommenden Jahren sehen wir in erster Linie die kontinuierliche Modernisierung und Unterhaltung der vorhandenen Anlagen und eventuelle neue Investitionen für Spezialzwecke an.

Die qualifizierte Ausbildung zum Hafenfacharbeiter wird im Lande Bremen auch in Zukunft fortgesetzt.

Hafenarbeit ist keine regelmäßige Tätigkeit. Sie fällt an in Abhängigkeit von Schiff und Ladung und führt entsprechend zu zeitweise hohem bzw. niedrigem Bedarf an Arbeitskräften. Da es der Hafenwirtschaft aus ökonomischen Gründen nicht möglich ist, ihren Personalbestand auf Beschäftigungsspitzen auszurichten, gleichzeitig aber Bremen ein schneller Hafen bleiben muß, wurde 1950 das Instrument des Gesamthafenbetriebes als Arbeitgeber für die Gesamthafenarbeiter geschaffen. Dieses Instrument hat sich bewährt. Bremen steht dazu und wird seinen bisherigen Beitrag zur Sicherung des Garantielohnfonds und damit zur Sicherung der Arbeitsplätze, d.h. zur Vorhaltung qualifizierter Hafenarbeiter, auch weiterhin leisten. Voraussetzung dafür ist, daß das Engagement der privaten Hafenwirtschaft nicht zurückgenommen wird.

Unsere Leistungen für die Häfen:

Zwischen 1979 und 1983 wurden zur Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen und zur Steigerung der Wirtschaftskraft folgende Maßnahmen abgeschlossen bzw. eingeleitet:

- + Erster Bauabschnitt der Ostseite Becken II, Neustädter Hafen. Finanzieller Gesamtaufwand von 65 Mio. DM.*

- + Sanierung (Vergrößerung der Industriehafenschleuse in Oslebshausen und Herichtung als Hochwassersperrwerk Gesamtkosten von 70.2 Mio. DM (darunter Bundesanteil auf reine Hochwasserschutzmaßnahme = 38,5 Mio. DM).
- + Container-Terminal Bremerhaven Finanzieller Gesamtaufwand 443,5 Mio. DM.
- + Ausbau der Getreideumschlagsanlage Finanzieller Aufwand 41,5 Mio. DM.
- + Hochwasserschutzmaßnahmen in Bremen und Bremerhaven 9 Mio. DM (bremischer Anteil).
- + Sanierungs- und Unterhaltsinvestitionen, ca. 200 Mio. DM

2.6 Zusammenarbeit mit der "Dritten Welt"

Wir Bremer Sozialdemokraten nehmen die bedeutende Arbeit und die politischen Aussagen sowie die daraus abgeleiteten Forderungen der Nord-Süd-Kommission unter der Leitung von Willy Brandt ernst. Der Nord-Süd-Konflikt bedeutet für uns auch eine Herausforderung, die unsere praktische Solidarität erfordert, auch wenn einige Probleme drängender werden. Unser Beitrag im Kampf gegen die absolute Armut und zur Unterstützung derjenigen selbstbestimmten Gruppen, die um soziale Gerechtigkeit, politische und wirtschaftliche Unabhängigkeit, gegen Unterdrückung und Rassismus ringen, muß fortgesetzt werden.

Der vordergründige Ruf nach mehr Entwicklungshilfe verdeckt die Ursachen der Not, die ganz überwiegend in einer internationalen Weltwirtschaftsunordnung liegen. Soll notwendige Hilfe für die Ärmsten und Unterstützung ihrer eigenen Befreiungs- und Entwicklungsanstrengungen nicht zum Alibi werden, muß eine kritische Informationsarbeit dazu beitragen, die tatsächlichen Ursachen der Not offenzulegen. Auch auf diesem Felde wird weiterhin intensiv mit freien Trägern und Bürgerinitiativen der Entwicklungszusammenarbeit kooperiert.

Bremens sicherlich bescheidene, aber richtungsweisende Beiträge durch das Landesamt für Entwicklungsarbeit tragen zudem mittel- und langfristig dazu bei, der Hafen- und Handelsstadt Bremen in der sogenannten Dritten Welt faire Freunde für wirtschaftliche und kulturelle Partnerschaft zu gewinnen.

Unsere Leistungen für die Zusammenarbeit
mit Entwicklungsländern:

+ In den Jahren 1979 bis 1983 wurden für
Förderungsmaßnahmen jährlich etwa
1,3 Mio. DM zur Verfügung gestellt.

2.7 Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur

Für Bremens Wirtschaft, insbesondere für unsere Häfen, ist es wichtig, die Verbindungen zum Fernstraßennetz noch enger zu knüpfen. Dabei haben folgende Projekte besonderen Vorrang:

- Eckverbindung der Bundesautobahn A 27 (Blocklandautobahn) und A 1 (Hansalinie) mit Untertunnelung der Weser zur besseren Erschließung des Bremer Südens und Westens, Anbindung an das Güterverteilzentrum und Entlastung der Wohngebiete vom Durchgangsverkehr; Tunnelführung im Zuge der Neuenlander Straße;
- Ausbau der B 212 in Bremerhaven zwischen der B 6 und dem Knotenpunkt Lloydstraße/Hafenstraße, um Bremerhaven besser an das Fernstraßennetz anzuschließen;
- Eckverbindung B 6/B 6a (Utbremer Straße/Zubringer Freihäfen);
- weiterer Ausbau der B 74;
- Weserquerung bei Dedesdorf, um die Wirtschaftsräume an der Wesermündung zu verbinden (Aufnahme in den Bundesverkehrswegeplan).

Um ganze Stadtteile von störendem Durchgangsverkehr zu entlasten, halten wir folgende Straßenbauvorhaben für notwendig:

- Weiterbau der Hafenrandstraße, um eine Anbindung an die BAB-Eck-

verbindung (A 271) zu schaffen. Die Schaffung der Querspange Oslebshausen hat hierbei Priorität;

- Vollendung des BAB-Zubringers Überseehafen in Bremerhaven, um die Hafenanbindung zu verbessern und um das Wohngebiet Wurster Straße zu entlasten;
- Ausbau der Sebaldsbrücker-/Osterholzer Heerstraße wegen des schlechten Zustands und als notwendige Folgemaßnahme der Daimler-Benz-Ansiedlung.

Für die Stadtgemeinde Bremen sind im übrigen Verkehrskonzepte beschlossen worden, die weitere Maßnahmen beinhalten. An diesen Verkehrskonzepten und seinen Detailmaßnahmen halten wir fest. Sie sind im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten, insbesondere den Einsatz von Drittmitteln, zu verwirklichen.

Unsere Leistungen für den Neu- und Ausbau von wichtigen Hauptverkehrsstraßen:

+ BAB-Zubringer Überseehafen	DM	7,2 Mio.
+ Hafenrandstraße	DM	24,1 Mio.
+ BAB-Zubringer Horn-Lehe	DM	2,1 Mio.
+ Columbusstraße in Bremerhaven	DM	2,0 Mio.
+ Stresemanstraße in Bremerhaven	DM	15,9 Mio.
+ Umgehung Borgfeld	DM	5,0 Mio.
+ BAB-Zubringer Geestemünde	DM	8,6 Mio.
+ Kattenturmer Heerstraße	DM	2,9 Mio.
+ Bremerhavener Heerstraße (B 6)	DM	0,9 Mio.
gesamt:	DM	68,7 Mio.

Um die Wettbewerbsfähigkeit der bremischen Häfen zu stärken, ist gemeinsam mit dem Bund und den interessierten Bundesländern der Ausbau der Mittelweser für das voll abgeladene Europaschiff voran-

zutreiben. Die für die Naherholung wertvollen Uferzonen dürfen nicht zerstört werden.

Bremen kann als Wirtschaftszentrum auf eine Anbindung an den internationalen Flugverkehr nicht verzichten. Durch die Neufassung des Flächennutzungsplanes werden wir sicherstellen, daß der unmittelbar vor dem westlichen Ende der Start- und Landebahn liegende Ochtumdeich auf der Grundlage eines Landschaftsplanes verlegt werden kann, um die vorhandene Start- und Landebahn wieder für den Luftverkehr nutzbar zu machen. Dadurch wird die Verkehrssicherheit des Flughafens Bremen erhöht.

Es ist dabei unser Ziel, Lösungen zu entwickeln und zu realisieren, die zu keiner merklichen Verstärkung der Fluglärm- und Schadstoffbelastungen der um den Flughafen liegenden Stadtteile und Gemeinden führen.

Unsere Leistungen für den Flughafen

Bremen:

+ Zur Modernisierung der Flughafeneinrichtungen und Verbesserung der Flugsicherheit sind auf dem Flughafen Bremen in den letzten Jahren mehr als 16 Mio. DM investiert worden.

Im Interesse einer menschlichen Stadt, für weniger Abgase und weniger Lärm und für mehr Sicherheit im Straßenverkehr haben Straßenbahn und Busse Vorrang vor dem Auto, vor allem im Berufsverkehr.

Deshalb werden wir auch in Zukunft die Betriebskosten der Bremer Straßenbahn aus dem öffentlichen Haushalt subventionieren und die nötigen Investitionen absichern. Bei der Tarifgestaltung werden wir auch zukünftig soziale und verkehrspolitische Gesichtspunkte berücksichtigen.

Auch in Zeiten wirtschaftlicher und finanzpolitischer Probleme halten wir an unseren Zielen des Vorrangs des ÖPNV vor dem Individualverkehr fest.

Dies werden wir in der vor uns liegenden Wahlperiode nur mit Maßnahmen leisten können, die keine finanziellen Mehrbelastungen für die Stadt bringen.

Unsere Leistungen für den öffentlichen Personennahverkehr:

- + *Zur Verbesserung des öffentlichen Personennahverkehrs in der Region Bremen haben wir im Jahre 1980 den bestehenden Gemeinschaftstarif der Deutschen Bundesbahn und der Bremer Straßenbahn AG auf bestimmte Bahnhöfe in den umliegenden niedersächsischen Gemeinden erweitert.*
- + *Bremen stellt in der Legislaturperiode 1980-1983 mehr als 300 Mio. DM zur Sicherung des öffentlichen Personennahverkehrs zur Verfügung für:*
 - *Subventionierung des allgemeinen Fahrpreises;*
 - *Subventionierung des Fahrpreises für Schüler, Auszubildende und Studenten im Ausbildungsverkehr, 66,8 Mio. DM;*
 - *unentgeltliche Beförderung Schwerbehinderter;*
 - *Investitionen für die Bremer Straßenbahn AG, z.B. Beschaffung von Bussen, ca. 55,8 Mio. DM;*
 - *Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs in Bremen-Nord.*

2.8 Zukunftsorientierte Energieversorgung

Eine sichere und zugleich ressourcen- und umweltschonende sowie kostengünstige Energieversorgung Bremens ist das Ziel unseres Ener-

gieversorgungskonzeptes.

Das Zusammentreffen steigender Rohstoff- und Personalkosten kann nicht ohne Auswirkungen auf die Preis- bzw. Tarifgestaltung bleiben.

Mit Energieeinsparprogrammen bei öffentlichen Gebäuden und Anlagen haben wir erste Erfolge erzielt. Schwerpunktmäßig wurden anlagentechnische und regelungstechnische Investitionen (z.B. Einbau von Thermostat-Ventilen, Erneuerung von Heizkesseln und -brennern) durchgeführt. Hinzu kamen Maßnahmen sogenannter neuer Technologien.

Unter dem Gesichtspunkt Energieeinsparung und der Strategie "weg vom Öl" werden wir den Ausbau der Fernwärme vorantreiben und den Anteil der Kraft-Wärme-Koppelung erhöhen.

Die Fernwärme ist die umweltfreundlichste Wärmeversorgung. Die Wirtschaftlichkeit der Fernwärmeversorgung wird aber letztlich erst bei einem weiteren Anstieg des konkurrierenden Heizölpreises erreicht.

Die Stadtwerke Bremen AG setzen 170 Mio. DM für den Ausbau der Fernwärme ein. Von diesen Investitionen für den Fernwärmeausbau werden erhebliche positive Beschäftigungswirkungen ausgehen.

Die Stadtwerke Bremen AG werden auch in Zukunft ihre Konzessionsabgabe zu erwirtschaften haben, nicht zuletzt, um es der Stadtgemeinde zu ermöglichen, die Preise für den öffentlichen Personennahverkehr zu subventionieren.

2.9 Verbraucherpolitik

In Zeiten stagnierenden Wirtschaftswachstums, erhöhter Arbeitslosigkeit und härteren Wettbewerbs, kommt der Verbraucherpolitik größere Bedeutung zu als in Zeiten der Hochkonjunktur. So ist festzustellen, daß die Nachfrage nach Gütern des aperiodischen Bedarfs rückläufig ist. Eingegangene Verpflichtungen, die durch Kredite und Hypotheken finanziert wurden, sind nicht immer einzu-

halten. Bei hohem Zinsniveau, unsicherer Arbeitsmarktlage und steigenden Lebenshaltungskosten ist die Bereitschaft zu weiterer Verschuldung beim Verbraucher nicht vorhanden.

Rigoroseres Verhalten der Anbieter treibt immer mehr Verbraucher in Notsituationen, aus denen sie sich mit eigener Hilfe nicht mehr befreien können.

- Sozialdemokraten im Lande Bremen werden sich deshalb für die konsequente Einhaltung der Gesetze und Verordnungen zum Schutze des Verbrauchers einsetzen;
- im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten werden die zur Wahrnehmung der Interessen des Verbrauchers bestehenden Organisationen und Institutionen weiterhin unterstützt;
- zum Abbau von Defiziten in den benachteiligten Stadtteilen wird das Beratungsangebot (Rechtsberatung, Energieberatung, Reklamationsberatung, Budgetberatung) schwerpunktmäßig dort verstärkt angeboten;
- im Sinne eines Informationsverbundes wird eine bessere Zusammenarbeit der mit Verbraucherschutzproblemen beschäftigten staatlichen, öffentlich-rechtlichen und privaten Institutionen angestrebt;
- im Rahmen der auf Bundesebene bereitgestellten Mittel für Wohnberatung wird auch im Lande Bremen wieder ein Beratungsangebot zu ermöglichen sein;
- in Zusammenarbeit mit den Organisationen der ausländischen Mitbürger und den sie betreuenden Wohlfahrtsverbänden werden wir ein Informationsangebot errichten, das den speziellen Bedürfnissen Rechnung trägt.
Wir werden darauf hinwirken, daß durch wirksame öffentliche Kontrolle Machtmißbrauch verhindert wird.

3. BILDUNG UND WISSENSCHAFT

3.1 Recht auf Bildung

Ziel sozialdemokratischer Bildungspolitik ist ein Bildungswesen, das mehr Chancengleichheit gewährleistet, alle Begabungen ohne Rücksicht auf Herkunft fördert und Bildungsziele so umsetzt, daß die Schüler zur Bewältigung ihres Lebens und zum praktischen Handeln befähigt werden sowie zum Bewußtsein für die Würde des Menschen, die Geschichtlichkeit seiner Erfahrungen und die unveräusserlichen Grundwerte gelangen.

Wir streben ein Bildungssystem an, das niemanden durch zu frühen Zwang zu kaum korrigierbaren Entscheidungen von bestimmten Chancen ausschließt oder auf andere Weise benachteiligt.

Dabei soll Chancengleichheit nicht etwa durch Nivellierung der Anforderungen angestrebt werden, sondern dadurch, daß

- feststellbare Chancennachteile frühzeitig ausgeglichen werden und
- das Bildungsangebot so differenziert wird, daß die Lernenden ihren Lerninteressen und Lernmöglichkeiten entsprechend gefördert werden und weiterführende Angebote vorfinden.

In diesem Sinne hat sozialdemokratische Politik in der Vergangenheit bewirkt, daß unsere Schüler schon heute vielfältige Hilfen erhalten. Zudem können sie unter stark differenzierten Lernangeboten wählen.

Wir haben mit dem Schulverwaltungsgesetz erhebliche Mitbestimmungsmöglichkeiten der Eltern geschaffen. Es muß für alle Eltern selbstverständlich werden, diese Rechte wahrzunehmen und dadurch die Zusammenarbeit zwischen Eltern und Schule zu verbessern.

Zur Entwicklung der Jugendlichen, die trotz ihrer Fähigkeiten aus wirtschaftlichen Gründen weiterführende Ausbildungsgänge des Schulbereichs nicht besuchen können, werden wir Bundesratsinitiativen zur Wiedereinführung des Schüler-Bafög einleiten. Sollten solche Vorstöße ergebnislos bleiben, werden Überlegungen anzustellen sein, wie sozial schwach gestellte Jugendliche gefördert werden können.

Unsere Leistungen für die Entwicklung des Schulwesens:

- + Die Zahl der Lehrer an bremischen Schulen wurde seit 1970 innerhalb eines Jahrzehnts bei etwa gleichen Schülerzahlen nahezu verdoppelt.
- + Verbesserte Lernbedingungen im Primarbereich: herabgesetzte Klassenfrequenzen und stärkere individuelle Förderung; keine Zeugnisse und kein Sitzenbleiben in Klasse 1; keine Auslese nach Klasse 4.
- + Schaffung von Schulzentren des Sekundarbereichs I mit einer integrierten Orientierungsstufe. Durch die Zusammenführung von Hauptschulen, Realschulen und Gymnasien (Klasse 7 - 10) wurden die schulischen Bedingungen der Haupt- und Realschüler erheblich verbessert. Zugleich wurde erreicht, daß heute an 42 Standorten der Stadt gymnasiale Ausbildungsplätze angeboten werden; 1970 waren es noch 18 Standorte vorwiegend in der Innenstadt.
Im gleichen Zeitraum wurde die Zahl der Realschulstandorte von 23 auf 36 erhöht.
- + Hauptschule: Drastisch herabgesetzte Klassenfrequenzen (20 Schüler je Klasse) und Erhöhung der Lehrerwochenstunden je Klasse verstärkt individuelle Förderung.
Für die Frequenzsenkung wurden allein in der Hauptschule 72 Lehrer zusätzlich zur Verfügung gestellt.
Einführung des freiwilligen 10. Hauptschuljahres mit berufsbezogenen Inhalten gefüllt. Das verbessert die Chancen von Hauptschülern auf dem Arbeitsmarkt.
- + Einrichtung eines Vorlaufjahres für Realschüler zur Aufnahme in die gymnasiale Oberstufe.
- + Starker Ausbau der Hilfen für Kinder ausländischer Mitbürger und Umsiedler. Bis einschließlich Schuljahr 1982/83 wurden zusätzlich 100 Stellen zur Verfügung gestellt.

- + Insgesamt stehen für besondere pädagogische Einzelmaßnahmen für Hauptschüler, Sonderschüler und vor allem für die schulische Betreuung von Ausländerkindern seit dem Schuljahr 1980/81 knapp 300 Lehrerstellen zur Verfügung.
- + Bessere Ausgestaltung der gymnasialen Oberstufe durch ein breites Angebot berufsbezogener Fächer: Elektrotechnik, Bautechnik und Ernährungslehre.
- + Die gute Personalausstattung der Bremer Schulen (Schüler je Lehrer) wird auch im neuesten Ländervergleich deutlich. Hier liegt Bremen über alle Schulstufen auf Rang 2 unter den Ländern. In der Hauptschule belegt Bremen den ersten Platz.

3.2 Durch Konsolidierung des Erreichten die Bildungsreform verteidigen

Die wichtigste Aufgabe sozialdemokratischer Bildungspolitik in den vor uns liegenden Jahren ist, das Erreichte zu konsolidieren, inhaltlich abzusichern und behutsam fortzuentwickeln.

Trotz finanzieller Enge sehen wir in den nächsten Jahren Gestaltungsmöglichkeiten für die Schulpolitik entsprechend den Grundsätzen des bremischen Schulgesetzes.

- Wir werden die bisher noch vorhandenen Mängel in der Kooperation von Haupt-, Real- und Gymnasialkursen an den Schulzentren beseitigen und vor allem die inhaltliche Zusammenarbeit verbessern;
- dort, wo sich Schulzentren des Sekundarbereichs I zu integrierten Gesamtschulen entwickeln wollen, werden diese Bestrebungen von uns nach den finanziellen Möglichkeiten unterstützt.

Wir werden

- in den Schulzentren des Sekundarbereichs II daran arbeiten, die beruflichen und gymnasialen Bildungsgänge behutsam näher zusammenzuführen;

- die Fördermaßnahmen für ausländische Kinder sichern und konzeptionell weiterentwickeln;
- die Sozialarbeit sowie die Drogenberatung in den Schulen gezielt einsetzen;
- ohne die Grundschule als Gesamtschule anzutasten, werden wir in unseren öffentlichen Grundschulen die Möglichkeit eröffnen, aufbauend auf den Erfahrungen von Schulen in anderen Bundesländern, Modelle selbstregulierten Lernens zu erproben. Dabei sollen die Lehrer den Kindern verstärkt Lernangebote in ihrem Umfeld machen und sie somit zu einer aktiven Auseinandersetzung mit ihrer Umwelt befähigen. Die Formen des Unterrichts sollen auf Förderung und Anregung und nicht auf Reglementierung der Kinder zielen.

Wir werden in den kommenden Jahren,

- die Lehr- und Lernkonzepte und die Arbeit des WIS auf die konkreten Lernvoraussetzungen, die Kinder aus den verschiedenen sozialen Schichten der Bevölkerung mitbringen, ausrichten;
- die Unterrichtsformen verstärkt auf soziales Lernen orientieren;
- in diesem Zusammenhang den Grundschulen und den Schulen der Orientierungsstufe mit hohen Anteilen von Kindern aus nicht privilegierten sozialen Schichten die Möglichkeit geben, verstärkt auf die unterschiedlichen Lernbedürfnisse der Kinder und Jugendlichen durch Verstärkung der Lehrerzuweisungen zu lasten der Schulen, die vornehmlich Schüler sozial privilegierter Elternhäuser aufnehmen, einzugehen;
- den Trägern der Weiterbildungsarbeit nahelegen, vermehrt Elternseminare, gerade auch für Eltern ausländischer Kinder, anzubieten.

Durch stark rückläufige Schülerzahlen, insbesondere in den Sekundarbereichen I und II wird sich nach heutigen Erkenntnissen - 1984 beginnend - in der Stadtgemeinde Bremen ein nicht abbaubarer Überhang im Umfang von über 500 Lehrerstellen ergeben.

Diese Lehrerstellen können für Maßnahmen vorgesehen werden, wie z.B.

- Ausgleich der in der abgelaufenen Legislaturperiode beschlossene Kürzungen;
- Verwirklichung der in der abgelaufenen Legislaturperiode noch nicht vollständig realisierten Programmteile
 - o Verbesserung der Unterrichtssituation in Sonderschulen,
 - o Förderung der Ausländer- und Umsiedlerkinder,
 - o Ausbau sozialpädagogischer Schülerhilfen;
- Verbesserung der Unterrichtssituation der beruflichen Schulen und auch für neue bildungspolitische Maßnahmen.

Angesichts der hohen Personalkosten im Bildungsbereich sind jedoch überwiegend solche Maßnahmen auszuwählen, die auf die Zeit des Lehrerüberhangs befristet werden können.

3.3 Schulpolitik für Ausländerkinder

Schulen können einen grundlegenden Beitrag zur Integration ausländischer Kinder leisten, wenn wir ihnen rechtzeitig gleiche Chancen einräumen.

- Ausländische Kinder müssen daher die Gelegenheit bekommen, in einem gewissen Maß auch in unseren Schulen ihre Muttersprache zu gebrauchen. Dem muß durch entsprechende Unterrichtsangebote Rechnung getragen werden.

Auch die Kultur ihres Herkunftslandes muß in den Lehrplänen Beachtung finden. Deutschen Kindern muß ebenfalls Einblick in die sozialen und kulturellen Eigenarten gerade der Länder, aus denen ihre ausländischen Mitschüler stammen, gegeben werden;

- die Bildung von Nationalitätenklassen wirkt jeglichen Integrationsbemühungen entgegen und wird von uns abgelehnt;
- ausländische Eltern müssen über unser Schulwesen in ihrer Landessprache informiert werden. Aktuelle Mitteilungen der Schulbehörde müssen auch in den Sprachen der Einwanderer verbreitet werden. Ausländische Eltern müssen über ihr Mitspracherecht in der Schule informiert werden, bei dessen Wahrnehmungen muß ihnen Hilfeleistung geleistet werden.

3.4 Förderung der beruflichen Bildung

Die Entwicklung der Produktionsbedingungen in den hochindustrialisierten Ländern bedingt eine fortschreitende Qualifizierung der Arbeitskräfte. Die berufliche Bildung quantitativ und qualitativ zu verbessern, ist dafür eine notwendige Voraussetzung. Die Situation der Berufsausbildung ist geprägt von der Verantwortung des Staates und der privatwirtschaftlichen Unternehmen, Ausbildung im dualen System zu gewähren. Dadurch, daß sich Betriebe, im besonderen Maße Großbetriebe, zunehmend ihrer Verantwortung entziehen, wird der Staat gezwungen, immer mehr Ausbildungsmöglichkeiten bereitzustellen.

Wir fordern, daß die Unternehmen im Lande Bremen mittels geeigneter Maßnahmen jene Betriebe an den Berufsausbildungskosten finanziell beteiligen, die nicht ausreichend Ausbildungsplätze bereitstellen. Dadurch können auch die Unternehmen unterstützt werden, die über ihren eigenen Bedarf hinaus ausbilden.

Wir werden uns dafür einsetzen, im Bund

- die gesetzlichen Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß nicht-ausbildende Betriebe Ausbildungsplätze bereitstellen und
- die Möglichkeit der Berufsausbildungsplatzabgabe geschaffen wird.

3.5 Erstausbildung

Kein Jugendlicher darf ohne qualifizierte Ausbildung bleiben. Dies ist vorrangige Aufgabe der privaten und öffentlichen Arbeitgeber. Wir werden weiterhin besondere Anstrengungen zugunsten der Jugendlichen unternehmen, die die geringsten Ausbildungschancen haben.

Wir werden dafür sorgen, daß

- die Möglichkeit, den Hauptschulabschluß nachzuholen, durch ein Zusammenwirken von Schule und anerkannten Weiterbildungseinrichtungen verbessert wird;
- Ausbildungsplätze in den öffentlichen Betrieben und Verwaltungen weiterhin über den eigenen Bedarf hinaus bereitgestellt werden;
- die Ausbildungsplätze in der vollzeitschulischen Ausbildung (BFS/q) so lange aufrecht erhalten werden, wie es der Bedarf erfordert;
- zusätzliche Ausbildungsplätze bei freien Trägern und Betrieben für benachteiligte Jugendliche - insbesondere Mädchen - weiterhin gefördert werden;
- ein weiteres Programm zur Minderung der Jugendarbeitslosigkeit finanziert wird;
- die Förderung von außerbetrieblichen, qualifizierten Ausbildungsmaßnahmen in reaktivierten Ausbildungskapazitäten bestehender oder stillgelegter Unternehmen oder vergleichbarer, geeigneter Institutionen beibehalten wird;
- im Lande Bremen zur Sicherstellung einer qualifizierten Berufsausbildung Regelungen getroffen werden, die Lehrern, die berufsfachlichen Unterricht erteilen, Möglichkeiten bieten, in Abständen von fünf Jahren in einem Betrieb ihrer Fachrichtung zu arbeiten;

- die Fortentwicklung des von den Gewerkschaften entwickelten Instruments der Berufsbildungsbilanz für eine genauere Analyse der quantitativen und qualitativen Ausbildungsdefizite im Lande Bremen, unterstützt wird;
- für Jugendliche, die ihre berufliche Erstausbildung im Hochschulbereich suchen, weiterhin Studienplätze für eine qualifizierte Ausbildung an den bremischen Hochschulen bereitstehen.

Im Rahmen des Hochschulgesamtplanes ist dabei der Schwerpunkt auf folgende Maßnahmen zu legen:

- Fortsetzung der Umsteuerung der Universität zugunsten der naturwissenschaftlichen und technologischen Lehr- und Forschungskapazitäten;
- Ermöglichung von Nach- und Zusatzqualifikationen für Studierende in den Lehramtsstudiengängen für aussichtsreiche Berufsfelder ohne Ausweitung der Lehrkapazität;
- realistische Fortführung der Studienreform in kleinen, überschaubaren Projekten, die eine zugleich praxisbezogene und am neuesten Stand der Wissenschaft orientierte Lehre gewährleisten.

Unsere Leistungen zur Stärkung des Ausbildungsangebotes:

Mit erheblichem Mittelaufwand wurden große Anstrengungen zur Ausweitung des Ausbildungsplatzangebotes unternommen.

- + *Es wurden Ausbildungsplätze bei freien Trägern und Betrieben für benachteiligte Jugendliche - insbesondere Mädchen - (159 Plätze) gefördert.*
- + *Im Zeitraum von 1978 - 1985 werden für mehr als 1.000 Jugendliche Ausbildungsplätze im öffentlichen Bereich zusätzlich geschaffen.*
- + *In der Berufsfachschule mit berufsqualifizierendem Abschluß wurden im Lande Bremen bis zum Schuljahr 1982/83 mehr als 2.000 Plätze angeboten.*
- + *Das BGJ wurde schrittweise ausgebaut. 1982/83 stehen im Lande Bremen rd. 800 Plätze zur Verfügung.*

- + Die Zahl der zusätzlichen Ausbildungsplätze für Assistentenberufe wurde von 40 im Jahre 1978/79 schrittweise auf 80 Plätze im Jahre 1982/83 erhöht.
- + Zum Schuljahresbeginn 1981/82 wurde das freiwillige 10. Hauptschuljahr mit 18 Klassenverbänden eingeführt. Hier werden zur Zeit 360 Schülerinnen und Schüler unterrichtet.

3.6 Erhaltung und Verbesserung der Arbeitsqualifikation durch Fort- und Weiterbildung

Weiterbildung ist für Sozialdemokraten integrierter Teil des Bildungssystems. Gerade in Zeiten ökonomischer Krisen, die in ihrer heutigen Ausprägung nicht nur aus konjunkturellen, sondern vor allem aus strukturellen Gründen (neue Technologien) Massenarbeitslosigkeit erzeugen und mit zunehmender Dauer auch demokratische Grundwerte gefährden, kommt der Weiterbildung eine besondere Bedeutung zu. Vor diesem Hintergrund soll sie jeden insbesondere dazu befähigen,

- die berufliche Qualifikation zu erhalten, zu steigern oder zu ändern und damit auch Ungleichheiten abzubauen, die durch gesellschaftliche Entwicklungen entstanden sind und neu entstehen;
- die Ursachen gesellschaftlicher Konflikte erkennen und Verhaltensweisen zu erlernen, um diese Konflikte steuern und überwinden zu können.

Die Erhaltung und Verbesserung der Arbeitsqualifikation ist für die Zukunftschancen einer Region von entscheidender Bedeutung. Ihre Verminderung durch anhaltende Arbeitslosigkeit ist zugleich ein drückendes individuelles Schicksal. Jugendliche, die keine Chancen der Nach- und Umqualifikation haben, werden in Resignation und "Aussteiger"-Mentalität gedrängt.

Die hohe Leistungsfähigkeit des bremischen Weiterbildungssystems bietet eine solide Ausgangsbasis für konzentrierte und aufeinander abgestimmte gegensteuernde Maßnahmen. Der Einsatz von Bundesmitteln

ist noch stärker anzustreben, weil in den nächsten Jahren die bremischen Mittel nicht zunehmen werden. Die sozialdemokratische Weiterbildungspolitik im Lande Bremen wird darum in der nächsten Legislaturperiode neben der politischen Bildung schwerpunktmäßig folgende Ziele und Maßnahmen verfolgen:

- Den Ausbau von stadtteilbezogenen Berufsförderungs- und Weiterbildungszentren durch Einsatz von Bundesmitteln und Landesmitteln, für berufliche Qualifizierungs- und Eingliederungsmaßnahmen;
- die schwerpunktmäßige Durchführung von Eingliederungs- und Nachqualifizierungsmaßnahmen, insbesondere auch für ausländische Jugendliche, längerfristig und ältere Arbeitslose sowie Frauen in Trägerschaften der anerkannten Weiterbildungseinrichtungen unter Ausschöpfung der entsprechenden Bundesprogramme und Mittel für Modellvorhaben;
- Beibehaltung der Öffnung der Weiterbildungseinrichtungen für Arbeitslose durch Gutscheine für die kostenlose Teilnahme an den Veranstaltungen der allgemeinen beruflichen und politischen Weiterbildung;
- die schwerpunktmäßige Förderung von Weiterbildungsmaßnahmen für benachteiligte Zielgruppen und Stadtteilgebiete unter besonderer Berücksichtigung neuer Lehr- und Veranstaltungsformen, die Eigeninitiative und die Selbstorganisation von Lernprozessen fördern;
- die Einbeziehung der Hochschulen in das System der allgemeinen und beruflichen Weiterbildung im Rahmen des Hochschulgesamtplanes durch arbeitnehmerorientierte Programme.

Die Angebote und Programme sind kostenneutral zu entwickeln.

Hier sind auch die Weiterbildungseinrichtungen herausgefordert. Zu ihrer Unterstützung ist folgendes notwendig:

- Verringerung des kostenintensiven Verwaltungsaufwands;
- Aktivierung vorhandener pädagogischer Kompetenzen und Erfahrungen bei den einzelnen Trägern, sowie die Zusammenführung dieser zugunsten eines vielfältigen lebendigen Gesamtangebots im Lande Bremen;
- Bereitstellung von dezentralen Lehrräumen, um das Lernen vor Ort attraktiver zu machen.

Unsere Leistungen zur Förderung der
Weiterbildung:

- + In den Jahren 1977 - 1982 wurden für Zuschüsse nach dem Bremischen Weiterbildungsgesetz insgesamt 21,2 Mio. DM zur Verfügung gestellt. Dies sind ca. 25 Prozent der Mittel, die für die Bildungsarbeit der anerkannten Weiterbildungseinrichtungen eingesetzt wurden, so daß wir damit in den vier Jahren insgesamt rd. 80 Mio. DM für Weiterbildung in Bremen mobilisieren konnten.
- + Jährlich nehmen ca. 70.000 Bürger im Lande Bremen an Veranstaltungen der 14 anerkannten Einrichtungen teil.
- + Es wurden Fachräume und Werkstätten (z.T. kooperativ genutzt, wie das gewerblich-technische Bildungszentrum in Hastedt) geschaffen, durch die insbesondere arbeitslose bzw. von Arbeitslosigkeit bedrohte Arbeitnehmer die Chance der beruflichen Qualifizierung erhalten.
- + Ca. 8.000 Arbeitnehmer erhalten jährlich die Möglichkeit der beruflichen Qualifizierung.
- + Ca. 14.000 Anspruchsberechtigte realisieren jährlich ihren Bildungsurlaubsanspruch (= 4,4 Prozent). Davon sind ca. 42 Prozent den Bildungsbenachteiligten zuzurechnen.
- + Durch die Intensivierung der Stadtteilarbeit in unterversorgten Stadtteilen ist es gelungen, das für Bildungsbenachteiligte gezielte Bildungsangebot in ihren Wohngebieten zu verdreifachen.

3.7 Zukunftsorientierte Forschung und Lehre an Hochschulen und
Universität

Den Hochschulen des Landes Bremen kommt eine hohe Bedeutung für die

gesellschaftliche Entwicklung zu. Einerseits tragen die Ergebnisse von Wissenschaft und Forschung dazu bei, die Entwicklung der Wirtschaft und der Gesellschaft mitzugestalten, andererseits haben sie berufsqualifizierende Ausbildung auf höchstem Niveau zu leisten. Das setzt eine am neuesten Stand der Wissenschaft orientierte und zugleich praxisbezogene Lehre voraus, die den Studenten auch in den Stand setzt, soziale Verantwortung zu übernehmen. Dieser Bedeutung und diesen Aufgaben muß eine realistische Fortführung der Hochschulreform gerecht werden. Mit der Hochschulgesetzgebung und dem Hochschulgesamtplan wird die Konsolidierung der Universität und eine Zusammenfassung der vier stadtbremischen Hochschulen geleistet, um vor allem die Leistungsfähigkeit in Lehre und Forschung zu stärken und damit ein wissenschaftliches Innovationspotential aufzubauen, das auch unmittelbar der Region zugute kommen kann.

Dabei soll die praxisbezogene Lehre und Forschung weiterhin an den Bedürfnissen der breiten Mehrheit der arbeitenden Bevölkerung orientiert bleiben und die Kooperation zwischen Hochschulen, Arbeitnehmerkammern und Gewerkschaften fortgesetzt werden.

Demzufolge liegt die Priorität unserer Hochschulpolitik darin, naturwissenschaftliche und technologisch ausgerichtete Lehr- und Forschungskapazitäten aufzubauen, die auch ein wissenschaftliches Innovationspotential zur Verbesserung der bremschen Wirtschaftsstruktur darstellen. Daneben sind die Forschungsbereiche, die der Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen dienen, weiterhin zu fördern.

Wir werden die Lehrerausbildungskapazitäten zugunsten natur- und ingenieurwissenschaftlicher Ausbildung an der Universität reduzieren. Dazu dient auch der Ausbau der Hochschule Bremerhaven.

Unsere Leistungen für Lehre und Forschung:

+ *Einrichtung des Studiengangs Produktionstechnik mit 300 Studienplätzen.*

- + *Bereitstellung von Mitteln für natur- und ingenieurwissenschaftliche Doktorandenstudienplätze.*
- + *Ausbau der Hochschule Bremerhaven und Eröffnung der Studiengänge Lebensmitteltechnologie und Systemanalyse 1982.*
- + *Für die Hochschulen im Lande Bremen wenden wir jährlich rd. 180 Mio. DM auf; diese Mittel sichern z.Z. rd. 13.000 Studenten vor allem aus unserer Region ihre Ausbildung.*
- + *Errichtung des Polarforschungsinstituts in Bremerhaven (Alfred-Wegener-Institut).*

Wir werden den zweiten Bildungsweg absichern. Nach wie vor muß interessierten Arbeitnehmern (mit Realschulabschluß und abgeschlossener Berufsausbildung) die Aufnahme eines Hochschulstudiums ermöglicht werden (Nichtabiturientenprüfung).

3.8 Juristenausbildung

Die einstufige Juristenausbildung, die seit 1971 in Bremen durchgeführt wird, hat sich bewährt und findet überregionale Anerkennung. Die bevorstehende bundesrechtliche Neuregelung gefährdet allerdings den erreichten Reformstand durch ein konservatives Zurück zu einer traditionellen Ausbildung der Juristen in getrennten Phasen; universitäre und praktische Ausbildung sollen wieder auseinandergerissen werden. Demgegenüber ist an den reformpolitischen Zielen festzuhalten. Deshalb ist die bundesrechtliche Neuregelung auf alle Möglichkeiten auszuloten, die gelungenen Reformelemente zu erhalten. Insbesondere muß es Ziel sein, die Verbindung von theoretischer und beruflicher Ausbildung zu sichern. Das Prüfungssystem und seine Organisation sind entsprechend diesem Prinzip mit Universitäts- und Praxisausbildern zu besetzen. Bremen soll Sitz des Prüfungsamtes für die gesamte Ausbildung bleiben.

4. UMWELTSCHUTZ ZUM LEBEN UND WOHNEN IN DER STADT

Sauberes Wasser, reine Luft und unbelasteter Boden sind die entscheidende Grundlage einer natürlichen, artenreichen und gesunden Umwelt.

Wasser, Luft und Boden sind keine vermehrbaren Güter und ihre Belastung mit Schadstoffen hat - insbesondere in Ballungsgebieten und Großstädten - bereits zu schwerwiegenden Schädigungen der Natur und Gesundheit geführt.

Für die Bremer SPD gehört eine intakte Umwelt zur Existenzgrundlage der Menschen. Deshalb werden wir auch in Zukunft darauf drängen, durch vorausschauende Planung Umweltbelastungen abzubauen bzw. zu verhindern, d.h. konkret: Ökologische, ökonomische und gesellschaftspolitische Ziele sind gleichrangig.

4.1 Verbesserung der Wassergüte

Bremen und Bremerhaven sind Städte am Wasser. 10,5 Prozent der Fläche des kleinsten Bundeslandes sind mit Wasser bedeckt. Doch die Gewässer Bremens sind, von wenigen Ausnahmen abgesehen, kritisch bis stark mit Schad- und Schmutzstoffen - durch häusliche und industrielle Abwässer, durch Umweltchemikalien, Düngemittel und Abfallstoffe - belastet.

Der Gewässerschutz ist daher für Bremen eine vordringliche Zukunftsaufgabe. Die Verbesserung der Wassergüte insbesondere in der Weser und ihren Nebenflüssen ist für sozialdemokratische Umweltpolitik vorrangig.

Wichtige Schritte zur Entlastung und Sanierung der Gewässer sind bereits getan. Wir werden uns dafür einsetzen, daß die Verbesserung der Gewässerqualität forciert vorangetrieben wird. Dieses geschieht durch folgende Maßnahmen:

- Umsetzung des Abwasserabgabegesetzes von 1981;
- Beteiligung Bremens an länderübergreifenden Maßnahmen zur Sanierung der Weser:

- o Verwirklichung des Weserlastplans,
- o Reduzierung des Kali- und Salzgehaltes der Weser,
- o Meßprogramme für die Gewässergüte;
- Bau der biologischen Klärstufe in Seehausen;
- Inbetriebnahme der ZKA Bremerhaven.

4.2 Sicherung der Grün- und Freiflächen - Erhaltung der bedrohten Tier- und Pflanzenwelt

Grünflächen und Landschaftsräume bestimmen ganz wesentlich den Freizeitwert einer Stadt. Öffentliche Parks, grüne Wiesenlandschaften, lange Deichwege und nicht zuletzt Bremens Kleingärten, begründen Bremens Ruf als grüne Stadt.

Die unbebauten Flächen in und um Bremen sind sowohl für die Reinhaltung der Luft, für das Klima, den Wasserhaushalt als auch für Wohnen und Erholung von großer Bedeutung. Sie sind zudem Lebensraum für die zunehmend bedrohte Tier- und Pflanzenwelt.

Es ist erforderlich, daß Planungen zur Bodennutzung künftig verstärkt daran gemessen werden, daß sie der Erhaltung und Wiederherstellung einer funktionsgerechten Umwelt dienen und ihr nicht entgegenstehen.

Sozialdemokraten werden dafür sorgen, daß die für Natur und Klima notwendigen Freiflächen weiterhin gesichert werden durch

- die Unterschutzstellung hochwertiger Naturlandschaften wie Teile des Hollerlandes und der Borgfelder Wümmewiesen;
- die Erarbeitung von Landschaftsplänen im Rahmen des Landschaftsprogramms;
- eine Ausgleich schaffende Politik, wenn wertvolle Gebiete durch unumgängliche bauliche Veränderungen (z.B. für Gewerbeansiedlung) verloren gehen.

Das 1981 verabschiedete bremische Naturschutzgesetz - das beispielgebend für die gesamte Bundesrepublik ist - schafft dafür die notwendigen Voraussetzungen.

Unsere Bemühungen um den Erhalt des Baumbestands in den "gewachsenen" Stadtteilen und um neue Anpflanzungen in Zusammenarbeit mit

dem Gartenbauamt, "Grünes Bremen" e.V. sowie Bürgerinitiativen werden wir verstärkt fortsetzen. Dies setzt auch voraus, daß in Bremen künftig der Einsatz von Tausalzen auf das allernotwendigste beschränkt wird und stattdessen alternative umweltfreundliche Streumittel verwendet werden.

Bremen soll eine grüne Stadt bleiben. Unter den vergleichbaren Städten in der Bundesrepublik hat Bremen die meisten Parks und andere, der Öffentlichkeit zugängliche Grünflächen. Von 1969 - 1983 haben wir die Flächen für Erholung und Freizeit um mehr als 50 Prozent erhöht.

Der Ochtumpark zwischen Grolland und Huchting soll als großer Landschaftspark kontinuierlich weiterentwickelt werden.

In Bremen sind auch die Kleingärten Teil des öffentlichen Grüns. Sie werden als Freiräume schöpferischer Aktivität und Erholung vor allem von jenen geschätzt, die kein Haus mit eigenem Garten zur Verfügung haben. Rund 23.000 Kleingärtnerfamilien sind in Bremen aktiv in der Grünpflege in allen Teilen der Stadt.

Den Vorstellungen der Kleingärtner soll bei der Gestaltung ihres Gartens nach Möglichkeit entsprochen werden.

Unsere Leistungen für ein grünes Bremen:

- + *Baumpflanzungen auf öffentlichen Flächen in Zusammenarbeit des Gartenbauamtes, "Grünes Bremen" e.V. und Bürgerinitiativen.*
- + *Erstellung von Landschaftsplänen für die Blumenthaler Aue, die Ochtum-Niederung und die Lesum.*
- + *Landschaftspflegerische Begleitpläne für mehrere Gebiete im Lande Bremen.*
- + *Fertigstellung von Grünzügen im Bremer Westen mit einem Aufwand von rd. 2,4 Mio. DM.*
- + *Bau von weiteren Kleingärten in verschiedenen Teilen Bremens.*

- + *Bodenkarten für die Freiflächen der Stadtgemeinden Bremen und Bremerhaven.*
- + *Zwischen 1967 und 1980 haben sich die öffentlichen Grünflächen in ihrer Größe von 268 ha auf 529 ha fast verdoppelt.*
- + *Vorläufige Sicherstellung des Kuhgrabensees und wertvoller Teile des Hollerlandes aus Naturschutzgründen und damit Ausweitung der geschützten Flächen auf rund 300 ha.*

4.3 Vermeidung von Luftverschmutzung

Luft gehört zu den unentbehrlichen Voraussetzungen menschlichen Lebens. Deshalb muß die Atmosphäre vor allem von Schwefeldioxyd und Stickoxydbelastungen entlastet werden. Diese gefährden Menschen, Tiere, Wälder und auch Kunstwerke.

Deshalb setzen wir uns dafür ein, bestehende und geplante Großanlagen, z.B. Kraftwerke umzurüsten oder mit umweltschonenden Technologien auszurüsten, industrielle Immissionen verstärkt zu kontrollieren und die Autoabgase zu entgiften.

Kernpunkt sozialdemokratischer Umweltschutzpolitik gemäß dem "Verursacherprinzip" ist dabei, daß die Belastungen an der Quelle reduziert werden müssen.

Mit der generellen Einführung von Umweltverträglichkeitsprüfungen bei geplanten Industrie- oder Gewerbeansiedlungen können weitere Luftverschmutzungen von vornherein verhindert oder eingeschränkt werden.

Unsere Leistungen zur Reinhaltung der Luft und zum Abbau von Lärmbelastigungen:

- + *Karten für den Immissionsschutz, Lärmübersichtskarten und Luftbelastungskarten für Bremen und Bremerhaven.*
- + *Kontrollmessungen zur Schadstoffbelastung der Luft in Bremen und Bremerhaven.*
- + *Verkehrslärmkataster für einzelne Stadtgebiete.*
- + *Aktionsprogramm zur Bekämpfung des Straßenverkehrslärms 1981 und 1982 für passive Lärmschutzmaßnahmen.*
- + *Bundesratsinitiativen und Gesetzesvorhaben zur Verstärkung der Bemühungen zur Reinhaltung der Luft, insbesondere zur Absenkung der Grenzwerte bei Kraftfahrzeugen (Kohlenmonoxyd, Kohlenwasserstoffe, Stickoxyde, Blei).*

4.4 Umwelt und Arbeit

Der Abbau von Umweltbelastungen und akuten Gesundheitsgefährdungen am Arbeitsplatz kann nicht ohne aktive Mitbestimmung und -wirkung der Arbeitnehmer und ihrer Gewerkschaften durchgesetzt werden.

Deshalb müssen verbesserte Umweltinformationen vor allem über schädliche Stoffe und Belastungen in der Arbeitswelt, insbesondere einer wirksameren Zusammenarbeit zwischen Experten, Politik, Arbeitnehmern und Gewerkschaften dienen.

Dazu gehört auch verstärkte Kontrolle der Betriebe durch die Gewerbeaufsicht. Bremens Sozialdemokraten werden sich auch weiterhin auf Landes- und Bundesebene für den Ersatz bzw. ein Verbot gefährlicher Stoffe einsetzen, die bei der Verarbeitung oder Verwendung schwerwiegende gesundheitliche Schäden verursachen (z.B. Asbest und Cadmium).

Wichtig in diesem Zusammenhang ist, endlich dem immer wieder aufgeführten Argument vom Gegensatz zwischen Umweltschutz und dem Erhalt bzw. der Schaffung von Arbeitsplätzen entgegenzutreten. Die gemachten Erfahrungen in diesem Bereich zeigen, daß gegenwärtig und auf mittlere Sicht ein konsequent und kontinuierlich verbesserter Umweltschutz der gesamtgesellschaftlichen Beschäftigung dient.

In der Umweltschutz- und Entsorgungsindustrie entstehen neue Arbeitsplätze; die Investitionsgüterindustrie profitiert von dem Zwang zur Umweltsanierung alter Industrie- und Kraftwerksanlagen. Beschäftigungswirksam sind darüberhinaus alle Maßnahmen, die zugleich der Umweltbelastung und der Energieeinsparung dienen. Dies gilt in erster Linie für den mit Vorrang voranzutreibenden Ausbau der Fernwärmeversorgung und der Wärmedämmung des vorhandenen Gebäudebestands.

Den gleichen Effekt hat eine Verschärfung der Abgas- und Lärmvorschriften für Kraftfahrzeuge, die insbesondere der Umweltbelastung in den Ballungsräumen und den Großstädten zugute kämen.

4.5 Maßnahmen zur Stärkung des Umweltbewußtseins

Unter dem Begriff der Ökologie hat der Gedanke des Umweltschutzes in den letzten Jahren zunehmende Bedeutung erlangt. Insbesondere Sozialdemokraten haben sich stets dafür eingesetzt, daß bei politischen Entscheidungen nicht nur die Wirtschaftlichkeit (Ökonomie), sondern auch Landschafts- und Umweltschutz berücksichtigt werden.

Eine wichtige Aufgabe unserer Umweltschutzpolitik ist eine umfangreiche Informations- und Aufklärungsarbeit.

Deshalb werden wir Bremer Sozialdemokraten weiterhin dafür sorgen, daß bei politischen Entscheidungen und Gesetzesvorhaben, die von ökonomischer und ökologischer Bedeutung sind, jeweils mit angegeben wird, ob und inwieweit die beabsichtigte Maßnahme die Umwelt beeinflußt.

Sozialdemokraten haben dafür gesorgt, daß 1980 in Bremen-Nord mit dem Aufbau einer Ökologie-Station - Bremer-Umwelt-Bildungsstätte (bundesweit beispielhaftes Modell) - begonnen wurde, die der Erforschung ökologischer Probleme und Zusammenhänge sowie der Propagierung des Umweltschutzes dient. Durch die Ökologie-Station werden jährlich durchschnittlich 50 Schulklassen und in etwa 80 Bildungsveranstaltungen interessierte Bürger mit ökologischen Problemen vertraut gemacht. Seit 1979 wird in Zusammenarbeit mit Universität und Schulen ein möglichst umfassender Bestand der Pflanzen- und Tierwelt zur Erforschung der Region aufgenommen.

4.6 Abfallbeseitigung

Wir streben bei der Abfallbeseitigung eine intensivere Vorsortierung wiederverwertbarer Stoffe an, um Zuwächse beim zu verbrennenden bzw. zu deponierenden Müll zu vermeiden.

Die künftige Müllsortierung zielt auf die Wiederverwertung von Metallen und die Reduzierung von Kunststoffen an der Müllverbrennung, um die Luftbelastungen zu vermindern.

5. WOHNEN IN BREMEN

Bremen ist eine wohnliche Stadt. Das wissen die Bremer und das bestätigen unsere Besucher immer wieder.

5.1 Stadtentwicklung

Wir Sozialdemokraten wollen weiter dafür arbeiten, daß alle Bürger unserer Stadt sich wohlfühlen können. Dies gilt sowohl für Wohnung als auch für die Sicherung von Arbeit und Erholung in unserer Stadt.

Die Bremer haben sich schon immer mit ihrer Stadt identifiziert. Sozialdemokraten erarbeiten in Zusammenarbeit mit den Bürgern und ihren Beiräten Stadtteilkonzepte, um das Leben in den Wohnvierteln weiter zu verbessern. Hier steht unser Bemühen, Durchgangsverkehr aus Wohnstraßen herauszuhalten.

Dazu haben wir Verkehrskonzeptionen für den Bremer Osten, Westen und Süden entwickelt.

Unsere Leistungen zur Verkehrsberuhigung
in Wohnquartieren:

- + Bislang konnten in den Jahren 1979 bis 1982 28 Verkehrsberuhigungsmaßnahmen - zum Teil mit einfachen Mitteln - durchgeführt werden.
- + Wichtige Vorhaben wie z.B. die Föhrenstraße sind in Arbeit.

Wir werden uns in den kommenden Jahren weiter bemühen, das Netz an Fahrradwegen weiter auszubauen.

Unsere Leistungen für Fahrradfahrer:

- + *Bremen liegt mit seinem Netz von Fahrradwegen weit an der Spitze aller Großstädte.*
- + *Dieses Netz umfaßt bereits 651 km in der Stadt Bremen und 147 km in Bremerhaven.*
- + *Bei jedem größeren Straßenneubau werden Fahrradwege eingeplant und gebaut. Das bremische Radwegenetz wird weiterhin verbessert und ergänzt.*
- + *Bestehende Radwegelücken werden schrittweise geschlossen.*

5.2 Sanierung und Modernisierung in unseren Wohnquartieren

Wir Sozialdemokraten wollen mit unserer Baupolitik verhindern, daß die Wohnqualität in unseren gewachsenen Stadtteilen sinkt und daß deren Bürger ins Umland oder in Neubauquartiere abwandern. Deshalb fördern wir in Brennpunkten die Modernisierung und Sanierung des Wohnungsbestandes. Dabei kommt den Belangen der Denkmalpflege eine besondere Bedeutung zu. Neben den beiden großen Sanierungsgebieten Bremen-Vegesack und Ostertor/Remberti wird auch in drei Bereichen der Bremer Neustadt (alte Neustadt, Hohentor und Buntentor) und in Bremen-Sebaldsbrück saniert. Die Modernisierungsförderung der nächsten Jahre muß sich weiterhin auf bestimmte Gebiete und Standorte konzentrieren.

Unsere Leistungen zur Sanierung und
Modernisierung:

- + 1972 - 1981 haben wir rd. 105 Mio. DM in das Sanierungsgebiet Ostertor/Remberti investiert. Damit wurden Modernisierung und Neubau finanziert, aber auch Einrichtungen, die der Allgemeinheit zur Verfügung stehen.
- + 1975 - 1981 haben wir rd. 90 Mio. DM für das Sanierungsgebiet Vegesack ausgegeben, die schwerpunktmäßig für die Verkehrserschließung sowie für Wohnungsneubau und Einrichtungen für die Allgemeinheit verwendet wurden.
- + Die Bilanz staatlicher Modernisierungsförderung ist eindrucksvoll. Von 1974 - 1980 wurden im Lande Bremen weit über 30.000 Wohnungseinheiten modernisiert. In der Stadt Bremen wurden dafür allein 83,1 Mio. DM an Zuschüssen und Darlehen bereitgestellt. Damit wurden Modernisierungsarbeiten im Werte bis rd. 210 Mio. DM durchgeführt, im Land Bremen im Wert von rd. 265 Mio. DM.

5.3 Wohnungsbauentwicklung

In Bremen herrscht keine Wohnungsnot. Aber es gibt nach wie vor einen großen Bedarf an preisgünstigen Wohnungen und Eigenheimen. Junge Leute suchen Wohnungen, Eltern, deren Kinder sich selbständig gemacht haben, sitzen in zu großen Wohnungen, junge Ehepaare mit Kindern in zu kleinen. Ältere Mitbürger, Behinderte, Alleinstehende, Wohngemeinschaften - sie alle haben Bedürfnisse, denen der vorhandene Wohnraum oft nicht gerecht wird. Wir Bremer Sozialdemokraten wollen weiter dafür sorgen, daß jeder eine angemessene Wohnung bekommen kann.

Der Versuch, die Kosten im Wohnungsneubau zu senken, muß weiter verfolgt werden.

Unsere Leistungen zur Förderung des Wohnungsbaus in Bremen von 1979 - 1983:

Vollförderung: 2.348 Wohneinheiten

Teilförderung: 2.737 Wohneinheiten

- + In Bremen herrscht keine Wohnungsnot.
- + 1980 standen den Bremer Bürgern rd. 254.000 Wohnungen zur Verfügung. 83 Prozent aller Wohnungen haben Bad, WC und Sammelheizung, weit mehr als der Bundesdurchschnitt.
- + Die Wohnversorgung der bremischen Haushalte hat sich in den letzten Jahren deutlich verbessert. So stieg z.B. die durchschnittliche Wohnfläche pro Person von 24 qm in 1968 auf 31 qm in 1979.

Wir werden auch in Zukunft den Neubau von Wohnungen fördern, die zu erschwinglichen Preisen gemietet oder gekauft werden können. Wir wollen die vorhandene Bereitschaft zur Eigeninitiative fördern und dabei auch Modelle anbieten, mit denen

- einfachere Wohnungen später ausgebaut werden können;
- eine Mischung von Miet- und Eigentumswohnungen in Wohngenossenschaften ermöglicht wird.

Oberlegungen in Richtung weiterer Kommunalisierung, Dezentralisierung der Verwaltungsgesellschaften sowie ein stärkere Mietermitwirkung sind zu konkretisieren.

In diesem Zusammenhang sollten Fragen der Förderung des sozialen Wohnungsbaus überprüft werden. Einher geht die Forderung nach Offenlegung der von den Mietern gezahlten Gelder (Heizkosten, Instandhaltungs- und Verwaltungskosten).

Bremen liegt mit weitem Abstand vor den anderen Großstädten in der Zahl der Eigenheime und Eigentumswohnungen (31 Prozent).

Unsere Leistungen zur Förderung des
Eigenheimbaus:

+ Erstmals 1976 wurde von uns ein Eigenheimerschließungsprogramm aufgestellt mit dem Ziel, jährlich im Schnitt 1.200 Wohneinheiten im Eigenheimbau zu schaffen. Dieses Ziel ist seither voll erreicht worden.

Wir werden das Eigenheimerschließungsprogramm weiter fortschreiben, um auch in Zukunft Eigenheimbau zu ermöglichen.

Ein Teil der Eigenheimbauten in Bremen wird vorrangig durch die Erschließung und Verwendung von Baulücken verwirklicht werden können. Ein erheblicher Teil aber muß auf Bauland errichtet werden, das erst noch bereitgestellt werden muß. Um das sicherzustellen, treten wir beim Bund für eine spürbare Erhöhung der Einheitswerte für unbebaute Grundstücke ein, um die Ansammlung von Grundbesitz einzuschränken und Spekulationen zu verhindern.

Zusätzlich prüfen wir, ob die Grundsteuer für unbebaute Grundstücke in geschlossenen Häuserzeilen (Baulücken) den bebauten Nachbarschaftsgrundstücken angepaßt werden sollen.

5.4 Sozialer Wohnungsbau und Mieterschutz

Weil Wohnungen kein beliebiges Konsumgut sind, lehnen Sozialdemokraten es ab, die Mieten unkontrolliert und unbegrenzt dem sogenannten "freien Spiel der Kräfte" auf dem Wohnungsmarkt zu überlassen. Das Wohl der Mieter und die Mieterschutzgesetzgebung, die CDU und F.D.P. immer wieder auszuhöhlen versuchen, stehen im Mittelpunkt sozialdemokratischer Mieterpolitik.

Sozialdemokraten haben in Bremen als erstem Bundesland eine Mietobergrenzenregelung eingeführt, um Mieten auch in Zukunft tragbar zu halten.

Mit dieser Mietobergrenzenregelung sichern wir, daß in den betroffenen Gebieten Mieter aller Einkommensgruppen wohnen. Damit das auch zwangsläufig so bleibt, werden wir die dafür notwendige Regelung mittelfristig festschreiben.

Zur Zeit besteht folgende Regelung:

A. Wohnungen, die vor 1967 noch nicht mit Aufwendungszuschüssen gefördert wurden

<i>Einkommensunter- oder -überschreitung des § 25 II WoBauG</i>	<i>bezugsfertig</i>	<i>mit Bad/Dusche und Heizung DM je qm/mtl.</i>	<i>geringere Ausstattungsmerkmale DM je qm/mtl.</i>
1	2	3	4
a) <i>Unterschreitung der Einkommensgrenze von mind. 5 v.H.</i>	<i>bis 31.12.1960</i>	5.60	5,40
	<i>ab 01.01.1961</i>	5.80	5.40
b) <i>Unterschreitung der Einkommensgrenze um 4 v.H. bis Überschreitung von 10 v.H.</i>	<i>bis 31.12.1960</i>	6.40	6.00
	<i>ab 01.01.1961</i>	6.60	6.20

B. Wohnungen, die ab 1967 mit Aufwendungszuschüssen gefördert wurden

<i>Einkommensunter- bzw. -überschreitung des § 25 II WoBauG</i>	<i>mit Bad od. Dusche und Heizung</i>
<i>1</i>	<i>2</i>
<i>a) Unterschreitung der Einkommensgrenze von mindestens 5 v.H.</i>	<i>5,80</i>
<i>b) Unterschreitung der Einkommensgrenze von 4,99 v.H. bis Überschreitung von 10 v.H.</i>	<i>6.60</i>
<i>c) Überschreitung von mehr als 10 v.H. bis einschließlich 25 v.H.</i>	<i>7.20</i>
<i>d) Überschreitung von mehr als 25 v.H. bis einschließlich 40 v.H.</i>	<i>7.80</i>
<i>e) Überschreitung von mehr als 40 v.H. bis einschließlich 60 v.H.</i>	<i>8.40</i>

6. FREIZEIT UND KULTURELLES LEBEN

6.1 Sport und Freizeit

Freizeitgestaltung ist eigenverantwortliche Aufgabe der Bürger. Land und Gemeinden gestalten lediglich die Rahmenbedingungen.

Diese Rahmenbedingungen sind in Bremen weitestgehend und auf hohem Leistungsniveau gegeben. Insbesondere der Sport in Vereinen bietet - neben seiner gesundheitspolitischen Bedeutung - vornehmlich Kindern und Jugendlichen in einem stabilen altersübergreifenden Lebensfeld Möglichkeiten für Verselbständigung außerhalb von Familie und Schule und für soziales Lernen bei gleichzeitig hohen eigenen Wahl- und Entscheidungsmöglichkeiten. Regelmäßige sportliche Betätigung, besonders in Gruppen und Vereinen, hat aber nicht nur für junge Menschen, sondern auch für ältere Menschen große Bedeutung. Neuere Untersuchungen zeigen, daß Sport im Alter eine wesentliche Voraussetzung für lange körperliche und geistige Beweglichkeit, für Unabhängigkeit und gegen Vereinzelung ist.

In der Versorgung mit Sportanlagen liegt Bremen im Ländervergleich mit an der Spitze.

170.000 Bremerinnen und Bremer sind in Turn- und Sportvereinen organisiert. Eine weitere beachtliche Zahl ist außerhalb der Vereine sportlich aktiv. Sozialdemokraten sehen den hohen gesellschaftlichen Wert des Sports. Er ist die beste Gesundheitsvorsorge, dient dem Ausgleich von Berufsbelastungen und ist sinnvolle Freizeitgestaltung.

Im Rahmen der vorhandenen Mittel wird die Erhaltung bestehender Sportanlagen in den nächsten Jahren im Mittelpunkt stehen.

Wegen der finanziell schwierigen Lage des Landes- und der beiden Stadtgemeinden kann der Wunsch nach Neubauten nur in wenigen Fällen und auch nur dann, wenn die Vereine in der Lage sind, sich finanziell stark zu engagieren, realisiert werden.

Die bewährte partnerschaftliche Zusammenarbeit zwischen Politik,

Sportvereinen und Verbänden bleibt dabei die wichtigste Grundlage unserer Sportförderungs politik.

Unsere Leistungen für den Bremer Sport:

*+ Bremen ist mit einem Netz von Sport-
hallen, Sportplätzen und Bädern ver-
sorgt, das seinesgleichen sucht und
das fast allen Anforderungen des Brei-
ten- und Hochleistungssports entspricht.
Bremens Versorgung mit Turn-, Spiel-
und Sporthallen und Sportplätzen liegt
mit an der Spitze aller bundesdeutschen
Großstädte.*

Die tragenden Säulen der Sportförderung in Gestalt der Mitfinanzierung der Organisations- und Übungsleiter sollen trotz schwieriger Rahmenbedingungen erhalten bleiben.

Besonderes Gewicht soll die Förderung der Jugendarbeit im Sport und des Sports für besondere Zielgruppen, wie z.B. für behinderte und ältere Menschen, erhalten.

Wir wollen mit neuen Nutzungskonzepten für die Hallen- und Freibäder auf das veränderte Freizeitverhalten der Bürger reagieren.

6.2 Bürgerhäuser

Seit 1977 sind in Bremen sieben Bürgerhäuser entstanden, die sich als stadtteilorientierte Kultur- und Begegnungsstätten hervorragend bewährt haben.

Bürgerhäuser und Gemeinschaftszentren sind aus den Stadtteilen nicht mehr wegzudenken.

Ca. 900.000 Besucher im Jahr sind ein deutlicher Hinweis auf die Beliebtheit dieser Einrichtungen. Ein weiterer Bedarf an quartiernaher Freizeit- und Kulturarbeit in bislang noch nicht versorgten Stadtteilen ist erkennbar.

Neue Bürgerhäuser in bisher gewohntem Stil werden wir uns nicht mehr leisten können. Deshalb werden wir uns dafür einsetzen, daß z.B. freiwerdende Schulräume als stadtteilnahe Entfaltungs- und Aktivitätsräume in bislang noch nicht versorgten Stadtteilen für Bürgerhausarbeit in geeigneter Weise bereitgestellt werden.

6.3 Kultur für alle

Die gesellschaftliche Entwicklung wird dazu führen, daß der Anteil von Arbeit im Lebenszusammenhang sich verringert und der Freizeitbereich dementsprechend wächst. Nicht zwangsläufig ist dabei, daß diese wachsende Freisetzung von Zwängen zu einer sinnvollen Lebensgestaltung führt. Durch die Entwicklung der neuen Medien und ihren Einsatz im kommenden Jahrzehnt ist zum Beispiel die Gefahr des manipulierten Zugriffs einer immens anwachsenden Unterhaltungsindustrie beträchtlich.

Kunst und Kultur dienen der Entfaltung der Persönlichkeit und dürfen nicht Minderheiten vorbehalten werden.

Gerade in unserer Zeit tiefgreifender Veränderungen hat Kulturpolitik die Aufgabe, Phantasie und Kreativität für die Gestaltung des täglichen Lebens und die Entwicklung neuer Formen des Zusammenlebens freizusetzen.

Dies gilt besonders für solche gesellschaftlichen Gruppen, deren Teilnahme am öffentlichen Leben erschwert ist.

Sozialdemokratische Kulturpolitik muß daher neben der allgemeinen Kulturförderung neue Wege kultureller Breitenarbeit beschreiten, wie sie im Kulturentwicklungsplan dargestellt sind.

Außerschulische Kultur- und Bildungseinrichtungen wie Stadtbibliothek, Volkshochschule und Jugend- und Volksmusikschule sollen

- auch bei eingeschränkten finanziellen Bedingungen und entsprechend veränderter Serviceintensität - ihr vorbildliches Netz bürgerlicher, stadtteilbezogener Angebote erhalten und ihre Programme inhaltlich noch stärker auf Zielgruppen ausrichten.

Gewerkschaftliche und betriebliche Kulturarbeit wird zusammen mit den Gewerkschaften und Arbeitnehmerkammern entwickelt.

Daneben werden wir kulturelle Vereine, Initiativen und künstlerische Aktivitäten in den Bremer Stadtteilen nach dem Prinzip der Hilfe zur Selbsthilfe weiter fördern.

Wir konzentrieren die finanzielle Förderung kultureller Aktivitäten und Maßnahmen schwerpunktmäßig auf benachteiligte Stadtteile und auf Maßnahmen, die das Interesse breiter Schichten der Bevölkerung binden.

Unsere Leistungen für das kulturelle Leben:

- + *Der Spieltrieb des Theaters in drei Sparten ist für die kommende Zeit sichergestellt.*
- + *Das Konzept der stadtteilbezogenen Kulturarbeit ermöglicht die Beratung und weitere Maßnahmen zur Förderung von Initiativen in den einzelnen Stadtgebieten und deren finanzielle Unterstützung.*
- + *Das Kulturangebot für unsere älteren Mitbürger bietet einen breiten Rahmen von Veranstaltungen und Möglichkeiten, Gemeinschaft mit anderen zu halten.*

7. GESUNDHEITSWESEN

Sozialdemokraten haben in ihrem Bemühen, die Gesundheitssicherung auszubauen und Krankheitsbedrohungen zurückzudrängen in den Jahren ihrer Regierungsverantwortung beachtliche Erfolge erzielt.

Doch auch künftig bleibt viel zu tun, um den berechtigten Anspruch unserer Bürger nach gesundheitsgerechten Lebensbedingungen zu erfüllen. Sozialdemokratische Gesundheitspolitik wird sich deshalb auch in Zukunft zwei Zielen gleichermaßen verpflichtet fühlen:

- Durch die Schaffung gesundheitsgerechter Strukturen in der Arbeits-, Wohn- und Freizeitwelt sowie durch eine konsequent gesundheitsorientierte Umweltpolitik kommt es darauf an, Gesundheitsbeeinträchtigungen bereits im Ansatz zu erkennen und durch gezielte Vorsorgemaßnahmen auszuschalten. Durch die entschlossene Förderung neuer, zukunftsweisender Vorsorgemaßnahmen ist Bremen auf diesem Gebiet weiter als andere Bundesländer;
- im Krankheitsfall müssen die Bürger unseres Landes auch weiter darauf vertrauen können, daß eine bestmögliche ärztliche und pflegerische Versorgung in den Gesundheitseinrichtungen unserer Stadt für sie garantiert ist. Leistungsstandard und Ausstattung der Bremer Krankenhäuser sind gut.

7.1 Gesundheitliche Vorsorge

Nachdem wir Sozialdemokraten den Aufbau eines umfassenden Versorgungsnetzes für den Krankheitsfall weitgehend abgeschlossen haben, sehen wir im Gesundheitsbereich die wichtigste Aufgabe darin, die unverändert steigenden Krankheitszahlen durch verstärkte Vorsorgebemühungen zu stoppen. Wir wollen die Gesundheitsvorsorge insbesondere dort stärken und ausbauen, wo sich der einzelne nicht selbst vor Krankheiten schützen kann: Am Arbeitsplatz und in jenen Lebensbereichen, in denen er krankmachenden Umwelteinflüssen relativ schutzlos ausgesetzt ist.

Mit einer Reihe bundesweit beachteter Pilotprojekte haben Bremens Sozialdemokraten ihren Willen zum Ausbau der gesundheitlichen Vorsorge nachdrücklich bekräftigt und unter Beweis gestellt. Die Fortführung dieser Modellversuche hängt davon ab, ob es gelingt, die Finanzierung auf Dauer zu sichern.

Unsere Leistungen für die gesundheitliche
Vorsorge:

+ Für die Arbeitnehmer

Mit Gründung des "Bremer Instituts für Präventionsforschung und Sozialmedizin" wurde in Bremen eine Forschungseinrichtung installiert, deren Aufgabe es ist, gesundheitliche Risikofaktoren insbesondere in der Arbeitswelt aufzuspüren und Maßnahmen zu deren Überwindung zu erarbeiten.

+ Für Frauen und Kinder

Zur Senkung der Säuglingssterblichkeit und zur Verminderung von Risikogeburten schuf Bremen mit Bonner Unterstützung als einziges Bundesland das Angebot der "Familien-Hebammen". 12 Hebammen kümmern sich um die gesundheitliche Betreuung Schwangerer und bieten Hilfe bei der Versorgung von Kleinkindern im ersten Lebensjahr an.

+ Für die Schwachen

Schwerpunktmäßig wurde und wird am Abbau der Diskriminierung von psychisch Kranken gearbeitet. Durch die Schaffung eines "Sozialpsychiatrischen Dienstes" mit Beratungsstellen in allen Bremer Bezirken sowie dem verstärkten Aufbau ambulanter Hilfen in Form von Tagesstätten und beschützenden Einrichtungen sollen Menschen in psychischen Krisen vor einer Einweisung ins Krankenhaus bewahrt werden und verbesserte Hilfsangebote in ihrem vertrauten Lebensraum erhalten.

+ Für Behinderte und Kranke

Am Zentralkrankenhaus St. Jürgen-Straße entstand ein Zentrum für die Diagnose und Therapie behinderter Kinder. Das "Kinderzentrum" bietet optimale Voraussetzung zur Früherkennung von Gesundheitsstörungen und zur Früherkennung behinderter Kinder. Parallel wurden mit der Einrichtung eines Tumorzentrums verbesserte Bedingungen für die Behandlung Krebskranker geschaffen.

+ Für Verbraucher

Durch verstärkte Kontrolle von Lebensmitteln im Zuge eines Mehrjahres-Programms soll möglichen Gefahren durch eine Chemisierung von Nahrungsmitteln entgegengewirkt und eine steigende Schadstoffbelastung in Fleischerzeugnissen und Gartenfrüchten sowie in der Trinkmilch vermieden werden.

Die Maßnahmen staatlicher Vorsorge vor Krankheiten müssen jedoch auch Eigeninitiativen fördern und Raum geben für die wachsende Verantwortungsbereitschaft des einzelnen für seine Gesundheit.

Sozialdemokraten unterstützen und fördern daher Initiativen zur Selbsthilfe, die sich am Arbeitsplatz oder in ihrer Wohnumwelt für die Schaffung gesundheitsgerechter Lebensbedingungen einsetzen oder sich als chronisch Kranke gemeinsam um eine Verbesserung ihrer Lebenssituation bemühen.

Mit ihren Angeboten zur selbstverantwortlichen Mitwirkung bei der Überwindung von Krankheiten oder zur Verbesserung der Arbeits- und Lebensverhältnisse hat die Selbsthilfebewegung nach Auffassung der Sozialdemokraten auch zukünftig eine wichtige Aufgabe bei der Gestaltung einer humanitären Gesundheitsversorgung.

7.2 Die Krankenhäuser

In ihrer Regierungsverantwortung haben die Bremer Sozialdemokraten ein Krankenhausnetz geschaffen, daß heute jedem Bürger ungeachtet seiner sozialen Stellung oder seiner wirtschaftlichen Verhältnisse die bestmögliche Versorgung garantiert.

Zugleich bekennen sich Sozialdemokraten nachdrücklich zur Lösung der Zukunftsaufgaben, die eine vorwärtsorientierte Krankenhauspolitik verlangt.

Hierzu gehören:

- Die Humanisierung des Krankenhausbetriebes;
- die Sicherstellung einer bestmöglichen Versorgung bei zugleich wirtschaftlichen Kosten;
- die Verhinderung von Krankenhausüberkapazitäten durch vorausschauende Planung;
- die Anpassung der Kliniken an den medizinischen Fortschritt.

Unsere Leistungen im Krankenhauswesen:

+ Mehr Humanität im Krankenhaus

- o Verbesserung der Relation zwischen Patienten und Pflegepersonal,
- o Ausweitung der täglichen Besuchszeiten,
- o Einrichtung von Mutter-Kind-Einheiten zur ständigen Betreuung der Kinder durch die Eltern,
- o Umwidmung auf kleinere Bettenzahlen pro Zimmer.

+ Mehr Wirtschaftlichkeit

- o Beispielhaft für das Bundesgebiet wurden die bremischen Kliniken in einem System sinnvoller Arbeitsteilung nach medizinischen Schwerpunkten gegliedert,
- o innere Strukturreform in den öffentlichen Krankenhäusern einschließlich einer größeren Eigenverantwortlichkeit und Selbständigkeit in der Verwaltung der Krankenhäuser.

+ Mehr Fortschritt

- o Bau der Frauenklinik bis 1985 mit einem Gesamtaufwand von 50 Mio. DM,
- o Umwandlung der kardiologischen Abteilung zu einem Zentrum für Herzmedizin am Zentralkrankenhaus "Links der Weser",
- o Bau eines neuen Behandlungstraktes am St. Joseph-Hospital Bremerhaven für 18,6 Mio. DM,
- o Erstellung eines Funktionsanbaus beim Zentralkrankenhaus Reinkenheide, Bremerhaven, einschließlich eines Hämodialysezentrums für chronisch nierenkranke Patienten (Gesamtkosten: 10,3 Mio. DM),

o Sanierung und Erweiterung von Funktionsbereichen im DRK-Krankenhaus "Am Bürgerpark", Bremerhaven, für 4,5 Mio. DM.

Die Abfinanzierung der bremischen Mittel für alle drei Projekte erstreckt sich bis 1987.

+ Mehr Sicherheit

Zur Ausschaltung von Sicherheitsrisiken wurde am Zentralkrankenhaus St.Jürgen-Straße ein medizinisch-technisches Service-Zentrum geschaffen, das den Apparatpark der Kliniken regelmäßig wartet und sorgfältigen Sicherheitsprüfungen unterzieht.

7.3 Kosten im Gesundheitswesen

Ein zwingendes Gebot verantwortungsvoller Politik ist, die bestmögliche Leistungsfähigkeit der Bremer Krankenhäuser mit den Kriterien der Wirtschaftlichkeit abzustimmen. Zugleich aber gilt für uns auch, daß Rationalisierungen und Wirtschaftlichkeitsbestrebungen dort ihre Grenzen haben, wo die Hilfe für den erkrankten Menschen den ganzen Einsatz des medizinisch Machbaren erfordert.

Häufig entsteht der Eindruck, daß die Krankenhäuser schuld sind an hohen Krankenkassenbeiträgen. Wir leugnen nicht, daß die Kosten im Krankenhaus erheblich angestiegen sind; das ist der Preis für eine optimale Krankenversorgung. Richtig ist jedoch, daß die fast unkontrolliert steigenden Kosten der ambulanten Arztpraxen und die Tatsache, daß die Arzneimittelindustrie sich mit ungerechtfertigt hohen Preisen für ihre Produkte "gesund" erhält, auf die Krankenkassen voll durchschlagen.

Auch Krankenkassen und Gewerkschaften sind aufgefordert, ihre Mitglieder und die Öffentlichkeit stärker als bisher über den Sachverhalt aufzuklären.

Augenblicklich lassen wir in Übereinstimmung mit den Krankenkassen eine Wirtschaftsprüfung bei den Krankenhäusern durchführen. Wir streben ein einvernehmliches Ergebnis an, an dem wir die weitere Entwicklung des Krankenhauswesens orientieren werden.

7.4 Statt Ausgrenzung: Integration von psychisch Kranken und von gefährdeten Mitbürgern

Psychische Erkrankungen sind Volkskrankheiten. Ihre Häufigkeit, ihre Schwere, ihr Einfluß auf das persönliche Lebensschicksal, wie auch die Auswirkungen auf das gesamte gesellschaftliche Leben, werden nach wie vor unterschätzt.

So gibt es noch immer einen erheblichen Nachholbedarf, wenn psychisch Kranke nicht Kranke zweiter Klasse sein sollen.

Die in den Lebensproblemen psychisch Kranker offenliegenden Hinweise auf Belastungen und Störungen des gesellschaftlichen Zusammenlebens dürfen nicht ausgeklammert werden. Individuelle, patientenbezogene Ansätze bedürfen der Ergänzung um strukturelle familien-, gemeinschafts- und gesellschaftsbezogene Sichtweisen. Dies setzt Hilfsangebote in der Lebenswelt und für die Lebenswelt des Patienten voraus. Nur so kann der mit psychischer Erkrankung oftmals verbundenen Ausgliederung und weitergehenden Diskriminierung begegnet werden. Grundlage hierfür ist ein gemeindenahes Versorgungssystem. Nur in diesem räumlich überschaubaren Verbund wird ein Rahmen und ein Klima geschaffen, in denen eine ganzheitliche Betrachtung der Erkrankung für Betroffene wie für die verschiedenen psycho-sozial helfenden Instanzen möglich bleibt.

Dieser Sichtweise entspricht die Betonung des Ausbaus der ambulanten Hilfen, um unnötigen stationären Klinikaufhalten vorzubeugen.

Ebenso wichtig ist aber eine Optimierung der stationären Betreuung,

um den Krankenhausaufenthalt so kurz, so sach- und bedürfnisgerecht wie möglich zu gestalten. Die Forderung nach mehr Humanität im Krankenhaus ist für die Psychiatrie doppelt wichtig.

Hilfe für Suchtkranke, Drogenabhängige, Alkoholiker, gehören ebenso in ein integriertes Versorgungsnetz, wie die Angebote für Neurosekranken, Psychotiker und psychisch Alterskranke.

Eine angemessene Begegnung der verschiedensten seelischen Lebenskrisen ist nur möglich, wenn den Betroffenen alle Chancen eröffnet werden, sich an der Bewältigung der ihn einengenden Probleme zu beteiligen, statt neue Barrieren, neue Isolation als Folge der Erkrankung entstehen zu lassen. Voraussetzung hierfür ist ein problemloses, wie auch für den Betroffenen durchschaubares Zusammenwirken der verschiedensten gesundheitlichen und sozialen Dienste.

Ziel unserer Sozial- und Gesundheitspolitik ist es, stattgefundene Ausgrenzung in ihren Folgen zu begrenzen, die Betroffenen zum Leben in der Gemeinschaft zu befähigen sowie ein verstärktes Bemühen um Prävention.

8. FÜR EINE HUMANE GESELLSCHAFTSPOLITIK UND DIE STÜTZUNG BENACHTEILIGTER GRUPPEN

8.1 Die Grundlinien unserer Politik für Benachteiligte

Die sich ausbreitende Wirtschaftskrise macht es einmal mehr als deutlich: Einkommen, Vermögen und soziale Chancen in unserem Lande sind ungleich verteilt. Daher trifft die Krise auch die wirtschaftlich Schwachen, die bildungsmäßig und von der Berufsqualifikation her Benachteiligten, die Menschen in sozialer Isolierung härter als andere.

Das ist ein weiteres Signal für Sozialdemokraten im Lande Bremen, in ihrer Politik für wirtschaftlich und sozial Benachteiligte fortzufahren. Damit halten wir gegen die Konservativen, die in unverantwortlicher Weise gerade zu Lasten der sozial Schwachen an der sozialen Sicherung in der Bundesrepublik herumhantieren.

Sozialdemokraten werden nicht zulassen, daß die kleinen Leute ihre soziale Sicherheit verlieren, während wirtschaftlich Mächtige ihre Privilegien erhalten oder gar ausbauen. Und wenn alle "den Gürtel enger schnallen" müssen, dann werden wir darauf achten, daß es die wirtschaftlich Mächtigen zuerst und stärker tun als die kleinen Leute.

Bei alledem wollen wir nicht blind und unkritisch gegenüber dem bestehenden Angebot sozialer Sicherheit sein. Denn in der Phase des großen Wirtschaftswachstums hat Sozialpolitik zuweilen zu sehr auf Chancenverbesserung durch Geld(um)verteilung vertraut, ohne ausreichend zu fragen, ob und wie die erwarteten Folgen auch eintreten.

Soziale Nöte sind zudem in immer stärkerem Maße in die Hand berufsmäßiger Helfer geraten. So sicher es ist, daß ohne materielle öffentliche Mindestsicherung und ohne professionelle Helfer soziale Not nicht verlässlich vermieden werden kann, so sicher scheint es auch zu sein, daß das Netz sozialer Experten neue Abhängigkeiten begründen kann. Nicht nur weil größere Zuwächse ausbleiben, sondern

weil wir wissen, daß im Dienstleistungsbereich ohne stärkere Mitwirkung der Bürger verläßliche soziale Sicherheit nicht erreicht werden kann, werden wir in Zukunft stärker nach Möglichkeiten der Mitwirkung und Selbsthilfe fragen, diese entwickeln und fördern. Denn soziale Sicherung ist ein Produkt, daß wirksam nur unter stärkerer Beteiligung der Konsumenten erzielt werden kann.

Selbsthilfe bedeutet deshalb für Sozialdemokraten nicht Verlagerung von Lebensrisiken in den Privatbereich. Selbsthilfe setzt vielmehr eine durch Gesetz gebundene verläßliche öffentliche soziale Sicherung voraus. Selbsthilfe als solidarisches Füreinanderstehen kann aber die notwendige öffentliche soziale und gesundheitliche Grundsicherung ergänzen und sie mittragen. Selbsthilfe aus Solidarität hat auch die Funktion, die öffentliche soziale Sicherung herauszufordern, z.B. da, wo sie sich zu sehr in Bürokratie und ausgetretenen Pfaden verfestigt hat. Selbsthilfe ist insoweit zugleich Motor und Mittel demokratischen Verhaltens.

Politik für sozial Benachteiligte bedeutet Konzentration der fördernden und stützenden Maßnahmen dort, wo in besonderem Umfang sozial Benachteiligte wohnen. Dabei wollen wir uns nicht allein von sozialstatistischen Merkmalen leiten lassen. Insbesondere dann, wenn es um persönliche Dienstleistungen geht, muß einbezogen werden, wie die Menschen in einem Ortsteil miteinander leben, welche sozialen Beziehungen untereinander bestehen und welche Möglichkeiten Menschen tatsächlich haben, z.B. auftretende Probleme selbst oder ggf. unter Anleitung zu lösen. Zu warnen ist vor der Vorstellung, Menschen in benachteiligten Wohnbereichen seien allein durch Konzentration von Fachkräften zu mehr Teilhabe und Zufriedenheit zu bringen und zur Selbsthilfe nicht fähig. In diesem Sinne werden auch die Angebote in benachteiligten Wohngebieten einer Aufgaben- und Wirkungskritik zu unterziehen sein. Nicht daß, sondern wie und mit welcher Wirkung soziale Hilfen vermittelt werden, kann entscheidend sein.

In diesem Sinne soll mit der Erprobung für eine neue Organisation sozialer Dienste im Stadtbezirk Bremen-Süd fortgefahren werden. Es geht dabei um die Überprüfung und Weiterentwicklung sozialer

Dienste in Bremen. Im Vordergrund steht die professionelle Stützung und Entwicklung ortsnaher sozialer Selbsthilfenetze, z.B. in Nachbarschaften, Vereinen usw. Wir werden desweiteren auch an den Beratungshilfen zur Familienplanung (§ 218) festhalten.

8.2 Wirtschaftlich soziale Sicherung in der Krise

Die Folgen der Wirtschaftskrise zeigen sich für Länder und Gemeinden u.a. besonders in der Sozialhilfe. Mit steigender und länger andauernder Arbeitslosigkeit muß die Sozialhilfe in immer stärkerem Maße die Funktion der wirtschaftlichen Grundsicherung übernehmen, weil das Arbeitslosengeld oder die Arbeitslosenhilfe nicht zum Leben reicht. Waren es bisher in erster Linie alte Menschen, Behinderte, Kranke und alleinstehende Frauen mit Kindern, die ganz oder teilweise auf Sozialhilfe angewiesen waren, so mehren sich seit einigen Jahren junge Menschen ohne Ausbildung und Menschen im erwerbsfähigen Alter, denen nichts so sehr fehlt wie Arbeit, um sich selbst zu helfen. Bremen hat wegen seiner ungünstigen Wirtschaftsstruktur im besonderen Maße unter diesen Folgen zu leiden. Denn in der Praxis bedeutet das, daß bei stagnierenden oder sinkenden Einnahmen die Ausgaben für Sozialhilfe erheblich ansteigen. Das kann nur zu Lasten anderer wichtiger öffentlicher Aufgaben gehen. Sozialdemokraten werden daher gegenüber dem Bund und im Lande selbst darauf drängen, daß die Arbeitslosigkeit verringert wird. Diesem Ziel dienen unsere Anstrengungen auf dem Gebiet der Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik. So wollen wir die Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen besonders für arbeitslose Sozialhilfeempfänger ausweiten, vor allem, wenn keine Ansprüche auf Arbeitslosengeld und -hilfe bestehen. Die Beschäftigungsmöglichkeiten der Sozialämter in der sogenannten Arbeitslosenhilfe sollen in Richtung auf Tätigkeiten ausgeweitet werden, die durch die dabei erzielten Erträge ein annähernd normales Arbeitsentgelt sichern. Einsatzmöglichkeiten bieten sich u.a. in der Betreuung älterer und pflegebedürftiger Menschen.

Im Rahmen der Mitwirkung bei der Bundesgesetzgebung werden Sozial-

demokraten dafür eintreten, daß die Sozialhilfe als 'Netz unter dem Netz' der sozialen Sicherung nicht weiter durchlöchert wird. Dabei wird es u.a. um die Wiedereinführung bedarfsgerechter Regelsätze gehen.

8.3. Solidarische Hilfen durch solidarische Dienste

8.3.1 Wir fördern Kinder und ihre Familien

Gerade für Kinder, besonders für die ganz kleinen, ist von Bedeutung, unter welchen äußeren und inneren Verhältnissen sie in einer Familie aufwachsen. Wenn wir mehr Chancengleichheit wollen, dann bedeutet das vor allem Förderung und Stützung der Familien in benachteiligten Lebensumständen. Für sie wollen wir die solide und flächendeckende in Bremen ausgebaute Infrastruktur an Beratung und Hilfe in erster Linie einsetzen. In diesem Sinne sollen z.B. die Angebote des Hauses der Familie u.a. mit seinen Geburtsvorbereitungs- und Erziehungshilfeangeboten noch gezielter eingesetzt und auch ausgebaut werden.

Kinder, die in ihren Familien vernachlässigt oder geschädigt werden, wollen wir durch noch mehr familiennahe Angebote helfen. Das soll u.a. durch eine offensivere Arbeitsweise unserer Erziehungsberatungsstellen, durch heilpädagogische Tagesgruppen unter Einbeziehung der Familie und durch Ausbau der Pflegestellen geschehen. Auf die Unterbringung von Kindern in Heimen wollen wir soweit als möglich verzichten.

Für gut zwei Drittel aller Kinder von drei bis sechs Jahren bieten wir Kindergartenplätze an. Unsere Anstrengungen in den vergangenen Jahren wollen wir besonders in den Ortsteilen fortsetzen, in denen Kinder in benachteiligten Lebensumständen aufwachsen.

Einen weiteren Ausbau des städtischen Angebots lassen die finanziellen Rahmenbedingungen in den nächsten Jahren nicht zu. Wir werden daher eng mit Elterninitiativen und den freien Trägern zusammenarbeiten, z.B. auch durch die Bereitstellung freier Räume.

Wir werden uns besonders um inhaltliche Arbeit der Kindergärten und Horte kümmern. Das bezieht sich u.a. auf die gezielte Förderung

behinderter und ausländischer Kinder.

Um die Aufgaben der Integration deutscher und ausländischer Kinder bewältigen zu können, werden wir darauf achten, daß der Anteil der deutschen Kinder in den Einrichtungen hoch genug bleibt, um eine integrative Erziehung möglich zu machen.

Kindergärten und Horte müssen sich noch stärker als Teil der Problemlösung in ihren Ortsteilen verstehen. Das bedeutet Öffnung und mehr Offenheit z.B. für Zusammenarbeit mit Eltern, Schule und ambulanten sozialen Diensten. Der Kindergarten darf sich weder zum Parkplatz noch zur alleinigen Verfügung der professionellen Erzieher entwickeln. Die Mitwirkung der Eltern darf nicht im Formalen steckenbleiben.

Eltern sollen stärker als bisher ermutigt und unterstützt werden, die Entwicklung ihrer Kinder im Kindergarten mitzubestimmen. Daher werden wir auch Elternselbsthilfe in Eltern-Kind-Gruppen weiter unterstützen. Mit der Unterhaltung unserer Spielhäuser und Spielplätze sind wir ein gutes Stück vorangekommen. Die Erfahrung hat gezeigt, daß Spielplätze dort besonders gut ihre Funktion erfüllen, wo Eltern nicht nur auf den äußeren Zustand achten. Wir werden uns daher auch auf diesem Bereich um noch mehr Elternmit-
hilfe bemühen.

Im Rahmen des Wohnungsbaus werden wir weiter die Bedürfnisse kinderreicher Familien besonders berücksichtigen.

Unsere Leistungen für Kindergärten/
Kindertagesstätten in Bremen:

- + Die Zielsetzung bremischer Kindergarten- und Hortpolitik ist im Kindergarten- und Hortgesetz für das Land Bremen vom 16. Juli 1979 festgelegt worden.
- + In der Regel steht allen Kindern in der Nähe ihrer Wohnung ein Platz im Kindergarten zur Verfügung. 1982 standen 7.720

Plätze in den städtischen Kindergärten und Horten und 3.677 in den Einrichtungen freier Träger zur Verfügung.

- + 1982 stand ein Platz im Kindergarten zur Verfügung für rd. 60 Prozent der Drei- und Vierjährigen, rd. 90 Prozent der Fünfjährigen, (durchschnittlich 67 Prozent der Drei- bis Sechsjährigen), Acht Prozent der Sechs- bis Zwölfjährigen können einen Hort besuchen.
- + Die Politik der Konzentration auf Benachteiligte zeigt Erfolge,
 - o für die Verbesserung der Betreuung von Kindern aus benachteiligten Wohngebieten stehen 30,5 Planstellen zur Verfügung,
 - o die Beteiligung der ausländischen Kinder am Kindergartenbesuch konnte von 32,6 Prozent (1978) über 40,2 Prozent (1980) auf 56,1 Prozent (1982) gesteigert werden,
 - o behinderte Kinder werden in Integrationsgruppen mit nichtbehinderten Kindern betreut.
- + Die Zahl der Mitarbeiter in den städtischen Kindertagesheimen stieg von 398 im Jahre 1968 auf 1.300 im Jahre 1982 (einschließlich hauswirtschaftliches Personal und Praktikanten).
- + Bremen liegt mit einer Relation von 12,8 Kindern pro Erzieher über dem Wert des Bildungsgesamtplans, der 13,5 für 1980 vorsieht.
- + Für die städtischen Kindergärten und Horte werden fast 45 Mio. DM ausgegeben. Die freien Träger erhalten Zuschüsse von rd. 6 Mio. DM.
- + Trotz gestiegener Gebührensätze müssen die Eltern nur einen kleinen Beitrag zu diesen Kosten leisten (in den städtischen Kindergärten und Horten rd. 3,5 Mio. DM.

8.3.2 Jugendliche brauchen Freiraum und Perspektive

Ziel der bremischen Jugendpolitik ist es, die Zukunftschancen der jungen Generation zu sichern und in allen Bereichen gesellschaftlichen Handelns darauf hinzuwirken, daß sich die Lebenssituation und Entfaltungsmöglichkeiten junger Menschen verbessern.

Das, was von vielen jungen Menschen in den letzten beiden Jahren zum Thema gemacht worden ist, sind nicht in erster Linie jugendspezifische Probleme. Vielmehr ist das, was die Jungen denken, fühlen und tun, stets zugleich auch Ausdruck gesamtgesellschaftlicher Vorgänge. Sie stellen Fragen an die Gesellschaft und sie geben ihre Antwort auf gesellschaftliche Fehlentwicklungen. Sie sorgen sich um die ökologische Zukunft und um einen sicheren Frieden. Ausbildungsstellen- und Arbeitsplatzmangel werden zunehmend als Bedrohung beruflicher Zukunft empfunden.

Wenn sich auch ein Teil der Jugend weiter im traditionellen Sinne politisch engagiert, so übt die gegenwärtige ökonomische Situation und die damit verbundene Rücknahme von Zukunftserwartungen auf viele Jugendliche eine tiefgehende Wirkung aus: Ein nicht unerheblicher Teil beschränkt sich auf die Erfüllung von privaten Bedürfnissen und steht politischen Vorgängen und den Parteien gleichgültig oder resigniert gegenüber. Manche wenden sich antidemokratischen Ideologien zu. Einige glauben, durch den Griff nach Drogen der Wirklichkeit entfliehen zu können.

Für den aktiven Teil junger Menschen ist der Jugendprotest, dem wir oft genug ablehnend oder verständnislos gegenüberstehen, Anklage und Suche zugleich. Er ist Anklage gegen die Diskrepanz von Ansprüchen und Realitäten in unserer primär ökonomisch orientierten Gesellschaft. Er ist aber auch Suche nach Lebensformen und -bedingungen, in denen Begriffe wie Emotionalität, Kommunikation und Solidarität verwirklicht werden.

Für uns Sozialdemokraten hängt die Zukunft unserer Gesellschaft im wesentlichen davon ab, daß die Jugend sie nicht passiv erwartet, sondern engagiert, selbstbewußt und hoffnungsvoll für sie arbeitet. Wir Sozialdemokraten wollen daher die jungen Menschen

in die Lage versetzen, mit vielen ihrer Schwierigkeiten praktisch fertig zu werden, die gesellschaftlichen Verhältnisse nach ihren Vorstellungen zu verändern und sie an diesem Prozeß der Umgestaltung als Handelnde zu beteiligen.

Dabei stellt die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit ein vorrangiges Problem dar. Beschäftigungs- und bildungspolitische Maßnahmen sollen durch flankierende sozialpädagogische Hilfen, durch gezielte Ansprache, Beratung und Motivation, unterstützt werden. Daneben sind Freiräume notwendig, in denen Erwachsene und Jugendliche gemeinsam oder Jugendliche für sich ihre Freizeit selbst gestalten können. Die Bürgerhäuser und Jugendfreizeitheime, die Arbeit der Jugendverbände, die Jugendclubs und Sportvereine werden wir deshalb weiter fördern.

Wir werden zugleich die Möglichkeiten, Freizeit selbst zu gestalten, ausweiten. Dadurch erwarten wir u.a.

- eine Ausweitung der Öffnungszeiten,
- den Gewinn neuer Nutzergruppen,
- eine Verbesserung der Zusammenarbeit,
- eine stärkere Ausrichtung auf die Interessen und Bedürfnisse der im jeweiligen Wohnumfeld lebenden Jugendlichen.

Wir wollen die vielfältigen Selbstorganisationsansätze Jugendlicher dadurch fördern, indem wir ihnen stadteigene, leerstehende und geeignete Räume in unterversorgten Wohngebieten zur Verfügung stellen.

Inhaltlich wollen wir Programme z.Z. so umgestalten, daß sie Jugendlichen den Einblick und Zugang zur Berufswelt, zu staatlichen Einrichtungen und zu den politischen Gremien und Institutionen stärker öffnen.

Denen, die Gefahr laufen, abseits zu stehen, werden wir durch gezielte Angebote helfen, ihre Probleme zu lösen. Wir wollen ihnen - wenn es nötig ist - Unterkunft und Versorgung sichern. Dazu haben wir Beratungsdienste, Jugendwohngemeinschaften und Wohnheime eingerichtet. Diese Hilfen wollen wir ausbauen, um auswärtige Heimunterbringung zu verhindern.

All diese Bemühungen zur Form und zur Verbesserung unserer Jugendpolitik in Bremen werden begleitet von einer Überprüfung der bürokratischen Erfordernisse. Unser Ziel ist dabei, Bürokratie überall da zurückzunehmen, wo es ohne Schaden für die Aufgabe geht und Selbsthilfeprozesse blockiert werden.

Unsere Leistungen für Kinder und Jugendliche:

- + Bremengibt z.Z. etwa 45 Mio.DM jährlich für die Unterbringung von Kindern und Jugendlichen (ca. 700) in Pflegefamilien und Heimen aus.
- + Förderung der außerschulischen Jugendbildung von 1975 = 0.984 Mio. DM auf 1980 = 1.852 Mio. DM.
- + Gute Rahmenbedingungen für die Jugendfreizeitarbeit: 22 kommunale Jugendfreizeitheime; Förderung von Initiativgruppen und Jugendclubs.
- + Durch zeitweise Aufstockung der Unterhaltungsmittel für Spielplätze wurde der Zustand der Spielplätze deutlich verbessert.
- + Zuschüsse für Eltern-Kind-Gruppen.

8.3.3 Solidarisch mit Behinderten

Die Politik der vergangenen Jahre hat Behinderten aller Altersstufen vor allem über die Sozialgesetzgebung mehr Förderung und Sicherheit gegeben. Gleichwohl stehen Behinderte immer wieder in der Gefahr, in unserer Leistungsgesellschaft in Randpositionen und damit in zusätzliche Problemlagen hineinzugeraten, was oft auf mangelndes Problembewußtsein Nichtbehinderter zurückzuführen ist. Dabei ist davon auszugehen, daß die Zahl derjenigen, die

durch Behinderung von Geburt an, durch Unfall, schwere Krankheit oder beschleunigten Gesundheitsverschleiß in der Arbeitswelt weiter zunehmen wird. Unser System finanzieller und persönlicher Hilfen hat sich auf diese Tatsache einzustellen. Ziel unserer Politik muß es sein, Behinderten die Chance zu geben, "normal" sein zu können.

Das bedeutet auch, daß wir unser entwickeltes System besonderer Hilfen für Behinderte auf eventuelle kontraproduktive, weil desintegrierende Wirkungen zu untersuchen haben werden. Gewiß werden wir ohne Sondereinrichtungen nicht ganz auskommen. Aber manches, was heute noch im (Aus)Bildungs-, Wohn- und Arbeitsbereich geschieht, könnte auch unter normalen, für jedermann üblichen Umständen, ablaufen. Das zeigen uns Vergleiche mit anderen Ländern.

Behinderte Bürger sollen soweitwie irgendmöglich so normal wohnen, wie das auch jeder nichtbehinderte Mensch für sich in Anspruch nimmt. Anstaltsunterbringung verhindert Normalsein und ist zu vermeiden.

Den Handlungsbedarf haben wir weiter nach der Art der Behinderung, nach Alter und sozialer Lage zu differenzieren. Ein erster Schritt war der Landesbehinderten-Plan von 1979. Dieser ist weiter um Teil-Behinderten-Pläne auf kommunaler Ebene zu konkretisieren.

So wird Frühförderung für behinderte Kinder und ihre Familien, über die vorhandenen Angebote freier Träger und das Bremer Kinderzentrum hinaus, Teil der stadtteilbezogenen sozialen Dienste für Familien.

Wir werden erfolgreich Ansätze, behinderte Kinder in den allgemeinen Kindergärten zu fördern, fortsetzen.

Die Bildungskonzeption und die schulische Organisation für behinderte Kinder ist mit dem Ziel einer stärkeren Einbeziehung in das allgemeine Schul- und Ausbildungssystem zu untersuchen.

Eine einseitig handwerklich orientierte Berufsorientierung ist zu vermeiden. Die Maßnahmen zur umfassenden beruflichen Orientierung behinderter Schüler sind daher auszuweiten.

Die Ausbildungssituation ist für behinderte Jugendliche trotz eines breiten Engagements des Staates, z.B. in Form der Berufsbildungswerke, nicht unproblematisch.

Zum einen richtet sich die Knappheit an Ausbildungsplätzen schärfer als bei anderen Jugendlichen gegen sie, zum anderen sind Ablösungsprozesse aus dem Elternhaus, wenn sie es ihrer Ausbildung wegen verlassen müssen, ungleich schwerer zu bewältigen. Hier werden wir dringend nach besseren Lösungen suchen müssen.

Angesichts der steigenden Behindertenzahlen werden wir uns dafür einsetzen, daß die Beschäftigungsquote für Behinderte, aber auch die Ausgleichsabgabe angehoben wird. Denn nur so kann der zunehmenden Ausgliederung von Behinderten aus dem Arbeitsmarkt begegnet werden. Daher unterstützen wir insbesondere die Vorschläge des DGB zur Novellierung des Schwerbehindertengesetzes.

Die Werkstatt für Behinderte des Martinshofes wird z.Z. um die Zweigstelle Ost mit 200 Plätzen erweitert. Mitte der 80er Jahre werden damit ca. 1.100 Plätze vorwiegend geistig, aber auch seelisch behinderten Bürgern zur Verfügung stehen. Sollte Bremen weiterhin ca. 200 Behinderte aus dem niedersächsischen Umland zu versorgen haben, wird noch vor 1987 eine Erweiterung der Zweigstellen Ost und Nord einzuleiten sein.

In Zusammenarbeit mit der Wohnungswirtschaft werden wir weiterhin den Um- und Neubau behindertengerechter Wohnungen und eine behindertenfreundliche Umwelt fördern.

Unsere Leistungen für Behinderte:

- + Bremen hat bereits 1979 einen Landesbehinderten-Plan beschlossen.
- + Bremen gibt jährlich knapp 2 Mio. DM für einen individuellen Fahrdienst für Rollstuhlfahrer aus.
- + Bremen zahlt jährlich 7 Mio. DM für die unentgeltliche Beförderung von Schwerbehinderten im Nahverkehr.

- + Die allgemeine Förderung der Wohnheimplätze für Behinderte, 185 für geistig und 60 für psychisch Behinderte, geschieht im Wege der Pflegesatzübernahme.
- + In Fortführung eines Sonderprogramms sind 36 zusätzliche Stellen für Schwerstbehinderte bereitgestellt worden.
- + Baubeginn der Behindertenwerkstatt Ost (120 integrierte Plätze für psychisch Behinderte/Kranke) mit Investitionskosten von 15,7 Mio. DM (Bremens Anteil 4,7 Mio. DM).

8.4 Für unsere Alten: Wir sichern die Selbständigkeit und sorgen für Pflege

Die Zahl der älteren über 65-jährigen Bürger in Bremen hat in den letzten Jahren erheblich zugenommen. Bis zum Ende der 80er Jahre wird ihre Zahl insgesamt zwar wieder erheblich abnehmen. Zunehmen wird aber die Gruppe der 75 Jahre alten und älteren Bürger. Und damit werden sich erfahrungsgemäß größere Probleme für die Selbstbehauptung, vor allem bei Pflegebedürftigkeit, der älteren Bürger ergeben.

Die Lösung kann aber nicht allein in der Errichtung von Alten- und Pflegeheimen liegen. Hier bietet Bremen ein solides Versorgungsniveau.

Ältere Menschen sollen im übrigen noch stärker Gelegenheit erhalten, so lange wie möglich in ihrer gewohnten Umgebung zu leben, wenn auch mit Hilfe der Nachbarschaft und ambulanter Dienste.

Das starke Netz der Begegnungsstätten für ältere Bürger soll ungeschmälert erhalten bleiben. Insbesondere über Selbstorganisation und Selbsthilfe sind die Öffnungszeiten bei Bedarf auch auf die Wochenenden auszudehnen. Bei Programmausweitungen werden wir gelegentlich um stärkere finanzielle Eigenbeiträge der wirtschaft-

lich bessergestellten älteren Bürger nicht umhinkommen. Größere Begegnungsstätten sind zu Stützpunkten für Beratung und ambulante Dienste (z.B. Mittagstisch) zu erweitern.

Das Konzept der bremischen Dienstleistungszentren hat sich bewährt. Sie sind jedoch noch stärker als bisher regional ausgewogen und bedarfsabhängig zu plazieren. Ferner sind sie in der Partnerschaft mit den sie organisierenden Wohlfahrtsverbänden zu regionalen Stützpunkten für alle in der Region notwendigen ambulanten Hilfen (z.B. Mahlzeitendienst, mobiler Hilfsdienst, Hauspflege) weiter auszubauen. Hier liegt der wesentliche Ansatz zur Vermeidung von Fremdplazierung in Altenwohn- und Pflegeheimen.

Im Rahmen des sozialen Wohnungsbaus ist auf die Errichtung weiterer altersgerechter Wohnungen in der Nähe von Stützpunkten für ambulante Hilfen Bedacht zu nehmen.

Die vorhandenen Altenwohnanlagen sind an das zu schaffende Netz regionaler ambulanter Hilfen anzuschließen, um zumindest bei vorübergehender Hilflosigkeit eine Verlegung in ein Altenpflegeheim zu verhindern.

Auf Bundesebene werden wir uns dafür einsetzen, daß das Risiko der Pflegebedürftigkeit, vor allem im hohen Alter, nicht allein von den älteren Menschen und von der Sozialhilfe zu tragen ist. Anzustreben ist vielmehr eine Lösung im Rahmen der Sozialversicherung.

Unsere Leistungen für ältere Menschen:

- + Wir fördern die Angebote für den alten Menschen durch den Betrieb eines Netzes von 37 Altentagesstätten und neun Dienstleistungszentren (jährlich rd. 2,5 Mio. DM).
- + Wir fördern die Altenerholung (1980 haben wir dafür je Person und Erholungsmaßnahme 560,- DM ausgegeben) für knapp 2.500 ältere Mitbürger ohne ausreichendes Einkommen.

- + Für den Neubau von 1.047 Plätzen in Altenpflege- und Altenheimen und für die Sanierung älterer Einrichtungen haben wir von 1975 - 1983 17,2 Mio. DM aufgewendet. Insgesamt stehen 4.300 Altenheim- und Pflegeplätze zur Verfügung. Die freien Träger sind in dieser Arbeit ein besonders wichtiger Partner.
- + Wir übernehmen die Pflegekosten in Alteneinrichtungen, wenn dazu die eigene Rente nicht reicht, mit über 80 Mio. DM jährlich.
- + Wir sichern alten Menschen den Lebensunterhalt, wenn die eigene Rente zu niedrig ist.
- + Wir fördern die mobilen Hilfsdienste der freien Träger (jährlich rd. 0,5 Mio. DM), damit ältere Bürger möglichst lange in ihrer gewohnten Umgebung leben können, mit dem Mahlzeitendienst auf Rädern, stationärem Mittagstisch, der Hauspflege, dem mobilen Hilfsdienst selbst, der organisierten Nachbarschaftshilfe, den Beratungsstellen.

9. SOZIALDEMOKRATISCHE AUSLÄNDERPOLITIK

Mit steigender Arbeitslosigkeit droht die Gefahr einer Entsolidarisierung der Gesellschaft; der Druck zwischen denen, die in Arbeit stehen und denen, die einen Arbeits- und Ausbildungsplatz suchen, wächst.

Am stärksten spüren das die ausländischen Arbeitnehmer. Sie, die in den 60er und 70er Jahren wegen des Arbeitskräfte-Bedarfs auf vielen Feldern unserer Wirtschaft von den Unternehmen für eine Dauerbeschäftigung in der Bundesrepublik angeworben wurden, werden heute als lästige Konkurrenten für den Ausbildungs- oder Arbeitsplatz empfunden. Und manche Gestrigen fordern schlicht und einfach: "Schickt sie zurück!"

Wer aber wollte heute bestreiten, daß die wirtschaftliche Entwicklung der letzten 20 Jahre, der wachsende Wohlstand auch durch die Arbeit der ausländischen Bürger erreicht und gesichert wurde. Wer heute in schwieriger gewordenen Zeiten deshalb die einfache, aber falsche Formel des "Zurückschickens" verwendet, übersieht, daß auch heute noch ein beachtlicher Teil unserer industriellen Arbeitsplätze von ausländischen Kolleginnen und Kollegen eingenommen werden, weil deutsche Arbeitnehmer diese Arbeit nicht mehr übernehmen wollen. Er übersieht, daß ein auf Export angewiesenes Land wie die Bundesrepublik seine Exportchancen in der ganzen Welt radikal verschlechtert, wenn wir ausländische Arbeitnehmer wie industrielle Versatzstücke behandeln und sie herholen und wegschicken, wie es uns "in den Kram" paßt. Die psychologische Wirkung einer solchen inhumanen Handlungsweise wäre bei den Käufern im Ausland verheerend.

Vor allem aber hat die Geschichte der sich von Not und Elend befreienden Arbeiterschaft bewiesen, daß nur solidarisches Zusammenstehen aller am Arbeitsprozeß Beteiligten die Gewähr für eine bessere und menschenwürdigere Zukunft bietet. Wer heute den ausländischen Kollegen und seine Familie in diese bewährte Solidarität nicht einbezieht, gefährdet die Grundlage unserer Arbeit für eine menschenwürdige Gesellschaft.

Wir Sozialdemokraten erklären nicht nur unsere Solidarität zu unseren ausländischen Mitbürgern, wir handeln auch entsprechend. Bereits im Jahre 1979 hat der sozialdemokratische Bremer Senat als erste Landesregierung eine umfassende "Konzeption zur Integration der ausländischen Arbeitnehmer" vorgelegt, die durch die Mittel- und Personalbewilligung der Bremischen Bürgerschaft Stück für Stück umgesetzt wurde. Wir halten das auch in den kommenden Jahren für notwendig.

Verstärkte Hilfen zur Eingliederung insbesondere ausländischer Kinder und Jugendlicher, Förderung der Begegnungen mit unseren Kindern auf Spielplätzen und Kindergärten, Förder- und Stützkurse in den Schulen, um die Sprachschwierigkeiten zu überwinden und damit zugleich in den Klassenverbänden den deutschen Schülern Belastungen zu ersparen, sind wie die Bemühungen um eine stärkere Integration - nicht Isolierung - in den Wohngebieten Ergebnisse unserer Arbeit. Daran wollen wir festhalten und unsere Hilfen - wo immer das finanziell möglich ist - zukünftig ausbauen.

Die durch den Senat betriebene besondere Förderung der Vermittlung von Grundkenntnissen in den Sprachen unserer ausländischen Mitbürger für Lehrer und Sozialarbeiter dient dabei der besseren Kommunikation; sie erlaubt eine gezielte(individuelle) Ansprache der Eltern und läßt Schranken leichter überwinden.

Der Kontakt zur älteren Generation ist notwendig, um die Integration der hier geborenen nächsten und übernächsten Generation der ausländischen Mitbürger zu ermöglichen. Die Umstellung von den Lebensbedingungen einer anderen Kulturwelt auf unsere Lebensformen verlangt Zeit. Sie kann nur behutsam geschehen, denn keiner will die Pflege der jeweils eigenen Kultur unterdrücken. Ganz im Gegenteil, das Zusammentreffen vieler Kulturen bereichert unsere menschliche Existenz. Zugleich fordern wir aber auch eine rechtzeitige Entscheidung von unseren ausländischen Arbeitnehmern und ihren Familien über ihre Zukunft. Wer auf Dauer in der Bundesrepublik bleiben will, muß nicht nur unsere Rechts- und Gesellschaftsordnung akzeptieren, sondern auch dafür sorgen, daß zumindest die Kinder sich bemühen, die deutsche Sprache so ausreichend zu lernen,

daß ihnen eine qualifizierte berufliche Chance nach Abschluß der Schule geboten werden kann, - nur so ist das Aufkommen eines von keiner Seite gewünschten Subproletariats zu verhindern, nur so bewahren wir langfristig den inneren Frieden. Der ausländische Arbeitnehmer muß sich auch darauf einrichten, bei einer angemessenen Wohnversorgung die gleichen Mietbelastungen auf sich zu nehmen wie sein deutscher Kollege. Das selbstgewählte "Ghetto" widerspricht dem Wunsch eines dauerhaften gedeihlichen Zusammenlebens in der Bundesrepublik.

Die verständliche Angst vor dem Alleinsein in einer fremden Großstadt verstärkt die Neigung der Ausländer, möglichst nahe beieinander zu wohnen. Mindestens für eine Übergangszeit stellen wir uns darauf ein. Doch das Ziel ist bei angenommener Integration das gleichartige Mit- und Nebeneinander.

Dabei übersehen wir auch nicht die berechtigten Sorgen deutscher Bürger in ohnehin nicht bevorzugten Wohngebieten mit hoher Ausländerdichte, die sich mitunter alleingelassen fühlen. Wir nehmen diese Sorgen ernst. Wir reagieren darauf mit verstärkter sozialpolitischer Arbeit und bemühen uns auch durch besondere wohnungspolitische Förderung einen Ausgleich in den Stadtteilen herbeizuführen.

Im übrigen vertreten wir gegenüber Bundestag und Bundesrat mit Nachdruck die Auffassung, daß rückkehrinteressierte ausländische Mitbürger durch rechtzeitige Erstattung ihrer erworbenen Rechte aus der Sparförderung, der betrieblichen Altersversorgung und - falls sie es wünschen - aus der Sozialversicherung einen finanziellen Baustein für den Aufbau einer eigenen Existenz in ihrem Heimatland erhalten. Stärker noch aber sollte der Bund durch gezielte entwicklungspolitische Maßnahmen in den Anwerbeländern fördernd eingreifen.

Aber es gilt: Der Anwerbestopp darf auch 1985/86 nicht aufgehoben werden. Weder der Arbeitsmarkt noch die Bemühungen um Integration könnten einen weiteren Zuzug - außerhalb der Familienzusammenführung - von ausländischen Arbeitnehmern verkraften.

10. INNERE SICHERHEIT, RECHTSSTAATLICHKEIT UND FREIHEIT

10.1 Schutz der persönlichen und politischen Freiheit

Grundgesetz und Landesverfassung sind freiheitlich und tolerant. Soweit sich alle gesellschaftlichen Gruppen an der Verfassung orientieren, können gesellschaftliche Konflikte ohne Gewaltanwendung ausgetragen werden. Auch das Bemühen um innere Sicherheit ist für Sozialdemokraten Gesellschaftspolitik. Nicht ein Netz von Strafbarkeitsbestimmungen ist Garant für unsere Demokratie, sondern soziale Sicherheit und Chancengleichheit.

Mit dem Polizeigesetz von 1983 und dem Verfassungsschutzgesetz von 1981 sind die Eingriffsbefugnisse der Behörden präzisiert und - z.B. beim Schußwaffengebrauch - eingeschränkt worden. Wir Sozialdemokraten meinen, daß eine selbstbewußte Demokratie weniger der staatlichen Kontrolle bedarf als der engagierten Mitarbeit der Bürger.

Die Lösung gesellschaftlicher Probleme und die Bewältigung ihrer Folgen können nicht der Polizei aufgebürdet werden, wenn sie in der Lage bleiben soll, ihren eigentlichen Auftrag, konkrete Gefahren von der öffentlichen Sicherheit abzuwehren, zu erfüllen.

Wir Sozialdemokraten sind nicht bereit, am staatlichen Gewaltmonopol rütteln zu lassen. Private Bürgerwehren führen zum Faustrecht; wir lehnen sie entschieden ab.

Meinungs- und Demonstrationsfreiheit sind tragende Elemente einer Demokratie. Sie ermöglichen erst einen offenen parlamentarischen Willensbildungsprozeß. Wir werden deshalb auch in Zukunft dafür eintreten, daß gesellschaftliche Gruppen sich friedlich organisieren, öffentlich äußern und demonstrieren können. Wir bemühen uns, Andersdenkenden zuzuhören und uns mit ihren Argumenten vorurteilslos auseinanderzusetzen.

Die Politik muß rechtzeitig die Signale hören, die sich im Protest von Minderheiten äußern, besonders bei Entscheidungen über

existentielle Fragen wie die Erhaltung des Friedens und der Natur, die Sicherung von Ausbildung und Arbeit und die Entwicklung sozialer Gerechtigkeit.

Gemeinsam mit der Gewerkschaft der Polizei lehnen wir eine Verschärfung des Demonstrationsrechts, etwa durch Einführung eines generellen "Vermummungsverbots" oder die Wiederherstellung des alten "Landesfriedensbruchtatbestands" (Strafbarkeit der Aufforderung zur Teilnahme an einer verbotenen Demonstration) ab. Sie ist nicht geeignet, gewalttätige Auseinandersetzungen zu verhindern.

Auf die Grundsätze von Toleranz und Minderheitenschutz kann sich jedoch nicht berufen, wer durch Gewalt gegen Personen oder Sachen anderen Schaden zufügt. Ihm gegenüber kann der Staat seine Zwangsmittel angemessen einsetzen. Doch zugleich ist festzuhalten: Eine Politik, die ihrer Verantwortung bewußt bleibt, muß - und kann - jede Gelegenheit nutzen, um beim Abbau von Gewalt voranzugehen.

Die bisher in Bremen bei Hausbesetzungen und Demonstrationen praktizierte "Linie der Vernunft", Polizeikräfte nur dann einzusetzen, wenn alle anderen Lösungsbemühungen erfolglos geblieben sind, werden wir auch in Zukunft konsequent unterstützen. Sie hat sich in der Praxis bewährt.

Die Polizeiausbildung wird durch die bis September 1983 vollzogene Zusammenlegung von Bereitschaftspolizei- und Landespolizeischule (unter Auflösung der LPS) effektiver gestaltet (Ausbildung in einer Hand). Die Ausbildungszeit wird auf drei Jahre verlängert und die Ausbildungsinhalte werden neu gestaltet. Die Fortbildung der Polizeibeamten wird qualitativ und quantitativ intensiviert.

Die Erfahrungen in Bremen und Bremerhaven mit Bezirksdienstbeamten sind positiv. Durch die im jeweiligen Revierbereich gewonnenen Detailkenntnisse sind diese Beamten eine wesentliche Bereicherung bei der Wahrnehmung des polizeilichen Auftrags. Wir wollen diese Einsatzform ausbauen zu regelrechten Kontaktbereichsbeamten, wie sie z.B. in Berlin tätig sind. Dadurch werden sowohl das Vertrauensverhältnis zwischen Bürgern und Polizei als auch die vorbeugende Verbrechensbekämpfung gestärkt.

Unsere Leistungen für mehr Sicherheit für den Bürger:

+ Verbesserung der Ausbildung der Polizei

Die 1979 begonnene umfassendere und sachgerechtere Ausbildung des gehobenen Polizeidienstes an der Hochschule für öffentliche Verwaltung wird fortgesetzt.

Die allgemeine Polizeiausbildung wird durch die bis September 1983 vollzogene Zusammenlegung von Bereitschaftspolizei- und Landespolizeischule (Ausbildung in einer Hand) effektiver gestaltet. Die Ausbildungszeit wird von zwei auf drei Jahre verlängert, der praxisbezogene Teil neu gestaltet.

+ Modernisierung der Ausrüstung

Fünf Alarmhundertschaften der Schutzpolizei wurden mit zweckmäßigerem Einsatzgerät (neuen Schutzschildern, Helmen, Schlagschutz, schwer entflammaren Einsatzanzügen, Funksprechgeräten) ausgestattet.

Die Wasserschutzpolizei hat 1981 ein neues Streifenboot in Betrieb genommen.

Unsere Leistungen zur Verbesserung der inneren Sicherheit:

+ Erlaß eines Polizeigesetzes mit folgenden Schwerpunkten:

- o Verzicht auf gesetzliche Regelung des Todesschusses,
- o Beschränkung des polizeilichen Schußwaffengebrauchs,
- o Präzisierung von Umfang und Grenzen der polizeilichen Eingriffsbefugnisse,
- o Verzicht auf Bewaffnung der Polizei mit Handgranaten und Maschinengewehren,

- o Einführung von bereichsspezifischen Datenschutzregelungen.
- + Errichtung eines neuen Einsatz- und Lagezentrums im Stadt- und Polizeiamt.
- + Ausbau der öffentlichen Beratung zur vorbeugenden Verbrechensbekämpfung.
- + Dezentralisierung der Kriminalpolizei zur gezielten Verbrechensbekämpfung vor Ort.

10.2 Bekämpfung von Wirtschaftskriminalität

Jahr für Jahr entstehen im Lande Bremen durch Wirtschaftskriminalität Schäden für den Staat, aber auch für Private, in Millionenhöhe.

Wir werden unsere Anstrengungen zur Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität fortsetzen. Denn wer Subventionen erschwindelt, Bilanzen fälscht oder Steuern hinterzieht, der schadet der Gemeinschaft aller Bürger mindestens ebenso wie jeder "gemeine" Dieb.

Unsere Leistungen zur Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität:

- + Errichtung einer dritten Wirtschaftsstrafkammer beim Landgericht.
- + Personalverstärkung in der Wirtschaftsabteilung der Staatsanwaltschaft.

10.3 Verfassungsschutz

Der demokratische Staat muß seine Verfassung schützen. Die Bestrebungen von Rechts- und Linksextremisten, grauen Wölfen und anarchistischen Gewalttätern müssen rechtzeitig erkannt werden, um sie mit gesetzlichen Mitteln bekämpfen zu können.

Zu überwachen sind extremistische Organisationen und ihre Mitglieder.

Wir werden sicherstellen, daß eine Überwachung von Betriebsräten und anderen Mitbestimmungsgremien nicht stattfindet.

Unsere Leistungen für einen rechtsstaatlichen Verfassungsschutz:

Durch Novellierung des Verfassungsschutzgesetzes haben wir

- + die Aufgaben der Verfassungsschutzbehörden konzentriert;*
- + die parlamentarische und gerichtliche Kontrolle verstärkt;*
- + die Überwachung und Auswertung von Betriebsrats- und Jugendvertreterwahlen abgeschafft;*
- + bereichsspezifische Datenschutzregelungen eingeführt.*

10.4 Datenschutz

Das allgemeine und das besondere Datenschutzrecht in Bremen haben ein hohes Niveau erreicht. Die Novelle zum Bremischen Datenschutzgesetz von 1981 und die bereichsspezifischen Regelungen, die in der abgelaufenen Legislaturperiode für die Sicherheitsor-

gane, im Meldewesen und bei der Statistik eingeführt worden sind, haben bundesweit Beispielcharakter.

Regelungen von gleicher Qualität fehlen noch in den Bereichen der Forschung, der neuen Medien und der Wirtschaft. Die Entwicklung neuer Kommunikationsdienste, wie Bildschirmtext und Kabelfernsehen, wird das Land Bremen auch unter dem Gesichtspunkt des Datenschutzes kritisch begleiten. Im Bereich der Datenverarbeitung nicht-öffentlicher Stellen sind mit Hilfe der Wirtschaft und ihrer Selbstverwaltungsorgane und der Datenschutzbeauftragten noch immer bestehende Vollzugsdefizite abzubauen und bei einer Änderung des Bundesdatenschutzgesetzes besonders der betriebliche Datenschutz zu stärken.

Die mit der Entwicklung der Informationstechnologie und Mikroelektronik verbundene Gefährdung der Persönlichkeitsrechte bedürfen rechtlicher und gesellschaftspolitischer Antworten. Die Fortentwicklung des Datenschutzes muß daher Schritt halten mit der informationstechnischen Entwicklung.

10.5 Feuerschutz und Rettungswesen

Auch die Feuerwehren in Bremen und Bremerhaven tragen erheblich zur Sicherheit im Lande Bremen bei. Sie sind unentbehrlich für die Sicherheit in unseren Häfen, in den Betrieben, für die Schifffahrt und für den Schutz in den Innen- und Außenstadtbereichen unseres Zwei-Städte-Staates.

Die SPD wird weiterhin dafür sorgen, daß die Berufsfeuerwehren und die Freiwilligen Feuerwehren, auf die wir wirklich nicht verzichten können, dem technischen Stand angemessen ausgerüstet werden, um diesen wichtigen Schutzauftrag auch in der Zukunft zu erfüllen.

Unsere Leistungen zur Verbesserung des
Feuerschutzes und des Rettungswesens:

- + *Bau einer neuen Landesfeuerweherschule für 3 Mio. DM in Bremerhaven.*
- + *Stationierung eines Löschzuges an der Landesfeuerweherschule als Landesreserve für Großeinsätze.*
- + *Verbesserung der Aus- und Fortbildung für die Beamten der Berufsfeuerwehren und für die Kräfte bei den Werksfeuerwehren und den Freiwilligen Feuerwehren.*
- + *Optimaler Rettungsdienst in beiden Stadtgemeinden durch eine bundesweite beispielhafte Rettungskette.*
- + *Sonderanschaffungsprogramm für die Freiwilligen Feuerwehren in Bremen-Stadt.*
- + *Bau einer neuen zentralen Feuerwehrrache in Bremerhaven für 48 Mio DM.*
- + *Aufbau von Feuerwehrtaucherguppen in Bremen und Bremerhaven.*

12. BÜRGER UND VERWALTUNG

12.1 Reform des öffentlichen Dienstes

In Zeiten knapper Staatsfinanzen wollen wir den öffentlichen Dienst durch Umorganisation leistungsfähiger machen. Für uns hat das Vorrang vor dem Abbau öffentlicher Leistungen für den Bürger.

Die Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen lehnen wir ab. Sie bringt langfristig weder eine Verbesserung des Leistungsangebotes für den Bürger noch eine Entlastung für die Gemeinschaft.

Zur Absicherung dieser Position werden wir uns auch weiterhin bemühen, die öffentlichen Dienstleistungen so kostengünstig wie möglich zu gestalten.

In Zusammenarbeit mit Gewerkschaften und Personalräten wollen wir die öffentliche Verwaltung entbürokratisieren, interne Arbeitsverfahren vereinfachen und nach Wegen suchen, um Verantwortung auf die unmittelbar für den Bürger Arbeitenden zu delegieren. Kooperation und Teamarbeit müssen auch im öffentlichen Dienst gestärkt werden.

Wir werden uns weiterhin - im Rahmen unserer Möglichkeiten - mit den Gewerkschaften für ein Dienstrecht einsetzen, das Unterschiede zwischen Arbeitern, Angestellten und Beamten beseitigt.

Wir wollen Kritik- und Urteilsfähigkeit sowie das soziale Engagement des öffentlichen Dienstes weiterhin durch Maßnahmen der Aus- und Fortbildung fördern. Fundierte Kenntnisse der Gesetze und Verwaltungsvorschriften allein reichen nicht aus, um die vielfältigen Erwartungen und Bedürfnisse der Bürger zu befriedigen.

Unsere Leistungen zur Aus- und Fortbildung
im öffentlichen Dienst:

- + Seit August 1981 wird für den mittleren Verwaltungs-, Justiz- und Steuerdienst eine gemeinsame theoretische Ausbildung durchgeführt.*
- + Der gehobene Dienst wird seit 1979 an der Hochschule für öffentliche Verwaltung in einem integrierten Studiengang ebenfalls umfassender, sachgerechter und praxisbezogener ausgebildet.*

12.2 Zusammenarbeit mit Beiräten und Bürgerinitiativen

Die Beteiligung der in den Stadtteilen politisch wirkenden Bürger durch die Beiräte hat sich bewährt und dazu geführt, daß in immer stärkerem Maße verantwortungsbewußte Bürger an der kommunalen Politik beteiligt werden und so an der Planung und Entscheidung in ihrem Ortsteil direkt mitwirken.

Auch weiterhin wollen wir die bewährte Mitwirkung der Bürger an den Stadtteilverwaltungen durch die Beiräte fördern und die Beiräte durch eigene Mittel in die Lage versetzen, stadtteilbezogene Maßnahmen selbst zu bestimmen.

Bürgerinitiativen sind ein wichtiges Element der Demokratie. Sie können dazu beitragen, daß die Bürger wirksamer an den kommunalen Entscheidungen mitwirken.

Die Beiratsarbeit ist ein bundesweit anerkanntes positives Beispiel für eine frühzeitige und ortsnahe Mitwirkung der Bürger an kommunalen Verwaltungsentscheidungen in den Stadtteilen.

Bürgerinitiativen und das eigene Engagement von Bürgern finden die Unterstützung durch Sozialdemokraten in all den Politikbereichen, bei denen eine besondere Betroffenheit gegeben ist.

Sozialdemokraten werden mit Bürgerinitiativen überall dort zusammenarbeiten, wo nicht ausschließlich Interessen von einzelnen verfolgt werden.

Wir bejahen alle Möglichkeiten, die Nachbarschaft zu verbessern. Straßen- und Stadtteilfeiern sind nutzbare Zeichen für eine sich öffnende Nachbarschaft, die Anerkennung und Unterstützung verdient.

Sozialdemokraten verfolgen eine Politik, die eine stärkere Eigenverantwortung der Bürger für ihre Wohnumfeldsituation berücksichtigt.

Wir wollen den mündigen und nicht den passiven Bürger!

13. FINANZEN

13.1 Die voraussichtliche Entwicklung der Finanzen 1984 bis 1987

Nach gegenwärtiger Einschätzung wird einem Einnahmevermögen zwischen 4,3 Mrd. DM (1984) und 4,6 Mrd. DM (1987) ein Ausgabevermögen von 4,5 Mrd. DM bzw. 4,9 Mrd. DM gegenüberstehen. Die Einnahmeseite enthält eine Netto-Verschuldung von 1,8 Mrd. DM. Ungedeckt sind Defizite von rund 0,9 Mrd. DM.

Um diese Defizite ausgleichen zu können, werden wir die Möglichkeit für Steuererhöhungen prüfen und in weit höherem Maße als bisher Finanzierungsmöglichkeiten des Bundes in Anspruch nehmen und Ausgaben kürzen müssen.

Die bisherigen Anschläge gehen von folgenden Voraussetzungen aus:

Auf der Einnahmenseite ist eine laufende Anpassung der Gebühren an die Kostenentwicklung der entsprechenden Leistungen unterstellt sowie in 1984 Einnahmen aus Vermögensveräußerung von über 100 Mio. DM.

Auf der Ausgabenseite ist von politischer Bedeutung, daß eine Verringerung von 880 Stellen - allerdings weitgehend ohne Einschränkung des Standards der öffentlichen Leistungen - eingeplant ist.

Für die von der Bundesregierung gestrichenen Programme, Leistungen und Modellversuche wird es nicht automatisch bremische Ersatzleistungen geben.

Investitionsausgaben sind in Höhe von 2,3 Mrd. DM vorgesehen. Davon sind 1,7 Mrd. DM durch die bremischen Haushalte zu decken. Davon sollen 200 Mio. DM für ein beschäftigungspolitisches Programm ausgegeben werden.

Immer mögliche Fehleinschätzungen des Wachstums des Bruttosozialprodukts machen es notwendig, daß auf der Ausgabenseite die entsprechenden Korrekturen in den Anschlägen nachvollzogen werden. Dies erfordert eine genaue Überwachung der Haushaltsansätze, um

verdeckte reale Mehrausgaben zu vermeiden.

Der Ausgleich der Deckungslücken wird uns vermutlich nur möglich sein, wenn wir ein Bündel von Maßnahmen ergreifen, das aus

- Erhöhung der laufenden Einnahmen,
- dem differenzierten Abbau von Personalkosten unter Berücksichtigung sozialer Gesichtspunkte,
- den Einschränkungen von konsumtiven Ausgaben, besteht.

13.2 Leistungsbilanz

Wer allein vom Schuldenstand und der Pro-Kopf-Verschuldung redet, der verschweigt die Vermögenswerte und das hohe Leistungsangebot, das wir im Lande Bremen geschaffen haben. Die Leistungen in den Jahren 1981 bis 1983 zur Sicherung der Zukunft können sich sehen lassen:

- Gewerbe- und Industrieansiedlung	463,5 Mio. DM	investiert
- Häfen	1.115,0 Mio. DM	investiert (ohne laufende Unterhaltungsinvestitionen)
- Gesundheit und Umweltschutz	639,6 Mio. DM	investiert
- Schulen	1.097,0 Mio. DM	für Fachräume und Sporthallen investiert
- Ausbildungsplätze	300,0 Mio. DM	investiert (allein seit 1977)
- Hochschulen und Forschung	592,8 Mio. DM	investiert
- Kultureinrichtungen	137,6 Mio. DM	investiert
- Soziales, Jugend und Sport (Kindergärten, Sport- und Freizeiteinrichtungen)	328,8 Mio. DM	investiert
- Bauwesen	1.816,5 Mio. DM	bereitgestellt
- Innere Sicherheit	109,1 Mio. DM	bereitgestellt.

Darüberhinaus ist in den Jahren 1968 bis 1979 der Personalbestand von 26.100 auf 39.800 gewachsen. Dieser Zuwachs steht in einem engen Zusammenhang mit der gesellschaftlichen Entwicklung der vergangenen Jahre, die mit dem Begriff "Dienstleistungsgesellschaft" umschrieben wird. Die Zuwachsraten gerade dieser Aufgabenbereiche zeigen dies besonders deutlich:

- Bildung	+ 3.973	=	89 v.H.
- Soziales	+ 995	=	68 v.H.
- Krankenhäuser	+ 1.793	=	48 v.H.

An dieser Stelle weisen wir besonders darauf hin, daß die Steigerungsraten für vorwiegend verwaltungsorientierte Aufgabenbereiche (allgemeine Verwaltung) mit unter 10 v.H. dagegen auffallend niedrig sind.

Das sind nur einige Beispiele, auf die wir Sozialdemokraten mit den Bürgern dieses Landes stolz sind.

Im Vergleich zu anderen Bundesländern haben wir einen Versorgungs- und Leistungsstandard erreicht, der uns in vielen Aufgabenfeldern auf den ersten Plätzen zeigt. So zum Beispiel:

- Schüler-/Lehrer-Relation
- Kinder-/Erzieher-Relation
- nutzbare Sporthallenflächen
- Betten in Akutkrankenhäusern
- Anteil der Wohnungen mit Bad, WC und Sammelheizung
- Erholungsflächen je Einwohner
- Kleingärten.

Die Maßnahmen dienen unseren Bürgern und bilden darüberhinaus gleichzeitig eine Voraussetzung für die Leistungsfähigkeit unserer Wirtschaft und für die Zukunftschancen der jungen Generation. Die oben angesprochenen Investitionsausgaben mußten zu einem Großteil aus Krediten finanziert werden.

13.3 Konsolidierungsmaßnahmen

Seit der Jahreswende 1980/81 haben wir eine Reihe von Ausgaben kürzen und Entgelte für öffentliche Leistungen erhöhen müssen, um den Ausfall von Steuereinnahmen auszugleichen.

Diese Politik werden wir auch für den Haushalt des Jahres 1983 und die Vorbereitung des Haushalts 1984 weiter verfolgen. Wir tun dies mit dem Ziel, die öffentlichen Ausgaben für Personal und laufende Sachleistungen auf das Niveau der regulären Einnahmen zu bringen und eine (Netto)Neuverschuldung nur in Höhe der öffentlichen Investitionstätigkeit - trotz wirtschaftlichem Ungleichgewicht - einzugehen.

13.4 Investitionen

Wir wollen bei den Investitionsausgaben solchen Maßnahmen Vorrang einräumen, die nachweisbar eine Stärkung der Wirtschafts- und Steuerkraft des Landes Bremen erwarten lassen. Die im Strukturplan Unterweserraum enthaltenden Maßnahmen sind dazu geeignet.

Unsere Leistungen für investive Zwecke:

+ Für Investitionen haben wir von 1980 bis 1983 rd. 1.7 Mrd. DM bereitgestellt.

Investitionen mit hohen Folgekosten für Land und Stadtgemeinden müssen in den nächsten Jahren zugunsten dieser Maßnahmen zurückstehen. Dies halten wir angesichts des im Lande Bremen errichteten Versorgungsstandards für realisierbar.

Die Investitionen werden wir auch in den kommenden Jahren durch eine besonnene Kreditpolitik finanzieren. Es ist unser Ziel, die Kreditfinanzierungsquote zu stabilisieren und mittelfristig zurückzuführen.

Nachdem wir in der zweiten Hälfte der 70er Jahre die Kreditaufnahme zur Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen ausgeweitet haben, wird der notwendige Konsolidierungsprozeß angesichts der absehbaren konjunkturellen und strukturellen Entwicklung eine längere Phase benötigen.

Es haben solche Investitionen Vorrang, die

- regionale Strukturschwächen ausgleichen,
- vom Bund unterstützt und mitfinanziert werden und
- Arbeitsplätze in der privaten Wirtschaft sichern.

13.5 Aufgabenkritik

In Zeiten knapper öffentlicher Kassen werden wir noch stärker auf eine sparsame Haushaltsführung achten. Dazu gehört, daß wir die bestehenden Vorschriften weiterhin durchforsten, um gegebenenfalls Verwaltungsverfahren zu vereinfachen und Entscheidungswege zu verkürzen, so daß sich der Bürger in der Verwaltung zurechtfindet und er die Leistungen der Verwaltung ohne bürokratische Hemmnisse in Anspruch nehmen kann. Dem Instrument Aufgabenkritik werden wir weiter eine entscheidende Bedeutung beimessen, denn für uns hat die Effizienzsteigerung der Verwaltung Vorrang vor dem Abbau von Leistungen für die Bürger.

13.6 Subventionsabbau

Auch weiterhin werden wir besonders kritisch prüfen, wo Abstriche von staatlichen Leistungen zu verantworten sind. Dazu gehört die Überprüfung aller Subventionstatbestände sowie aller bisherigen

Leistungen und Leistungsgesetze.

Wir werden bei Subventionen nach dem Grundsatz der Leistungsfähigkeit und der sozialen Gerechtigkeit vorgehen, das heißt, daß wir die öffentlichen Leistungen ständig daraufhin überprüfen, ob sie

- in ihrer gegenwärtigen Ausgestaltung wirklich notwendig sind;
- nicht stärker auf diejenigen konzentriert werden können, die sie wirklich benötigen.

Unter Anwendung dieser Kriterien werden wir die jährlich vom Senat vorzulegenden Subventionsberichte überprüfen.

13.7 Zusätzliche Leistungen gegen kostendeckende Entgelte

Eine Reihe von neuen Leistungen, z.B. Maßnahmen zur qualitativen Verbesserung der Wasserversorgung oder die Sanierung des Kanalgewetzes werden wir nur gegen kostendeckende Entgelte anbieten können. Dabei wird es ohnehin notwendig sein, Investitionen, die zunächst erforderlich sind, etwa bei der Fernwärmeversorgung, mit Kreditaufnahmen der öffentlichen Unternehmen vorzufinanzieren.

Wir halten eine solche Politik aus zwei Gründen generell für sinnvoll,

- a) verbessert wird die Versorgung der bremischen Bevölkerung und
- b) sie schafft Arbeitsplätze.

13.8 Möglichkeiten neuer Finanzquellen

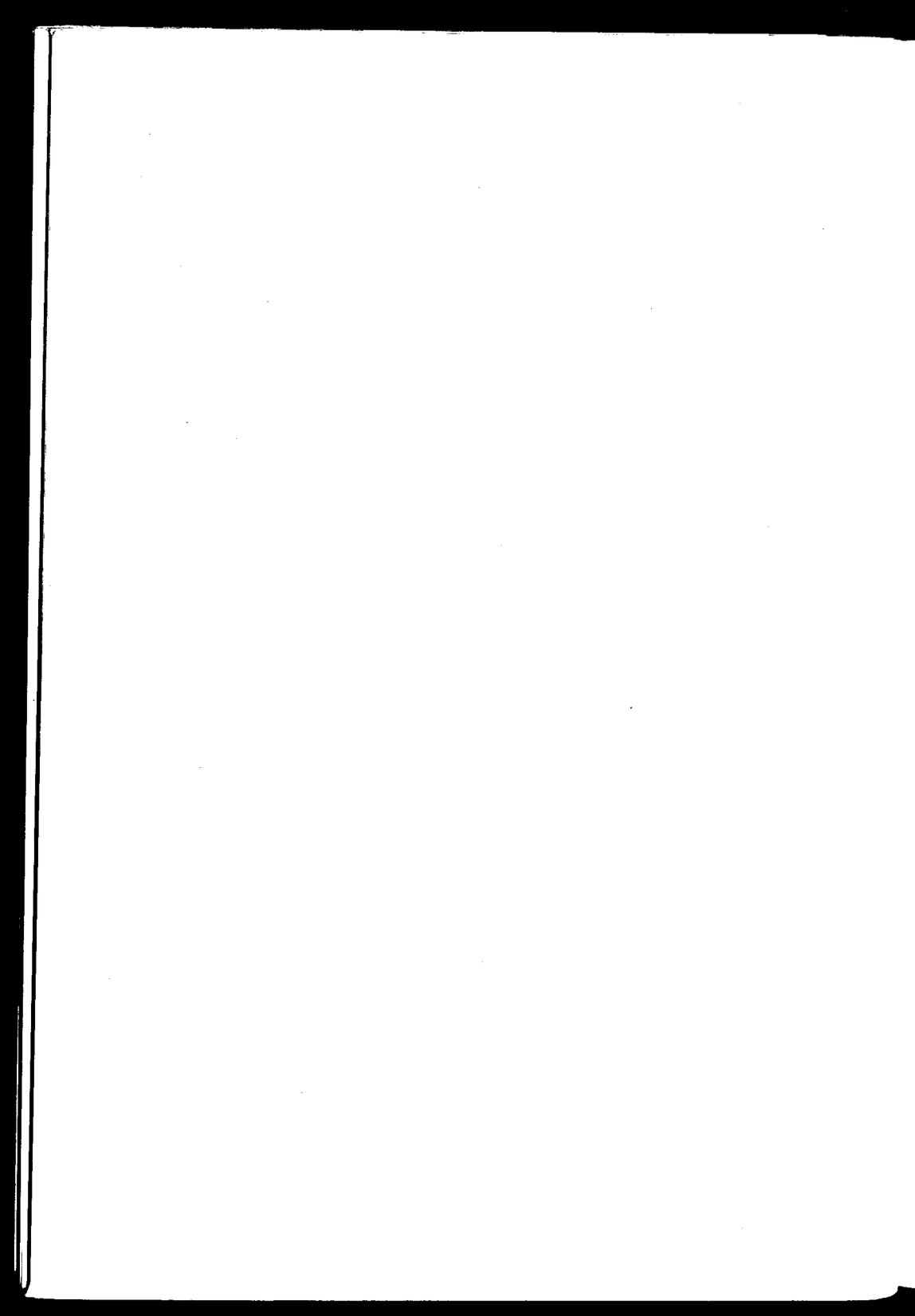
Der überproportional steigende Ausgabenbedarf, insbesondere zur sozialen Absicherung, zwingt dazu, in begrenztem Umfang nach neuen Finanzierungsquellen zu suchen.

So werden wir zu untersuchen haben, ob es möglich ist, die bisher für Nutzer öffentlicher Leistungen günstigen Angebote auf die zu

beschränken, die einer besonderen Stützung bedürfen.

Wir wollen auf den Bund einwirken, die Finanzkraft von Ländern und Gemeinden zu erhöhen, indem

- der Länderfinanzausgleich intensiviert wird,
- Bremen Bundesergänzungszuweisungen erhält,
- die Vorteile an dem Ehegatten-Splitting begrenzt werden und
- die Kinderfreibeträge nicht wieder eingeführt werden.



Bibliothek der F&S



1134582

**Mit
Hans Koschnick
für Bremen
und
Bremerhaven!**

SPD